Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 102. Dienstag, den 22. December 1896. Jahrgang V.

Pränumerationspreise: Für Wien: ohne Zustellung ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ mit Zustellung ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **18. December 1896** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Josef Strobach und des Vice-Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Bürgermeister Strobach: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Herr Gem.-Rath Schwarzmayer entschuldigt seine Abwesenheit von der heutigen Sitzung.

2. Die k. k. geographische Gesellschaft spricht dem Gemeinderathe für die Subvention per 600 fl. pro 1894, 1895 und 1896 den Dank aus.

3. Herr Gem.-Rath Dr. Reisch hat in der letzten Sitzung eine Interpellation an mich gerichtet. Ich habe die Ehre, hierauf Folgendes zu erwidern:

Die Ruthgasse im XIX. Bezirke ist nur in der Strecke von Or.-Nr. 1 bis 13 und vor dem israelitischen Waisenhause nach der Baulinie durchgeführt, im übrigen besteht nur entlang der Vorortelinie der Wiener Stadtbahn ein 4 m breiter Fahrweg, welchen die Commission für Verkehrsanlagen als Ersatz-Communication für den früher bestandenen Fahrweg in zum Theile geringerer Breite dem Projecte gemäß hergestellt hat. Hiezu musste ein Streifen des zwischen der Realität Or.-Nr. 13 und dem israelitischen Waisenhause gelegenen Zacherl'schen Grundes eingelöst werden. Die Stadtbahnunternehmung hatte aber zur zeitweiligen Benützung während des Stadtbahnbaues noch einen weiteren Streifen dieses Grundes gepachtet. Derselbe wurde aber während dieser Zeit nicht nur von dem Fuhrwerke der Bauunternehmung, sondern auch von Privatwägen als willkommene Verbreiterung des 4 m breiten, öffentlichen Fahrweges benützt. Nachdem nun dieser letzterwähnte Grundstreifen nach Vollendung der Stadtbahnstrecke den Eigenthümern zurückgegeben worden war, haben diese ihren Grund gegen den öffentlichen Fahrweg abgeschrankt, wozu ihnen zweifellos das Recht zustand.

Dass durch diese Abschrankung der Verkehr auf dem öffentlichen Fahrwege beengt erscheint, beweist jedoch, dass der Fahrweg in seiner jetzigen Breite den Anforderungen des Verkehres nicht mehr entspricht und werden daher die Verhandlungen wegen Durchführung der Ruthgasse nach der Baulinie, welche schon im Jahre 1894 über einen Antrag des damaligen Herrn St.-R. Kreindl gepflogen wurden, jedoch gerade rücksichtlich des erwähnten Zacherl'schen Grundes zu keinem befriedigenden Resultate geführt haben, neuerlich aufgenommen und wird über deren Ergebnis ehemöglichst berichtet werden.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Interpellation zur Verlesung zu bringen.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

4. Interpellation des **Gem.-Rathes Dr. Porzer:**

In der Sitzung des Gemeinderathes vom 4. September d. J. wurde der Beschluss gefasst, dass die städtische Central-Hauptcassa, die 19 städtischen Hauptcassa-Abtheilungen und die 19 städtischen Steueramts-Abtheilungen dem Check- und Clearingverkehre der k. k. Postsparcassa beizutreten haben, und dass der Magistrat binnen vier Wochen Vorschläge zur Durchführung dieses Beschlusses zu machen habe.

Nachdem nun seither nahezu vier Monate verstrichen sind und es höchst wünschenswert erscheint, dass die durchgreifende Änderung der Cassagebarung, welche dieser Beschluss involviert, mit Beginn des Kalenderjahres 1897 ihren Anfang nehme, wird die Anfrage gestellt:

Ist der Herr Bürgermeister geneigt, dahin zu wirken, dass der Anschluss der Gemeinde Wien an den Check- und Clearingverkehr der k. k. Postsparcassa sobald als möglich und wenn es sein kann, vom 1. Jänner 1897 ab erfolge und dass, wenn bezüglich einzelner Zweige der Geldgebarung sich Schwierigkeiten ergeben sollten, der Anschluss wenigstens bezüglich jener Zweige sofort durchgeführt wird, in Bezug auf welche ein Anstand nicht obwaltet?

Bürgermeister: Ich werde dieser Angelegenheit meine Aufmerksamkeit widmen und darauf sehen, dass der Gemeinderaths-Beschluss eingehalten werde.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

5. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Gruber** und Genossen:

Der Mangel eines den modernen Anforderungen entsprechenden Expropriationsgesetzes ist für die Gemeindeverwaltung besonders bei Anlegung oder Erweiterung öffentlicher Straßen und Plätze in nachtheiligster Weise fühlbar.

Zwar ist die Expropriation zum Zwecke der Anlegung öffentlicher Straßen nach dem Hofkanzlei-Decrete vom 27. September 1793 (Pol. G.-S. III) und Min.-V. vom 19. Jänner 1855, R.-G.-Bl. Nr. 10, und zum Zwecke der Erweiterung der Gassen aus Communications-, Sanitäts- und sonstigen öffentlichen Rücksichten gestattet, allein das für die bezogenen Fälle der Zwangsenteignung bestehende Verfahren ist in jeder Beziehung so unbrauchbar und veraltet, dass nur in den seltensten Fällen von der Expropriation Gebrauch gemacht wird, wenn die Erfüllung eines öffentlichen Interesses gegen die eigennützigste Geltendmachung des Privatvortheiles nicht mehr zu erkaufen ist.

Zu der im Zuge befindlichen Anlegung und Regulierung der öffentlichen Straßen, Gassen und Plätze im großen Gemeindegebiete Wiens ist die Schaffung eines modernen Expropriationsgesetzes unerlässlich.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der hochlöbliche Gemeinderath wolle eine Petition an die hohe Regierung wegen schleuniger Vorlage eines den modernen Anforderungen entsprechenden Zwangsenteignungsgesetzes insbesondere auch für Anlegung oder Regulierung öffentlicher Straßen und Plätze an die Legislative beschließen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

6. Antrag des **Gem.-Rathes Bock** und Genossen:

Am 12. November d. J. hat der Gemischtwaren-Verschleißer Marcus Laufer vor seinem Verkaufsladen im XVIII. Bezirke, Kutschkergasse 40, ohne Bewilligung der Gemeindebehörde einen Automaten aufgestellt. Durch die Neuheit angelockt, warfen insbesondere Schulkinder ihre Kreuzer in diesen Automaten, um hiefür Naschwerk einzutauschen. Hiebei ereignete sich am 19. November ein Unglück, welches dem Schüler Skorkan eine lebensgefährliche Verletzung zufügte. Der Knabe warf ein Geldstück in den Automaten; derselbe functionierte nicht, was den Knaben bewog, beim Zugringe nochmals anzuziehen. Hiebei fiel der schlecht befestigte Automat um und traf den Knaben mit solcher Wucht, dass dieser noch heute schwer verletzt darniederliegt.

Dieser Vorfall bestimmte die Gefertigten, ihre Aufmerksamkeit neuerlich dem Automatenunwesen, welches unsere Straßen unsicher macht, allerlei Poselwaren unter die Leute bringt, die Schulkinder zu unnützer Geldverschwendung verleitet und dem Publicum außer einem lächerlichen Spielzeuge keinen wahren Nutzen bietet, zuzuwenden und daher den Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath beschließe: Die Aufstellung von Waren-Automaten auf den öffentlichen Plätzen, Straßen und Gassen des Wiener Gemeindegebietes werde fortan nicht mehr bewilligt.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner**:

Mit Rücksicht auf den Umstand, als in den nächsten drei, vier, eventuell fünf Jahren sämmtliche Gassen, Straßen und Plätze des Wiener Gemeindegebietes infolge Legung neuer Gasrohre, beziehungsweise Entfernung der alten Rohre durch die Imperial-Continental-Gas-Gesellschaft aufgerissen werden müssen, beantrage ich,

bis zur Vollendung dieser Arbeiten Neupflasterungen (ob mit Granit, Holzstöckel oder Asphalt) überhaupt nicht herstellen und Umpflasterungen und Ausbesserungen nur nach Maßgabe der dringendsten Nothwendigkeit vornehmen zu lassen.

Aus demselben Grunde ist von Neubeschotterungen Abstand zu nehmen und können Ausbesserungen nur in dringenden Fällen vorgenommen werden.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

8. Antrag des **Gem.-Rathes Wieder** und Genossen:

Nachdem durch den Wiener Gemeinderath schon manche Übelstände der Wiener Tramway-Gesellschaft behoben wurden, hoffe ich, auf nachstehenden Übelstand nicht vergebens hinweisen zu müssen, und zwar auf die ungepolsterten Sitzplätze in den Tramwaywägen. Es gehört gewiss nicht zu den Annehmlichkeiten, im Winter auf einer so durchfrorenen, ungepolsterten, hölzernen und theilweise bis in die Wintermonate hinein sogar eisernen Bank sitzen zu müssen, und kann dies selbst bei weniger empfindlichen Personen von den nachtheiligsten Folgen für die Gesundheit sein. Für ältere, kränkliche Leute ist dies eine Rücksichtslosigkeit zu nennen.

Der Gefertigte bittet daher, nachstehenden Antrag aus Anlass der gegenwärtigen vorgerückten Jahreszeit als eine dringende Nothwendigkeit ehemöglichst durchführen zu wollen.

Der löbliche Gemeinderath wolle beschließen und schleunigst dahin wirken, dass die Einführung von gepolsterten Sitzen in sämmtlichen Tramwaywägen für die Dauer der Wintermonate unbedingt, und zwar vom 1. November bis 1. Mai jeden Jahres, für den gegenwärtigen Winter aber baldmöglichst durchgeführt werde.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Schriftführer Gem.-Rath Schuh (liest):

9. Antrag des **Gem.-Rathes Dr. Kraft** und Genossen:

Seit langem schon ertönt aus allen Kreisen unserer Stadt der Ruf nach Verbesserung und Vermehrung der öffentlichen Verkehrsmittel, Erweiterung des längst nicht mehr genügenden Netzes derselben, namentlich nach schnellerer und verlässlicherer Verbindung des Mittelpunktes der Stadt mit den Bahnhöfen durch Herstellung von Tertiärbahnen mit elektrischem Betriebe.

Durch die Versäumnisse früherer Gemeindeverwaltungen ist es leider schon dahin gekommen, dass selbst weit kleinere Städte des Continentes, darunter namentlich Budapest, uns im localen Verkehrswesen zu überflügeln vermochten.

Ein großer, in die Augen fallender Missstand liegt namentlich darin, dass die Innere Stadt mit dem Süd- und Staatsbahnhofe nur durch jene ungenügenden Verkehrsmittel verbunden ist, welche sich durch die Kärnthnerstraße, Wiedener Hauptstraße und Favoritenstraße bewegen und drängen.

Die Schwierigkeiten und gegenseitigen Hemmungen dieser Verkehrsmittel beginnen für die Omnibusse bereits am Stephansplatze, setzen sich fort in der mit Wagenverkehr überlasteten Kärnthnerstraße, vermehren sich erheblich am Naschmarkte bei der Kreuzung der Lastenstraße und bei Beginn der großen Steigung beim Theresianum durch die Vorspannung und erreichen den Höhepunkt in der Enge der Wiedener Hauptstraße bis zur Paulanerkirche, so dass die Erreichung des Hauptzweckes der Benützung dieser Fahrmittel, nämlich das rechtzeitige Erreichen der Züge und das möglichst rasche Eintreffen in der Inneren Stadt, namentlich bei den jetzigen Überfüllungsverboten wesentlich erschwert und vereitelt wird.

Diese Übelstände dauern das ganze Jahr hindurch, machen sich aber im Sommer, wenn ein großer Theil unserer Bevölkerung nach den Sommerfrischen verkehrt, und bei anderen besonderen Anlässen, wie Ausstellungen u. dergl. ganz besonders fühlbar und ist demnach die rasche Erfüllung dieses Verkehrsbedürfnisses dringend nothwendig.

Die Möglichkeit, von einem nahe dem Centrum der Inneren Stadt gelegenen Punkte eine neue, zugleich kürzeste Verbindung mit den obgenannten Bahnhöfen herzustellen, ist aber vorhanden. Denn einer solchen Bahnanlage von der Seilerstätte über den Schwarzenbergplatz unter kurzer Mitbenützung des dortigen Tramwaygeleises oder durch die Canovagasse und mittels eines provisorischen Steges über die Wien, dann durch die Heugasse zum Süd- und Staatsbahnhofe steht jetzt kein Hindernis im Wege, weil die zu benützenden Straßen eine ausreichend breite Fahrbahn, keine bedeutende Steigung und die schmalste derselben, die Heugasse, nur einen sehr geringen Wagenverkehr hat, der überdies die parallel laufende Alleegasse zur Verfügung hat.

Bei Zufahrt zu den genannten Bahnhöfen und Anlegung der Kopfstationen bei denselben ist den eingeholten Erkundigungen zufolge von den beiden an dieser elektrischen Bahnverbindung mit der Inneren Stadt lebhaft interessierten Bahnverwaltungen das größte Entgegenkommen sowohl bei Zuleitung der Wägen bis unmittelbar an die Personencassa, als auch bei Überlassung des Platzes für ein Magazin zur Versorgung der Waggons mit Accumulatoren gesichert.

Der elektrische Betrieb mittels Accumulatoren würde sich nach dem Gutachten einer anerkannten Capacität in diesem Fache, des Herrn Professors Waltenhofen, bei dem jetzt so vervollkommneten Stand der Accumulatoren-Erzeugung namentlich deshalb sehr empfehlen, weil bereits eine Stromleitung der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft zu diesen beiden Bahnhöfen existiert, zur Füllung und Aufbewahrung dieser Accumulatoren daher nur ein kleines Magazin in der Nähe obiger Bahnhöfe nöthig wäre, und die Verunstaltung der Straßen durch eine oberirdische Stromleitung und die Belästigung der Hauseigenthümer durch selbe vermieden würde.

Durch diese Bahn würde nicht nur die Entlastung der obgenannten, jetzt überlasteten Straßenzüge erreicht, sondern auch dem ganzen Gebiete der

Inneren Stadt von der Kärnthnerstraße östlich, welches heute bezüglich seiner Verbindung mit den genannten Bahnhöfen einzig und allein auf die unregelmäßige und unverläßliche Tramway angewiesen ist, endlich eine sichere, pünktlich mit 12 Minuten berechenbare Bahnverbindung geschaffen.

Ebenso würde der große Theil des IV. Bezirkes zwischen der Favoritenstraße und der Heugasse, welchem heute jede regelmäßige leistungsfähige Verkehrseinrichtung mangelt, welcher aber insbesondere wegen seiner gänzlichen Absperrung von der benachbarten Landstraße durch die großen Gärten einer Bahnverbindung mit dieser nach der Stadt und nach der alten Liniengrenze zu dringend bedarf, diese Verbindung endlich erlangen.

Die Frage der Rentabilität dieser Tertiärbahn steht außer allem Zweifel, wenn man erwägt, dass nach den dem Antragsteller vorgelegten Ausweisen im Jahre 1895 der Personenverkehr am Südbahnhofe 3,544.201, jener am Staatsbahnhofe 1,967.160 betrug, dass die mit der Stadt in regem Verkehre stehende Besatzung des k. u. k. Arsenals 4670 Köpfe, worunter 250 Officiere und 370 Civilpersonen betrug, zu welchen Frequenzziffern nun noch der Verkehr von der Wieden nach der Stadt und Landstraße und von dort zur Wieden kommt.

Bedenkt man weiters noch, dass die Jubiläums-Ausstellung vor der Thüre steht, welche gewiss erhöhte Ansprüche an die Verbindung der Inneren Stadt mit diesen beiden wichtigen Bahnhöfen stellen wird, so wird man auch die Dringlichkeit dieses Bahnbaues, der nach dem Ausspruche von Fachmännern, wenn die Vorarbeiten noch in diesen Winter ermöglicht werden, im Sommer des Jahres 1897 beendet sein kann, zugeben müssen.

Die Anlagekosten dieser Bahn stellen sich nach den den Unternehmern derartiger Bahnen abverlangten Kostenvoranschlägen bei der Stromleitung durch die Schiene auf circa 380.000 bis 400.000 fl., dagegen beim Betriebe mit Accumulatoren für die Schienenanlagen auf circa 20.000 fl. und für 12 Motorenwägen à 7000 fl. auf 84.000 fl., zusammen also nur auf circa 104.000 fl.

Die in jüngster Zeit gegen ein anderes elektrisches Tertiärbahnproject in Wien geltend gemachten Bedenken können gegen dieses Project wohl schon deshalb nicht erhoben werden, weil der Benützung der Heugasse und Schwarzenbergstraße keine concurrierenden Rechte einer anderen Verkehrsunternehmung im Wege stehen, für einen Peage-Verkehr aus der kurzen, eventuell (falls die Bahn nicht durch die Canova- und Pestalozzigasse und mittels eines Nothsteges über die Wien geführt würde) zu benützenden Strecke der I. Wiener Tramway auf dem Schwarzenbergplatze in dem Vertrage dieser Gesellschaft mit der Gemeinde Wien vorgesorgt ist, und weil dies dann, wenn sie selbst auf Grund des Gesetzes vom 31. December 1894, R.-G.-Bl. Nr. 2 ex 1895, die Concession zu dieser Bahn erwirbt, ihre noch zu fassenden grundsätzlichen Beschlüsse bezüglich aller anzulegenden städtischen Bahnen auch bezüglich dieses Flügels auszuführen in der Lage wäre.

Es wird daher der Dringlichkeits-Antrag gestellt:

Der löbliche Gemeinderath wolle principiell den Bau einer elektrischen Bahn von der Kopfstation an der Vereinigung der Seilerstätte mit der Schwarzenbergstraße quer über den Ring durch die Heugasse bis zum Südbahn- und Staatsbahnhof als dringend beschließen und den löblichen Magistrat beauftragen, mit thunlichster Beschleunigung die Bedingungen für die zu veranstaltende Concursausschreibung für ein Project dieser Bahn dem Gemeinderathe vorzulegen.

Bürgermeister: An den Stadtrath.

Das Wort hat Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.

10. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zahl 10611. Meine Herren! Am gestrigen Tage, um 4 Uhr 20 Minuten nachmittags, ist dem Herrn Bürgermeister von Herrn Dr. Teltscher, als Vertreter der Imperial-Continental-Gas-Association, folgendes Schreiben übergeben worden (liest):

„Wien, am 16. December 1896.

Hochverehrter Herr Bürgermeister!

Mit Bezug auf die gepflogene mündliche Unterredung erlauben wir uns, Nachstehendes einer geneigten Erwägung Euer Hochwohlgeboren zu unterbreiten.

Der hochlöbliche Gemeinderath hat auf das der Commune Wien vertragsmäßig zugestandene Recht, unsere Gaswerke sammt Rohrnetz um den gerichtlichen Schätzungswert von rund 16 Millionen Gulden ö. W. zu übernehmen, verzichtet.

Nachdem es uns nun beim besten Willen unmöglich ist und auch geschäftlich unseren Actionären gegenüber nicht zu verantworten wäre, von dieser ganz unglaublich niedrigen Schätzungsziffer einen weiteren Nachlass zuzugestehen, so erscheinen alle unsere thatsächlich gemachten Versuche und Bemühungen, Propositionen für eine Ablösung unserer Werke zu machen, angesichts dieser obwaltenden Situation gänzlich resultatlos und undurchführbar.

Sollte jedoch der geehrte Gemeinderath einen Wert auf eine Transaction legen, wodurch den verschiedensten hier in Betracht kommenden Interessen Rechnung getragen werden soll, so erklären wir uns zum Abschlusse eines Vertrages auf nachstehender Grundlage bereit:

1. Wir verpflichten uns, die gesammte öffentliche Straßenbeleuchtung mit Gasglühlichtern auf unsere Kosten zu versorgen, und zwar derart, dass diese neue Gasglühlichtbeleuchtung noch im Laufe des Jahres 1897 im ganzen Gemeindegebiete von Wien in Function treten soll. Das hiemit verbundene Gasersparnis fällt ausschließlich der Commune Wien zu.

2. Wir sind bereit, über Wunsch und im Einvernehmen mit der Commune Wien in den Hauptstraßen von Wien andere Candelaber für die öffentliche Straßenbeleuchtung aufzustellen und behalten uns vor, diesbezüglich neue Modelle in Vorschlag zu bringen.

3. Der Commune Wien steht das Recht zu, schon derzeit in einzelnen Straßen oder ganzen Stadttheilen elektrische Beleuchtung einzuführen.

4. Wir verpflichten uns, das Gaswerk Fünfhaus schon im Jahre 1897 und das Gaswerk Döbling in einem noch zu vereinbarenden Zeitpunkte als solches aufzulassen. Für den Ersatz dieser Gaswerke haben wir auf unsere Kosten Vorsorge zu treffen.

5. Der allgemeine Gaspreis wird schon vom Jänner 1897 ab von $9^1/_2$ kr. auf 9 kr. und für Motorenzwecke ebenfalls schon vom Jänner 1897 ab von $9^1/_2$ kr. auf 7 kr. per Cubikmeter herabgesetzt.

6. Die Commune Wien participiert schon vom Jahre 1897 ab zur Hälfte an dem Erträgnisse der Wiener Gaswerke nach vorheriger Abrechnung einer vierpercentigen Verzinsung und der Amortisationsquote des investierten Capitales.

7. Nach Ablauf des Vertrages fallen unsere Gaswerke sammt fundus instructus, das ganze Rohrnetz sammt Laternen, Candelaber, öffentlichen und privaten Verbindungen, sowie endlich auch die bei den Consumenten stehenden Gasmesser unentgeltlich an die Stadt Wien.

8. Dieses Arrangement wird für zwanzig Jahre abgeschlossen.

Indem wir bitten, hievon gefällige Kenntnis zu nehmen, stehen wir zu allfälligen weiteren Besprechungen gerne bereit und zeichnen unter dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren ergebenste

Die Imperial-Continental-Gas-Association

Dr. Leopold Teltscher m. p."

Der Stadtrath war der Meinung, dass die einzig richtige Antwort, welche auf diese Zuschrift zu ertheilen ist, darin gelegen ist, dass der Gemeinderath die vom Stadtrathe gefassten Beschlüsse annimmt. Dieselben lauten (liest):

„I. Das Anerbieten der Imperial-Continental-Gas-Association wird abgelehnt.

II. Es seien mit der englischen Gasgesellschaft weitere Verhandlungen überhaupt nicht mehr zu pflegen." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.)

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag des Stadtrathes zur einstimmigen Annahme.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Vogler!

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich habe die Ehre, im eigenen Namen sowie im Namen meiner Gesinnungsgenossen folgende Erklärung abzugeben:

Wir haben bei der letzten Gas-Debatte im Monate October d. J. uns in ganz bestimmter Weise über die Regelung der Gasfrage ausgesprochen und in diesem Sinne auch Anträge gestellt. Unser Standpunkt war der, dass wir für die vertragsmäßige Einlösung der Gaswerke eingetreten sind, wodurch die sicherste und einfachste Lösung des Vertragsverhältnisses mit der englischen Gasgesellschaft und die unanfechtbare eigene Regie der Gemeinde im ganzen Gemeindegebiete erzielt worden wäre.

Wir haben uns schon damals gegen jede Vertragsverlängerung mit der englischen Gesellschaft ausgesprochen, auf welchem Standpunkte wir auch heute stehen.

Die Majorität des Gemeinderathes hat unsere Anträge damals abgelehnt und die Erbauung neuer Gaswerke beschlossen. Wir müssen unter solchen Umständen die Verantwortung für die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit ablehnen und werden uns daher weder an der Debatte noch an der Abstimmung über die heute in Verhandlung stehenden Anträge betheiligen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Zum Worte ist niemand gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Referent Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger!

Referent: Gegenüber der Erklärung des Herrn Gem.-Rathes Dr. Vogler bemerke ich, dass sowohl der Bürgermeister als die übrigen Mitglieder des Präsidiums und, wie ich glaube, sämmtliche Mitglieder der Majorität bereit sind, die volle Verantwortung für dieses Vorgehen zu übernehmen. (Bravo! Bravo!) Ich bedauere nur das eine, dass die Minorität in einem so wichtigen Augenblicke, in welchem es sich um den Kampf der Gemeinde Wien gegen die übermüthige englische Gesellschaft handelt (Lebhafter Beifall links), Gewehr bei Fuß steht und eine solche Erklärung abgibt. (Lebhafter Beifall links.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung. — Herr Dr. Vogler zur Abstimmung.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich beantrage namentliche Abstimmung. (Gelächter links.)

Bürgermeister: Es wird namentliche Abstimmung beantragt. Ich ersuche jene Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, bitte ich, mit „Ja" zu stimmen, welche dagegen sind, mit „Nein".

(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Gem.-Rathes Lehofer stimmen mit „Ja" die Gem.-Räthe: Bärtl, Baumgartner, Becker Franz Josef, Braun, Brauneiß, Bündsdorf, Büsch, Costenoble, Dobeš, Dürbeck, Eigner, Fickeys, Fiedler, Fischer, Dr. Geßmann, Geyer, Götz, Dr. Gruber, Grünbeck Josef, Grünbeck Sebastian, Hallmann, Hauke, Hawranek, Hipp, Hörmann, Dr. Hößlinger, Hraba, Kreisel, Dr. Krenn, Kubik, Dr. Kupka, Lehofer, Leitner, Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, Manner, Maresch, Dr. Mayreder, Müller Lorenz, Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, Obrist, Oppenberger, Pichler, Platter, Pollak, Dr. Porzer, Proschek, Purscht, Rauer, Rauscher, Rißaweg, Rosam, Sauerborn, Schedifka, Schleidt, Schlögl, Schneeweiß, Schrabauer, Schreiner, Schuh, Seichert, Siegmeth, Stastnik, Stehlik, Steiner, Bürgermeister Strobach, Sturm, Swoboda, Tomola, Dr. Wähner, Weitmann, Wessely, Wieder, Wimberger, Zatzka.)

Ich constatiere, dass der Antrag des Stadtrathes mit 74 Stimmen angenommen wurde.

Beschluss: 1. Das Anerbieten der Imperial-Continental-Gas-Association vom 16. December 1896 wird abgelehnt.

2. Mit der englischen Gasgesellschaft sind weitere Verhandlungen überhaupt nicht mehr zu pflegen.

Bürgermeister: Ich bitte, fortzufahren.

11. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zahl 10592. Meine Herren! Das Präsidium hatte heuer die Geschäftsgebarung so eingetheilt, dass wir mit Sicherheit darauf rechnen konnten, dass das Budget für das Jahr 1897 auch vom Plenum des Wiener Gemeinderathes noch in diesem Jahre hätte erledigt werden können.

Mittwoch dieser Woche habe ich in Erfahrung gebracht, dass das Präsidialbureau die nach dem § 50 — glaube ich — des Gemeindestatutes erforderliche Auflage der vom Magistrate verfassten Kostenvoranschläge zur öffentlichen Einsicht noch nicht durchgeführt hat.

Über meine Erkundigungen wurde mir mitgetheilt, dass das in Gemäßheit eines bestehenden Usus geschehen sei.

Ich habe mir hierüber Bericht erstatten lassen, und es hat sich hier nun Folgendes herausgestellt.

Herr Magistratsrath Pohl berichtet (liest):

„Der ergebenst Gefertigte erlaubt sich, über den Vorgang hinsichtlich der durch § 84 der früheren Gemeindeordnung für Wien und durch § 50 des jetzigen Gemeindestatutes vorgesehenen Auflegung des Hauptvoranschlages der Stadt Wien behufs öffentlicher Einsichtnahme Nachfolgendes zu berichten:

Zur Zeit des Bestandes der alten Wiener Gemeindeordnung wurde unmittelbar nach der Vorlage des Hauptvoranschlages seitens des Magistrates die öffentliche Einsichtnahme desselben veranlasst.

Auch im Jahre 1891, in dem ersten Jahre also, wo der Voranschlag auch der Vorberathung durch den durch das neue Statut eingesetzten Stadtrath zu unterziehen war, wurde an diesem Vorgange festgehalten und mit Kundmachung vom 24. November 1891 das Aufliegen desselben behufs öffentlicher Einsichtnahme zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Über Verfügung des damaligen Herrn Bürgermeisters Dr. Joh. N. Prix wurde jedoch nach erfolgter Vorberathung dieses Voranschlages durch den Stadtrath unterm 20. Februar 1892 eine neuerliche Kundmachung herausgegeben, in welcher auf die inzwischen im Stadtrathe erfolgte Vorberathung ausdrücklich Bezug genommen wurde. An diesem letzteren Vorgange wurde bis zum heurigen Jahre festgehalten.

Nachdem dieser Usus bisher auch im löblichen Gemeinderathe keiner Anfechtung begegnete und bei der Behandlung des Hauptvoranschlages für das Jahr 1896 durch den l. f. Commissär gleichfalls gebilligt wurde, glaubte das Präsidialbureau an dieser Auslegung der Bestimmung des § 50 des Wiener Gemeindestatutes festhalten zu müssen und eine Änderung in dieser Richtung nicht eintreten zu lassen."

Meine Herren, ich erlaube mir, Ihnen kurz den § 84 der früheren Wiener Gemeindeordnung vorzulesen, er lautet (liest):

„Der Gemeinderath hat alljährlich, auf Grundlage der Inventarien und Rechnungen, die Voranschläge der Einnahmen und

Ausgaben der Gemeindecassa, sowie sämmtlicher, unter abgesonderter städtischer Verwaltung stehenden Fonde und Anstalten in allen Einnahms- und Ausgabsposten zu prüfen und für das nächstfolgende Jahr festzustellen.

Diese Voranschläge müssen jährlich, drei Monate vor Anfang des Rechnungsjahres, das mit jenem des Staates zusammenfällt, von dem Magistrate vorgelegt werden. Vierzehn Tage vor der Prüfung und Feststellung durch den Gemeinderath sind sie zur öffentlichen Einsicht aufzulegen.

Die Erinnerungen der Gemeindeglieder darüber werden zu Protokoll genommen und bei der Prüfung in Erwägung gezogen."

Der § 50 des derzeitigen Wiener Gemeindestatutes stimmt mit dem eben zur Verlesung gebrachten § 84 des früheren Gemeindestatutes beinahe wörtlich überein, er lautet (liest):

„Der Gemeinderath hat jährlich auf Grundlage der Inventarien und Rechnungen, dann der von den Bezirksvorstehern vorgelegten Bezirkserfordernis-Voranschläge, die Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde, sowie sämmtlicher unter Gemeindeverwaltung stehenden Fonde und Anstalten in allen Einnahms- und Ausgabsposten zu prüfen und für das nächstfolgende Jahr festzustellen.

Die vom Magistrate verfassten Voranschläge müssen ihm jährlich zwei Monate vor Anfang des Verwaltungsjahres, das mit jenem des Staates zusammenfällt, von dem Stadtrathe vorgelegt werden."

Es ist also hier eine Änderung eingetreten, indem statt drei Monate, die Frist von zwei Monaten bestimmt worden ist. Dann heißt es (liest):

„Durch vierzehn Tage vor der Prüfung und Feststellung durch den Gemeinderath sind sie zur öffentlichen Einsicht aufzulegen, und ist dies in sämmtlichen Bezirken, sowie durch Einschaltung in der „Wiener Zeitung" zu verlautbaren."

Das Subject „sie" bezieht sich offenbar auf das Subject des früheren Satzes; wenn man es also ergänzen oder substituieren würde, so würde es heißen: „sind die vom Magistrate verfassten Voranschläge". Vom Stadtrathe ist in dieser gesetzlichen Bestimmung nichts enthalten.

Es ist daher nach meiner Meinung der Usus, der seit 1892 beliebt wurde, kein richtiger, und es wird Ihnen daher der Antrag gestellt (liest):

„Von dem bisherigen Usus werde abgegangen und in Hinkunft das Aufliegen des Hauptvoranschlages zur öffentlichen Einsicht sofort nach der Vorlage desselben durch den Magistrat veranlasst".

Ich bemerke, dass die Frist von 14 Tagen, welche im Gesetze festgesetzt ist, eine sogenannte Minimalfrist ist, das heißt, es muss der Hauptvoranschlag mindestens 14 Tage zur öffentlichen Einsicht aufliegen.

Er kann aber drei, vier Wochen und noch länger zur öffentlichen Einsicht aufliegen, in dieser Hinsicht ist dem Gemeinderathe eine Einschränkung nicht gegeben worden. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Antrages des Stadtrathes.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Grübl!

Gem.-Rath Dr. Grübl: Ich möchte nur eine ganz kurze Bemerkung machen. Ich theile die Ansicht des Herrn Referenten nicht. Ich gebe ja zu, man kann sich der Ansicht anschließen, die er in seiner Argumentation selbst vorgebracht hat. Der Stadtrath und das Präsidium waren früher der Ansicht, dass der Magistrat die Voranschläge dem Stadtrathe vorzulegen habe, wie es im Gesetze heißt, und damit hat der Magistrat jede weitere Ingerenz auf den von ihm verfassten und vorgelegten Hauptvoranschlag erschöpft und hat mit der Sache nichts weiter zu thun.

Der Stadtrath ist nach dem neuen Statute derjenige, der dem Gemeinderathe die Vorlage zu machen hat und mit dieser Vorlage hat nun dann dasjenige zu geschehen, was im § 50 des Statutes angeführt ist. Wir wollen nun gegen die Auffassung, die jetzt vom Stadtrathe oder vom Präsidium aufgestellt wurde, nicht polemisieren; es ist auch gar kein wesentlicher Unterschied, ich glaube aber, es liegt im Sinne und Geiste des Statutes, dass die Vorlage des Stadtrathes zur öffentlichen Einsicht aufliege und nicht die Vorlage des Magistrates. Der Magistrat ist in dieser Hinsicht bloß ein Hilfsorgan des Stadtrathes, und dasjenige, was der Magistrat in dieser Hinsicht verfügt, ist nicht maßgebend, sondern dasjenige, was der Stadtrath verfügt. Beschließen Sie, meine Herren, wie Sie wollen, es ist ja Ihre Sache, die Geschäfte zu führen.

Bürgermeister: Wünscht der Herr Referent eine Bemerkung zu machen?

Referent: Es ist nicht nothwendig.

Bürgermeister: Eine Einwendung wurde nicht erhoben, ich bringe daher den Antrag des Referenten zur Abstimmung, diejenigen Herren, die für den Referenten-Antrag stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Beschluss: Von dem bisherigen Usus hinsichtlich der Einsichtnahme in die Hauptvoranschläge werde abgegangen und in Hinkunft das Aufliegen des Hauptvoranschlages zur öffentlichen Einsicht sofort nach der Vorlage desselben durch den Magistrat veranlasst.

Ich constatiere die Anwesenheit von mehr als 92 Mitgliedern des Gemeinderathes. Wir werden daher jene Stücke zur Behandlung bringen, bei welchen die Anwesenheit von 92 Mitgliedern erforderlich ist.

Ich ersuche Herrn Collegen Hörmann, zu referieren.

12. Referent Gem.-Rath Hörmann: Ich habe die Ehre, zur referieren zur Zahl 10499. Weihbischof Dr. Angerer noe. Barmherzige Schwestern ersucht um Bauconsens VIII. Bezirk, Alserstraße 49 und Feldgasse 12 und 14. Es betrifft dies eine Grundeinbeziehung für einen Baugrund im Gesammtausmaße von 0·07 m². Von Seite des Stadtbauamtes wurde beantragt, und hat sich der Stadtrath diesem Antrage angeschlossen:

„Überlassung des in die Verbauung einzubeziehenden Straßengrundes per 0·07 m² gegen Abzug dieser Fläche im zweifachen Ausmaße von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde."

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (welcher während vorstehenden Referates den Vorsitz übernommen hat): Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche dem Antrage des Herrn Referenten zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Die Überlassung des beim Hausbaue VIII., Alserstraße 49, Feldgasse 12 und 14 der Barmherzigen Schwestern in die Verbauung einzubeziehenden Straßengrundes per 0·07 m² gegen Abzug dieser Fläche im zweifachen Ausmaße von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde wird genehmigt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Hraba zum Referate. (Rufe: Rauer!) Richtig, ich bitte um Entschuldigung, es ist noch ein 92er-Stück da. Ich bitte Herrn Collegen Rauer zum Referate.

13. Referent Gem.-Rath Rauer: Zahlen 10414 und 10417. Wenzel Schulz um Preisbestimmung für den einzulösenden Grund E.-Z. 214 und 215 in Penzing, Linzerstraße 51 und 52, XIII. Bezirk.

Herr Wenzel Schulz will diese beiden Realitäten demolieren und gedenkt, da zwei Wohnhäuser aufzuführen. Um dieselben in die bestimmte Baulinie stellen zu können, hat er von der Gemeinde einen Grund zu erwerben, und zwar im Ausmaße von 16·40 beziehungsweise 13·20 m². Für diesen Grund schlägt der Stadtrath einen Preis von 16 fl. per Quadratmeter vor und stellt den Antrag (liest):

„Es sei für den zur Bauarea einzubeziehenden Straßengrund im Ausmaße von 16·40 beziehungsweise 13·20 m², zusammen von 29·60 m² der Preis mit 16 fl. per Quadratmeter, das ist mit 473 fl. 60 kr. zu bestimmen."

Ich bitte um Annahme des Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Tagleicht!

Gem.-Rath Tagleicht: Ich möchte den Herrn Referenten nur fragen, aus welchem Grunde die beiden Objecte im Plane nicht durch eine, sondern zwei verschiedene Linien bezeichnet sind. Ist dies vielleicht mit Rücksicht auf die örtliche Situation nothwendig?

Referent: Das dürfte ein Fehler in der Vorlage sein.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Das ist kein Fehler, es sind nur die beiden Baustellen separat gezeichnet.

Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich die Herren, welche für den Referenten-Antrag stimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist mit mehr als 70 Stimmen zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: Für den zur Bauarea XIII., Linzerstraße 51 beziehungsweise 53 einzubeziehenden Straßengrund im Ausmaße von 16·4 m² beziehungsweise 13·2 m², zusammen von 29·6 m², wird der Preis mit 16 fl. per Quadratmeter, d. i. mit 473 fl. 60 kr. bestimmt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Hraba zum Referate.

14. Referent Gem.-Rath Hraba: Zahl 9457. Bewilligung eines Zuschusscredites von 39.500 fl. zur Rubrik IV 18 a „Wagenauslagen, Commissionsgebüren, Reisekosten und Diäten städtischer Functionäre". Bisher war ein Aufwand von 73.605 fl. 85 kr. nothwendig. Die Buchhaltung rechnet aus, dass noch ein Betrag von 15.692 fl. im Laufe dieses Jahres zur Ausgabe kommen wird. Das macht zusammen ein Erfordernis von 89.297 fl. 85 kr. Nachdem im Voranschlag nur 50.000 fl. vorgesehen sind, ist die Genehmigung eines Zuschusscredites in der Höhe von 39.500 fl. nothwendig. Ich bitte, denselben zu genehmigen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn dies nicht der Fall ist, so ersuche ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik IV 18 a „Wagenauslagen, Commissionsgebüren, Reisekosten und Diäten städtischer Functionäre" wird ein Zuschusscredit von 39·500 fl. bewilligt.

15. Referent Gem.-Rath Hraba: Zahl 10309. Zuschusscredit zur Rubrik XLVIII „Recrutierung" und XLIX „Militärbequartierung". Der erstere Zuschusscredit beträgt 150 fl. und wird damit begründet, dass die Hauptstellung im Jahre 1896 um fünf Tage länger gedauert hat als im Jahre 1895. Die Militärdurchzugsgebüren erfordern einen weiteren Aufwand von 27.250 fl. Dies wird damit motiviert, dass die beiden Paraden, jene im April 1895 anlässlich der Anwesenheit Sr. Majestät des deutschen Kaisers und jene im August 1896 anlässlich der Anwesenheit Sr. Majestät des Zaren, eine Mehrauslage erfordert haben für die Verpflegs-, Durchzugs- und Unterkunftskosten der damals hier gewesenen Militärmacht. Ich bitte um Genehmigung dieser beiden Zuschusscredite.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn dies nicht der Fall ist, so ersuche ich jene Herren, welche mit dem Antrage des Stadtrathes einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik XLIX „Militärbequartierung" wird ein Zuschusscredit von 27.250 fl. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate bitte ich Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer.

16. Referent Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer: Ich habe die Ehre, zu berichten zur Zahl 10596. Wie alljährlich seit dem Jahre 1861 wurden auch heuer den Beamten des Präsidialbureaus und den Präsidialdienern Remunerationen zuerkannt. Der diesbezüglich erforderliche Betrag ist größtentheils in der betreffenden Post bedeckt, und es ist nur noch ein Betrag von 350 fl. unbedeckt, für welchen der Stadtrath beschlossen hat, den Zuschusscredit zu erwirken. Es betrifft dieser Betrag von 350 fl. die Gratificationen für drei Beamte des Präsidialbureaus. Ich bitte, dem Antrage des Stadtrathes Ihre Zustimmung zu ertheilen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, die für den Antrag sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Zur Rubrik III 15 a „Neujahrsgratificationen an die Beamten und Diener des Präsidialbureaus ꝛc." wird ein Zuschusscredit von 350 fl. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate bitte ich Herrn Collegen Dr. Kupka.

17. Referent Gem.-Rath Dr. Kupka: Zahl 10567. Der Vorsteher des IX. Bezirkes um Subvention zur Bekleidung armer Schulkinder des IX. Bezirkes. Es ist das ein Nachzügler. Unlängst hat sich ein Herr beklagt, dass wir sehr spät an die Erledigung der Weihnachtsbetheilungen gehen. Dieser Herr Bezirksvorsteher hat erst am 15. December das Gesuch überreicht, am 16. December hat es der Magistrat erledigt, am 17. December hat es der Stadtrath erledigt und jetzt beantrage ich Namens des Stadtrath,es (liest):

„Gewährung eines Höchstcredites von 800 fl. unter den mit Gemeinderaths-Beschluss vom 15. December 1896, Zahl 10346, festgesetzten Bedingungen und Bewilligung eines Zuschusscredites in gleicher Höhe zur Rubrik XXXVIII 1 b."

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Winker!

Gem.-Rath Winker: Ich möchte mir nur die Anfrage erlauben, warum, nachdem alle Vereine eine Subvention bekommen haben, der Neu-Rudolfsheimer Verein abgewiesen wurde?

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Bitte, jetzt wird zur Zahl 10567 referiert. Bitte sich vielleicht erst beim nächsten Referate zum Worte zu melden.

Wünscht einer der Herren zu diesem Antrage das Wort? Wenn nicht (Niemand meldet sich), bringe ich den Antrag zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem Vorsteher des IX. Bezirkes wird zur Bekleidung armer Schulkinder ein Höchstcredit von 800 fl. unter den mit Gemeinderaths-Beschluss vom 15. December 1896, Z. 10346, festgesetzten Bedingungen gewährt. Zur Rubrik XXXVIII 1 b wird ein Zuschusscredit in gleicher Höhe bewilligt.

18. Referent Gem.-Rath Dr. Kupka: Zahl 10612. Es sind sechs Vereine eingeschritten, und diese sechs Vereine sollen nach dem Stadtraths-Antrage dieselben Beträge erhalten, welche sie im vorigen Jahre gehabt haben. Ich kann dem Herrn Redner, welcher die Anfrage gestellt hat, sofort jetzt Antwort geben. Dieser Verein hat noch keine Subvention erhalten, es ist dies ein neuer Verein, und wir wollen diese neuen Vereine nicht auch noch heranziehen, da wir ohnedies uns der Subventionen nicht erwehren können. Es beantragt der Stadtrath (liest):

„Dem Vereine „Schuljugendfreund" (XVIII. Bezirk) . . 50 fl.
„ „ Leopoldstädter Kinderfreunde . . . . . 100 „
„ „ Rudolfsheimer Weihnachtsfreunde . . . . 50 „
„ „ Kinderfreunde in Neulerchenfeld . . . . 100 „
„ „ Kinderfreunde von Hernals, Ottakring und Neulerchenfeld . . . . . 100 „

zu bewilligen und daran dieselben Bemerkungen beziehungsweise Bedingungen zu knüpfen, wie im Vorjahre, und zwar:

Diese Subventionen können wie bisher von den Vereinen nach ihrem Ermessen vertheilt werden, jedoch haben dieselben die Verpflichtung zu übernehmen, behufs möglichster Hintanhaltung von mehrseitigen Betheilungen die Namen der von ihnen zu Betheilenden rechtzeitig dem Bezirks-Comité und den Schulleitungen bekanntzugeben.

Die von der Gemeinde subventionierten Vereine werden ersucht, in das wie im Vorjahre zu constituierende Bezirks-Comité je einen Delegierten mit berathender Stimme zu entsenden.

Zur Deckung dieser Auslage sei ein Zuschusscredit in der Höhe des Erfordernisses zur Rubrik XXXVIII 1 b zu bewilligen.

Das Ansuchen des Vereines zur Bekleidung armer Schulkinder in Neu-Rudolfsheim um Subvention sei abzuweisen."

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? Wenn nicht (Niemand meldet sich), bringe ich die Anträge zur Abstimmung. Ich bitte jene Herren, welche mit denselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Der vorstehende vollständig zur Verlesung gebrachte Referenten-Antrag.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate bitte ich Herrn Collegen Tomola.

19. Referent Gem.-Rath Tomola: Zahl 10613. An den beiden communalen Kindergärten im XVI. Bezirke wünscht der Director der Anstalt eine kleine Weihnachtsfeier zu veranstalten und ersucht deswegen um einen Betrag von je 20 fl. für jeden dieser communalen Kindergärten. Es wird beantragt, diesen Betrag von je 20 fl. für jeden der beiden im XVI. Bezirke bestehenden Kindergärten bewilligen zu wollen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? Wenn nicht (Niemand meldet sich), bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Zur Abhaltung einer Christbaumfeier wird für die beiden communalen Kindergärten im XVI. Bezirke je ein Betrag von 20 fl. bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate bitte ich Herrn Collegen Pursch t.

20. Referent Gem.-Rath Pursch t: Ich habe die Ehre, zu referieren zur Z. 9689. Die Genossenschaft der Buchbinder sucht an um eine Subvention für die Fortbildungsschule von 500 fl. Die Genossenschaft der Buchbinder, Ledergalanterie-, Futteral- und Cartonagewaren-Erzeuger hat jedes Jahr 500 fl. Subvention erhalten, und der Stadtrath hat sich bestimmt gefunden, auch heuer 500 fl. zu beantragen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand von den Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, dann bitte ich jene Herren, welche mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Ich constatiere, dass Herr College Schlechter sich bei Beginn dieses Referates aus dem Saale entfernt hat.

Beschluss: Der Genossenschaft der Buchbinder wird für die fachliche Fortbildungsschule eine Subvention von 500 fl., wie im Vorjahre, so auch pro 1896 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Zum Referate bitte ich Herrn Collegen Dr. Krenn.

21. Referent Gem.-Rath Dr. Krenn: Zahl 9487. Ankauf der Häuser 14 und 16 Hofzeile, XIX. Bezirk, für Schulzwecke. Döbling, welches infolge seiner zunehmenden Verbauung und zunehmenden Bevölkerung naturgemäß auch einen bedeutenden Zuwachs an Schulkindern aufweist, hat mit seiner Schule in der Pantzergasse 25 kein Ausreichen mehr. Es besteht jetzt die Schule in der Pantzergasse 25 aus einer Volks- und einer Bürgerschule. Man plant nun gemäß der anwachsenden Zahl der Kinder, die Volks- und Bürgerschule zu trennen, eine eigene Bürgerschule zu bauen und in der Pantzergasse 25 die Volksschule zu belassen.

Unter den vielen offerierten Objecten, welche angeboten und für einen Schulbau von den jeweiligen Besitzern als geeignet befunden wurden, sind nur zwei in Betracht zu ziehen, und zwar das Reisenleitner'sche Object, welches aber von dem Bezirksschulrathe abgelehnt wurde, weil es zu excentrisch gelegen ist und das Object, Hofzeile 14 und 16.

Das letztere entspricht vollkommen einem Objecte, welches für einen Schulbau nothwendig ist, umfasst 508 m² und liegt in jenem Rayon, welcher für Unter-Döbling, Sievering, in der Grimm zur Herstellung einer Schule am meisten geeignet ist. Die Hofzeile 16 ist auch in der Zone gelegen, in der es gestattet ist, drei Stock hohe Häuser zu bauen.

Es ist beantragt, um den Preis von 35.000 fl. diese beiden Objecte zu erwerben. Ich bitte, für den Stadtraths-Antrag zu stimmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Helbig!

Gem.-Rath Helbig: Ich möchte mir nur eine Anfrage an den Herrn Referenten erlauben. Ich möchte die Anzahl der Quadratmeter der Fläche und den Preis per Quadratmeter wissen. Ich habe nicht gehört, welches Ausmaß.

Referent: Die Anzahl ist 508 m² und der Preis stellt sich bei 35.000 fl. auf 70 fl. per Quadratmeter.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Der Herr Referent hat uns mitgetheilt, dass es im ganzen 508 m² um den Preis von 35.000 fl. sind. Da stellt sich der Quadratmeter auf 70 fl., und dort den Quadratmeter um 70 fl. zu kaufen, kann ich nicht befürworten. Aus diesem Grunde beantrage ich, das Referat zurückzuweisen. Denn, entweder ist das nicht richtig, oder durch die Einverleibung der Vororte mit Wien haben die Gründe dort einen solchen Maximalpreis erreicht, wie nicht einmal innerhalb der alten Grenzen. Da kann man nicht sagen, dass die Einverleibung der Vororte mit Wien für die Vororte zum Schaden gereichte. (Widerspruch links.) Ich bitte, meine Herren, diesem Antrage nicht zuzustimmen, weil der Preis viel zu hoch gegriffen ist.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Zatzka!

Gem.-Rath Zatzka: Meine Herren! Ich möchte mir zu dem Stadtraths-Antrage einen Zusatz-Antrag zu stellen erlauben: Es sei von der Verfassung einer Projectskizze von Seite des Bauamtes abzusehen und für Schul- und dergleichen Bauten in Zukunft eine allgemeine Concurrenz nur für Wiener Architekten auszuschreiben. Der Magistrat sei zu beauftragen, in der kürzesten Zeit hierüber die geeigneten Vorschläge zu erstatten.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Sebastian Grünbeck!

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich erlaube mir, bekanntzugeben, dass ich auch im Verhandlungs-Comité war und dass vom Herrn Referenten irrig von Quadratmetern gesprochen wurde. Die Quadratklafter kostet 70 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Wrabetz!

Gem.-Rath Wrabetz: Nach dieser Aufklärung verzichte ich auf das Wort.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Reisch!

Gem.-Rath Dr. Reisch: Ich bin selbstverständlich als Vertreter aus dem XIX. Bezirke sehr einverstanden, dass eine neue Bürgerschule gebaut werden soll. Ich kann mich aber als genauer Kenner der örtlichen Verhältnisse mit dem Platze, der hiefür ausersehen wird, nicht einverstanden erklären. Diese Hofzeile, diese Herrengasse hat eine Configuration, die vielleicht noch in einem Jahrhundert nicht in Ordnung kommen wird. Es ist unsere engste Gasse; es ist ganz in der Nähe eine schmale Gasse, ein Engpass, so dass dort die Passage überhaupt lebensgefährlich ist. Es erscheint mir daher gar nicht wünschenswert, dieses Project anzunehmen, außer es besteht die Absicht, diesen Engpass durch Einlösung eines Hauses zu beseitigen. Ich würde daher meinen, dass in Döbling ein anderer Platz ausfindig gemacht werden sollte. Ich weiß nicht, ob die Sache sehr dringend ist und nicht vertagt werden könnte. Ich glaube, es würden sich gewiss geeignetere Plätze finden.

Ich erlaube mir daher, Ihnen als genauer Kenner der Lage zu beantragen, dass das Referat vertagt und der Auftrag ertheilt werde, einen anderen Platz auszumitteln, bevor man über den Platz schlüssig wird. Der Preis ist überhaupt nicht so billig, dass es ein Cadeau für die Gemeinde wäre. Ich beantrage daher die Vertagung der Angelegenheit, Zurückweisung des Referates, damit Gelegenheit geboten werde, einen passenderen Platz hiezu zu finden.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ein reiner Vertagungs-Antrag ist dies also nicht, sondern eine Zurückweisung mit einem bestimmten Auftrage. Herr College Dr. Mayreder!

Gem.-Rath Dr. Mayreder: Meine Herren! Ich möchte den Antrag des Stadtrathes zur Annahme empfehlen mit der Modification des Herrn Gem.-Rathes Zatzka, wonach für die Planverfassung eine allgemeine Concurrenz ausgeschrieben werden soll. Was das Bedenken anbelangt, dass vielleicht ein besserer Platz gefunden werden könnte, so ist das bei jeder Platzfrage immer dieselbe Erscheinung. Der Stadtrath hat die Sache eingehend gewürdigt, er hat ein eigenes Comité zur Verhandlung eingesetzt, welches keinen besseren Platz als diesen gefunden hat.

Ich empfehle daher die Annahme des Stadtraths-Antrages und lege ein besonderes Gewicht auf den Zusatz-Antrag Zatzka.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Schneeweiß zur Geschäftsordnung.

Gem.-Rath Schneeweiß (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Bitte jene Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag auf Schluss der Debatte ist angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Dr. Klotzberg, Dr. Nechansky und Bündsdorf.

Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg!

Gem.-Rath Dr. Klotzberg: Nach den Aufklärungen, welche mir zutheil wurden, ziehe ich selbstverständlich meinen Antrag zurück, nachdem es sich um Klafter und nicht um Meter handelt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky!

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Meine Herren! Ich glaube zwar dem Herrn Collegen Sebastian Grünbeck, dass er nicht geirrt hat, aber wir stehen hier doch vor einer widerspruchsvollen Angabe, welche bisher eine vollkommen verlässliche und amtliche Correctur nicht gefunden hat.

In der Vorlage im Situationsplane steht: „Fläche 95 m²“; im Antrage selbst wird von einem Flächenmaße nicht gesprochen.

Nachdem gewiss die Beschaffenheit des Ausmaßes, ob Klafter oder Meter, für unsere Abstimmung von maßgebender Bedeutung ist, bitte ich, aus den Acten gütigst officiell erheben und vom Herrn Referenten bekanntgeben zu lassen, ob es Klafter oder Meter sind und wieviel das Ausmaß in dem einen oder anderen Maße beträgt.

Ich bitte um Constatierung dieses Umstandes.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte den Herrn Referenten, diesen Umstand aus den Acten zu constatieren. Ich habe selbst nachgesehen, es heißt dort 508°.

Referent: Es sind 508°; ich habe mich nur versprochen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde von nun ab die Veranlassung treffen, dass nicht mit Klaftern, sondern nur mit Metern gemessen wird, und weiters, dass in einem solchen Antrage das Ausmaß der betreffenden Grundfläche auch in Metern beigegeben werde. (Beifall.)

Herr College Bündsdorf!

Gem.-Rath Bündsdorf: Ich verzichte auf das Wort, nachdem Herr College Mayreder bereits den Zusatz-Antrag Zatzka bezüglich der Ausschreibung einer allgemeinen Concurrenz befürwortet hat.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Der Herr Referent zum Schlusswortе.

Referent: Es wurden genaue Erhebungen gepflogen, es ist das nicht das einzige Project, welches eingelaufen ist, aber gerade dieses wurde von den Behörden, dem Ortsschulrathe, dem Bezirksschulrathe und dem Magistrate als das allein für den Schulbau geeignete bezeichnet. Das einziges Project, das noch in Betracht käme, wäre das Reisenleitner'sche in der Chimanigasse. Das liegt aber zu excentrisch. Das vorliegende ist das einzig gute Project, die Straßenenge würde entfallen, weil wir einige Meter zurückrücken müssen. Die Straße wird auf 11 m verbreitert werden. Es entfällt jeder Grund, gerade in diesem Punkte die Schule nicht haben zu wollen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Auf Grund einer mir vom Collegen Dr. Reisch gemachten Mittheilung erachte ich es für zweckmäßig, dass die Berathung über diesen Gegenstand heute abgesetzt werde, und ich werde in der vertraulichen Sitzung die Begründung hiezu mittheilen oder eventuell Herrn Collegen Dr. Reisch ersuchen, dieselbe schriftlich bekanntzugeben, damit die Angelegenheit im Stadtrathe neuerlich berathen werden kann und wir in der nächsten Gemeinderaths-Sitzung den Gegenstand erledigen können. Ich bitte, fortzufahren.

22. Referent Gem.-Rath Dr. Krenn: Zur Zahl 10149. Der Verein „Kinderhort" im XVIII. Bezirke ersucht um Subvention. Es ist dies ein Verein, von dem nach dem Punkte 1 seiner Statuten eine Anstalt zu erhalten ist, in der schulpflichtige Kinder armer Eltern während eines Theiles der schulfreien Zeit durch eine Lehrkraft zu unterrichten sind, um sie dem Müssiggange und der schlechten Gesellschaft zu entziehen. Es hat dieser Verein über 40 Knaben, von welchen fünf oder sechs schon seit der Entstehung des Vereines in dem Vereine sind. Ich bitte also um Bewilligung einer Subvention von 400 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit dem Stadtraths-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem Vereine „Kinderhort" im XVIII. Bezirke wird eine Subvention von 400 fl. pro 1896, wie im Vorjahre, bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich bitte, fortzufahren.

23. Referent Gem.-Rath Dr. Krenn: Zahl 10480. Das St. Anna-Kinderspital ersucht um eine Subvention. Das St. Anna-Kinderspital hat im Vorjahre 31.882 Kindern unentgeltlich Hilfe geleistet, und zwar wurden sie meist noch mit Medicamenten versehen. Seit vorigem Jahre ist eine Steigerung von 8400 Kranken und von 4000 Ambulanten zu constatieren. Es ist auch ein eigener Diphtherie- und Scharlachpavillon gebaut worden. Natürlich fällt auch die Steigerung der Kosten der Verwaltung auf Rechnung des Spitales. Es wurde auch das Heilserum eingeführt; auf die großartigen Heilerfolge dieses Mittels brauche ich nicht aufmerksam zu machen. Ich will schließlich darauf verweisen, dass Baron Wiederhofer, einer der glänzendsten Vertreter der ärztlichen Heilkunde, dieses Spital leitet. Ich bitte um Bewilligung der Subvention von 4000 fl.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich ersuche jene Herren, welche diese Subvention bewilligen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Dem St. Anna-Kinderspitale wird eine Subvention von 4000 fl. pro 1896 bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Müller zum Referate.

24. Referent Gem.-Rath Lorenz Müller: Ich habe die Ehre, zur Zahl 10030 zu referieren. Petition des Brigittenauer Wählerclubs um Errichtung eines selbständigen Armen-Institutes in der Brigittenau.

Der Brigittenauer Wählerclub hat eine Petition wegen Errichtung eines selbständigen Armen-Institutes in der Brigittenau überreicht, und diese Petition begründet die Nothwendigkeit, für den genannten Bezirkstheil die Armenpflege selbständig zu organisieren erstens mit der Überbürdung des Armen-Institutes Leopoldstadt, zweitens mit der großen Ausdehnung des II. Bezirkes, welche den Verkehr der Armen mit der Armen-Institutskanzlei bedeutend erschwert, nachdem bekanntlich die ärmere Bevölkerung an den entlegeneren Gebietstheilen wohnt, weil dort die Miete bedeutend billiger ist.

In einem der Petition ähnlichen Sinne haben sich der Vorsteher des II. Bezirkes, die Armeninstituts-Vorstehung, das Polizeicommissariat Brigittenau und schließlich auch der Magistrat ausgesprochen.

Im ganzen sind heute im II. Bezirke 121 Armenräthe, wovon 95 in der Leopoldstadt und 26 in der Brigittenau thätig sind. Die 95 Armenräthe werden in der Leopoldstadt bleiben, die 26 Armenräthe für die Brigittenau werden auf 50 ergänzt werden; ferner entfallen für jedes selbständige Institut je 25 Waisenväter.

Die Abgrenzung des künftigen Rayons Brigittenau ist gleich dem Polizeirayon Brigittenau.

Nachdem diese Trennung ein dringendes Bedürfnis ist, erlaubt sich der Stadtrath, folgende Anträge zu stellen (liest):

„1. Das Armen-Institut des II. Wiener Gemeindebezirkes wird in zwei selbständige voneinander unabhängige Armen-Institute unter der Bezeichnung „Armeninstitut IIa (Leopoldstadt) und IIb (Brigittenau)" getheilt, und zwar mit der im Plane mit blauer Linie bezeichneten Umgrenzung, nämlich dass jene Theile des II. Wiener Gemeindebezirkes, welche nördlich der Linie Mathildengasse, Mathildenplatz, Wasnergasse, Rauscherstraße, Hellwaggasse, östliche Grenze der Nordwestbahnanlagen, Innstraße, Jägergraben liegen, zum Gebiete des Armen-Institutes IIb (Brigittenau), der Rest des Bezirkes dem Armen-Institute IIa (Leopoldstadt) anzugehören haben.

2. Die für das Armenwesen in Wien bestehenden Vorschriften, insbesondere die Instruction für die Armenpflege u. s. w. haben auch für das neu zu errichtende Armen-Institut in allen ihren Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu finden.

3. Die Zahl der Armenräthe wird unter Zugrundelegung der dermalen aus dem Armenfonde bleibend betheilten Personen und auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 26. April 1894, Z. 1710 (M.-Z. 139780), nach welchem auf einen Armenrath nicht mehr als zehn arme Familien entfallen sollen, für das Armen-Institut IIb mit 50, für das Armen-Institut IIa mit Berücksichtigung des Umstandes, dass die dermalen der Section „Brigittenau" angehörigen Armenräthe (26 an der Zahl) dem neu

zu errichtenden Armen-Institute II b zugewiesen werden, mit 95, die Zahl der Waisenväter für jedes Armen-Institut mit je 25 festgesetzt.

4. Zum Zwecke der Activierung des Armen-Institutes II b (Brigittenau) sind sofort entsprechende Localitäten entweder in einem städtischen Hause daselbst zu ermitteln, oder aber, wenn sie in einer städtischen Realität nicht vorhanden sind, entsprechende Räumlichkeiten zu mieten, wobei Sorge zu tragen ist, dass diese Localitäten thunlichst in der Mitte des neuen Armen-Rayons gelegen sind.

5. Zur Besorgung der Kanzleigeschäfte wird dem neuen Armen-Institute ein Kanzleibeamter zugewiesen und zu diesem Zwecke die Aufnahme einer neuen Hilfskraft gegen das übliche Diurnum bewilligt. Für Botengänge und dergleichen ist diesem Armen-Institute ein Pfründner (nach Thunlichkeit aus einem städtischen Armenhause) gegen eine Entlohnung von täglich 50 kr. für jeden Tag factischer Dienstleistung zuzuweisen, wie dies bereits mit Stadtraths-Beschluss vom 20. August 1896, Z. 5838 (M.-Z. 98182), für das Armen-Institut in der Leopoldstadt geschehen ist.

6. Zur Bestreitung des Mietzinses, Beschaffung der nöthigen Einrichtungsstücke und Herstellungen ꝛc. ist pro 1897 ein Betrag von 3000 fl. in das Budget einzustellen.

7. Die Activierung des neuen Armen-Institutes hätte ehethunlichst zu erfolgen, weshalb die erforderlichen Vorkehrungen schleunigst zu veranlassen sind."

Ich bitte um Annahme der Stadtraths-Anträge.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Helbig hat das Wort.

Gem.-Rath Helbig: Meine verehrten Herren! Ich bin mit dem ersten Theile, dem Antrage auf Trennung des Armenbezirkes II, vollkommen einverstanden. Bei der räumlichen Ausdehnung des Bezirkes ist die Trennung in zwei Sectionen unbedingt nothwendig.

Ich kann mich aber mit dem Vorgange im Punkte 3 bezüglich der Wahlen der Armenräthe nicht einverstanden erklären. Aus demselben Grunde und demselben Bedürfnisse ist vor kurzer Zeit auch der Ortsschulrath des II. Bezirkes in zwei Sectionen getheilt worden. Da hat man den nach meiner Ansicht vollkommen gesetzlichen und correcten Vorgang eingehalten, dass man je einen Ortsschulrath respective Section für die Brigittenau und für die übrige Leopoldstadt gewählt hat. Der bestehende Ortsschulrath hat solange functioniert, bis die Wahl vollzogen war, dann erst ist er aufgelöst worden und haben die beiden Sectionen vollständig selbständig gearbeitet. Hier wird nun der Vorgang beliebt, dass aus dem bestehenden Armenrath für den ganzen Bezirk 26 Armenräthe herausgenommen werden und mit den neu zu wählenden auf 50 ergänzt, den Armenrath der II. Section zu bilden haben, während der Rest für die alte Leopoldstadt bleibt. Meiner Ansicht nach ist dieser Vorgang nicht correct und nicht gesetzlich; denn diese 26 Armenräthe sind als Armenräthe für die ganze Leopoldstadt gewählt, nicht speciell für die Brigittenau, während jetzt für die Brigittenau 50 zu wählen sind. Es wäre meiner Ansicht nach derselbe Vorgang, wie er bei der Theilung des Ortsschulrathes stattgefunden hat, auch hier anzuwenden, weil, wenn dies nicht der Fall wäre, ich die Sache nicht für gesetzlich richtig halten und mir auch vorbehalten würde, diesbezüglich einen Protest einzubringen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr Gem.-Rath Tagleicht!

Gem.-Rath Tagleicht: Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Vorredners an. Die Zweitheilung des Armenrathes im Bezirke Leopoldstadt ist eine nothwendige und zweckmäßige; eine nothwendige, weil das Gebiet der Leopoldstadt ein außerordentlich weites ist und der Verkehr mit der Armenrathskanzlei ein schwieriger ist, zweckmäßig deshalb, weil der Armenrath dazu berufen ist, die Individuen, die an ihn herantreten, näher kennen zu lernen, um dann erst die Bedürftigkeit derselben zu prüfen. Bekanntlich haben die Armenräthe eine Verfügung über Gemeindemittel, die im Jahre sehr hohe Beträge involvieren.

Ich glaube aber, dass die vom Stadtrathe vorgeschlagene Zahl von 50 Armenräthen für den Bezirkstheil Brigittenau nicht ausreichen wird. Schon die in der Vorlage angeführte Begründung, dass nach dem Stadtraths-Beschlusse vom 26. April 1894, Z. 1710, jeder Armenrath nicht mehr als zehn arme Familien zugewiesen erhalten soll, steht mit dem Antrage des Herrn Referenten in Widerspruch. Multipliciert man 50 mit 10, so ergibt das die Ziffer von 500 Familien; die armen Familien in der Brigittenau zählen nicht nach Hunderten, sondern nach Tausenden. Mit Rücksicht darauf beantrage ich die Zahl der Armenräthe für die Brigittenau auf 80. Das entspricht wohl noch immer nicht dem Gemeinderaths-Beschlusse vom Jahre 1894, allein es entspricht jedenfalls mehr den Bedürfnissen, als die Zahl von 50.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Schlechter!

Gem.-Rath Schlechter: Ich möchte mir nur erlauben, zu Punkt 5 eine kleine stilistische Änderung zu beantragen. Es heißt hier: „Zur Besorgung der Kanzleigeschäfte wird dem neuen Armen-Institute ein Kanzleibeamter zugewiesen und zu diesem Zwecke die Aufnahme einer neuen Hilfskraft gegen das übliche Diurnum bewilligt." Da haben wir es also mit einem „Kanzleibeamten" zu thun, in der nächsten Zeile heißt er „Hilfskraft" und dann bekommt er ein „Diurnum". Das, glaube ich, ist nicht beabsichtigt, dass man den Beschluss auf diese Weise fasst. Ein Beamter in diesem Sinne wird auch nicht zugewiesen. Ich erlaube mir daher, folgende Abänderung zu beantragen: „Zur Besorgung der Kanzleigeschäfte wird für das neue Armen-Institut die Aufnahme einer neuen Hilfskraft gegen das übliche Diurnum bewilligt." Da entfällt dann das Wort „Kanzleibeamter", was auch dann mit dem Worte „Diurnum" stimmt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht noch einer der Herren das Wort? Wenn nicht (Niemand meldet sich), erkläre ich die Debatte für geschlossen und ertheile dem Herrn Referenten das Schlusswort.

Referent: Ich habe geglaubt, wie sich die Collegen Helbig und Tagleicht zum Worte gemeldet haben, dass sie ihre besondere Freude darüber äußern werden, dass endlich einmal ein selbständiges Armen-Institut für die Brigittenau creirt wird. Es ist dies schon ein alter Wunsch, und es wäre vielleicht weitaus besser gewesen, wenn Herr College Tagleicht vor Jahren einen ähnlichen Antrag eingebracht hätte, so dass dieses Institut vielleicht schon mehrere, 4 bis 5 Jahre bestehen würde. (Gem.-Rath Tagleicht: Sie wissen ja nicht, ob ich das nicht gethan habe!) Das weiß ich. Betreffend die Brigittenau möchte ich, wenn sämmtliche Armenräthe der Leopoldstadt einheitlich für die ganze Leopoldstadt thätig gewesen wären, Herrn Collegen Helbig Recht geben. Nachdem aber eine eigene Section für die Brigittenau bestanden

hat, wo wirklich 26 Armenräthe nur für den Rayon Brigittenau thätig waren, wäre es eine ganz unnütze Aufgabe, nachdem die 95 Armenräthe der Leopoldstadt bleiben; die 26 Armenräthe, die für die Brigittenau sind, werden einfach ergänzt auf 50. Das macht ebenfalls der Bezirks-Ausschuss Leopoldstadt, und ich glaube, Sie sind dadurch einer unnützen Arbeit enthoben. Was die Äußerung des Herrn Collegen Tagleicht anbelangt, dass er für die Brigittenau 80 Armenräthe verlangt, so sehe ich dafür keinen Grund ein, er hat auch dafür keinen angegeben. Es steht das statistische Material zur Verfügung, wonach auf die Leopoldstadt 63 Percent, auf die Brigittenau 36 Percent entfallen. Das ist 50: 95, also ein gleiches Verhältnis.

Gegen die Ausführungen des Herrn Collegen Schlechter habe ich weiter nichts einzuwenden. Ich bitte um Annahme der Anträge des Stadtrathes.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung.

Gegen Punkt 1 der Referenten-Anträge ist ein Widerspruch nicht erhoben worden. Ich bitte diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Punkt 1 ist angenommen.

Ebensowenig ist gegen Punkt 2 ein Widerspruch erhoben worden. Diejenigen Herren, welche mit demselben einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Punkt 2 ist angenommen.

Bei Punkt 3 sind mehrere Gegen-Anträge gestellt worden. Ich werde die Gegen-Anträge zuerst zur Abstimmung bringen, weil man dadurch vielleicht am besten zum Ziele kommt. Der Herr Gem.-Rath Helbig beantragt:

„Es sei der Armenrath für II a mit 95, für II b mit 50 neu zu wählen und habe bis zur erfolgten Bestätigung dieser Wahl der alte Armenrath des II. Bezirkes zu functionieren, von dem Zeitpunkte der erfolgten Bestätigung des Armenrathes II a und II b jedoch aufgelöst zu werden."

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist abgelehnt.

Nun hat der Herr College Tagleicht den Antrag gestellt, dass die Zahl der Armenräthe für II b, das ist für die Brigittenau nicht mit 50 festgestellt werde, sondern mit 80.

Ich bringe nunmehr den Antrag 3 zur Abstimmung mit Weglassung der Ziffer 50. Diejenigen Herren, welche den Antrag 3 des Stadtrathes annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Diejenigen Herren, welche dafür sind, dass für das Armen-Institut II b in der Brigittenau die Anzahl der Armenräthe mit 80 bestimmt werde — das ist der Antrag Tagleicht — bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt. Diejenigen Herren, welche für den Antrag des Stadtrathes sind, dass die Zahl 50 genommen werde, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Gegen Punkt 4 der Stadtraths-Anträge sind Einwendungen nicht erhoben worden. Diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ist angenommen.

Bei Punkt 5 hat Herr College Schlechter einen Abänderungs-Antrag in folgender Weise gestellt. In dem Antrage des Stadtrathes heißt es:

„Zur Besorgung der Kanzleigeschäfte wird dem neuen Armen-Institute ein Kanzleibeamter zugewiesen und zu diesem Zwecke die Aufnahme einer neuen Hilfskraft gegen das übliche Diurnum bewilligt."

Herr College Schlechter beantragt, dass es lauten soll: „Zur Besorgung der Kanzleigeschäfte bei dem neuen Armen-Institute wird die Aufnahme einer neuen Hilfskraft gegen das übliche Diurnum bewilligt". Ich glaube, richtig verstanden zu haben.

Diejenigen Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist angenommen.

Gegen den übrigen Theil des Antrages 5 des Stadtrathes ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Ich bitte daher jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Gegen Punkte 6 und 7 ist eine Einwendung nicht erhoben worden. Jene Herren, welche mit den Anträgen einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Diese Anträge sind zum Beschlusse erhoben.

Beschluss: 1. Das Armen-Institut des II. Wiener Gemeindebezirkes wird in zwei selbständige voneinander unabhängige Armen-Institute unter der Bezeichnung „Armen-Institut II a (Leopoldstadt) und II b (Brigittenau)" getheilt, und zwar mit der im Plane mit blauer Linie bezeichneten Umgrenzung, nämlich, dass jene Theile des II. Wiener Gemeindebezirkes, welche nördlich der Linie Mathildengasse, Mathildenplatz, Wasnergasse, Rauscherstraße, Hellwaggasse, östliche Grenze der Norwestbahn-Anlagen, Innstraße, Jägergraben liegen, zum Gebiete des Armen-Institutes II b (Brigittenau), der Rest des Bezirkes dem Armen-Institute II a (Leopoldstadt) anzugehören haben.

2. Die für das Armenwesen in Wien bestehenden Vorschriften, insbesondere die Instruction für die Armenpflege u. s. w. haben auch für das neu zu errichtende Armen-Institut in allen ihren Bestimmungen sinngemäße Anwendung zu finden.

3. Die Zahl der Armenräthe wird unter Zugrundelegung der dermalen aus dem Armenfonde bleibend betheilten Personen und auf Grund des Stadtraths-Beschlusses vom 26. April 1894, Z. 1710, (M.-Z. 139780), nach welchem auf einen Armenrath nicht mehr als zehn arme Familien entfallen sollen, für das Armen-Institut II b mit 50, für das Armen-Institut II a mit Berücksichtigung des Umstandes, dass die dermalen der Section „Brigittenau" angehörigen Armenräthe (26 an der Zahl) dem neu zu errichtenden Armen-Institute II b zugewiesen werden, mit 95, die Zahl der Waisenväter für jedes Armen-Institut mit je 25 festgesetzt.

4. Zum Zwecke der Activierung des Armen-Institutes II b (Brigittenau) sind sofort entsprechende Localitäten entweder in einem städtischen Hause daselbst zu ermitteln, oder aber, wenn sie in einer städtischen Realität nicht vorhanden sind, entsprechende Räumlichkeiten zu mieten, wobei Sorge zu tragen ist, dass diese Localitäten thunlichst in der Mitte des neuen Armen-Rayons gelegen sind.

5. Zur Besorgung der Kanzleigeschäfte bei dem neuen Armen-Institute wird die Aufnahme einer neuen Hilfskraft gegen das übliche Diurnum bewilligt. Für Botengänge u. dgl. ist diesem Armen-Institute ein Pfründner (nach Thunlichkeit aus einem städtischen Armenhause) gegen eine Entlohnung von täglich 50 kr. für jeden Tag factischer Dienstleistung zuzuweisen, wie dies bereits mit Stadtraths-Beschluss vom 20. August 1896, Z. 5838 (M.-Z. 98152), für das Armen-Institut in der Leopoldstadt geschehen ist.

6. Zur Bestreitung des Mietzinses, Beschaffung der nöthigen Einrichtungsstücke und Herstellungen ꝛc. ist pro 1897 ein Betrag von 3000 fl. in das Budget einzustellen.

7. Die Activierung des neuen Armen-Institutes hätte ehethunlichst zu erfolgen, weshalb die erforderlichen Vorkehrungen schleunigst zu veranlassen sind.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Es kommt Herr College Fiedler zum Referate.

25. Referent Gem.-Rath Fiedler: Z. 10501. Der Erste Wiener Volksbildungsverein im V. Bezirke sucht an um eine Subvention. Derselbe hat im Vorjahre eine Subvention von 100 fl. bezogen und der Stadtrath beantragt hiemit, ihm auch für das Jahr 1896 eine Subvention von 100 fl. zu gewähren. Es ist daher zur Ausgabs-Rubrik XLVI 2 a ein Zuschusscredit zu bewilligen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Wünscht einer der Herren das Wort? (Niemand meldet sich.) Wenn nicht, so bitte ich jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Dem Ersten Wiener Volksbildungsvereine im V. Bezirke wird, wie im Vorjahre, so auch pro 1896 eine Subvention von 100 fl. gewährt. Zur Deckung dieser Auslage wird ein Zuschusscredit in gleicher Höhe zur Rubrik XLVI 2 a bewilligt.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Herr College Dr. Mayreder zum Referate.

26. Referent Gem.-Rath Dr. Mayreder: Meine Herren! Mir fällt die undankbare Aufgabe zu, hier für die Vergebung der Arbeiten für die Wienflussregulierung und die Wienthallinie in der unteren Strecke vom Schikanedersteg abwärts an eine wenigstens theilweise ausländische Firma einzutreten. Es ist Ihnen bekannt, dass die erste Offertverhandlung mit einem sehr ungünstigen Resultate abgelaufen ist. Es sind damals lediglich drei Offerte eingebracht worden, und zwar von der Firma Brüder Redlich & Berger mit 47 Percent, von der Firma E. Groß & Comp. mit 44 Percent und von der Union-Baugesellschaft mit 39 Percent Aufzahlung.

Gleich am Tage der Offertverhandlung ist die Vermuthung laut geworden, dass es sich hier um einen Unternehmerring handelt, und die Folge der Ereignisse hat gezeigt, dass diese Vermuthung nicht ganz unbegründet war. Trotzdem hat der Stadtrath beschlossen, mit der Mindestbieterin, der Union-Baugesellschaft, in Verhandlung zu treten.

Auch diese Verhandlung hat zu keinem Resultate geführt, nachdem die Union-Baugesellschaft trotz weitestgehender Zugeständnisse, welche der Stadtrath bereit gewesen wäre, zu vertreten, ihr theueres Offert lediglich um 4 Percent, also auf 35 Percent herabgemindert hat.

Auf Grund dessen hat der Stadtrath beschlossen und der Gemeinderath hat diesen Beschluss genehmigt, eine neuerliche Offertverhandlung auszuschreiben und zu derselben auch Ausländer heranzuziehen. Der Stadtrath und die Gemeinderaths-Majorität haben sich gewiss nur schweren Herzens hiezu entschlossen, nachdem von der derzeitigen Gemeinderaths-Mehrheit gewiss mit besonderem Nachdruck die Wahrung der inländischen Interessen vertreten wird und in diesem Falle lediglich eine Ausnahme von der gewohnten Übung gemacht wurde, um eine Übermacht der Unternehmer gegenüber der Gemeinde zu durchbrechen.

Ich habe mein damaliges Referat mit den Worten geschlossen, dass wir durch eine neuerliche Offertausschreibung wenigstens das eine erreichen werden, dass wir ein wesentlich billigeres Offert bekommen werden, und dieses Resultat haben wir thatsächlich erreicht, und die Voraussetzung, die ich damals an unsere Handlungsweise geknüpft habe, ist wirklich eingetreten.

Bei der neuerlichen Offertverhandlung haben sich, wie bekannt ist, sieben Offerenten betheiligt. Die Firma Fleischmann & Comp. in Budapest offeriert 39·5 Percent Aufgebot, ein Offert, welches die Firma sich gewiss hätte ersparen können, nachdem sie wusste, dass die Union-Baugesellschaft auf das minder günstige Aufgebot von 35 Percent herabgegangen war, und die Gemeindevertretung sich trotzdem entschlossen hat, dieses Offert zurückzuweisen. Dann ein weiteres Offert von der seinerzeitigen Mindestbieterin, der Union-Baugesellschaft, mit einem Aufgebote von 26 Percent, und dieses ist dasjenige, was gleichsam als Basis für die neue Sachlage gelten kann, nachdem man annehmen kann, dass die Union-Baugesellschaft voraussichtlich bei dieser neuerlichen Offertverhandlung mit gleichen Gewinnchancen gerechnet hat, wie das erstemal, allerdings etwas beeinflusst durch die voraussichtlich schärfere Concurrenz. Ich möchte hiebei bemerken, dass in diese zweite Offertverhandlung auf Grund des stattgehabten Gemeinderaths-Beschlusses auch die Cementlieferungen einbezogen wurden und dass daher das Aufgebot von jetzt und damals nicht ohneweiters in eine Parallele gestellt werden darf.

Das dritte Offert ist eingelangt von der Firma Ernst Gärtner mit 19½ Percent, dann von dem Baumeister Rzehacek mit 17·9 Percent Aufgebot, dann von der Firma Peter Krauß & Saliger mit 15 Percent, von der Firma Arnoldi mit 11 Percent und von der Firma Peregrini & Calderai mit 8·15 Percent Aufgebot über den Kostenvoranschlag. Es hat sich also herausgestellt, dass das Offert der Firma Peregrini & Calderai das weitaus günstigste ist. Dem Offertverhandlungs-Comité und dem Stadtrathe hat es daher obgelegen, nachzuforschen, ob diese Firma sowohl in technischer als finanzieller Hinsicht das Vertrauen der Gemeinde verdiene. Die in dieser Hinsicht angestellten Nachforschungen lieferten für diese Firma ein äußerst günstiges Resultat, indem von keiner einzigen Seite trotz der zahlreichen und großen Bauten, die sie ausgeführt hat, auch nur irgendein Tadel gegen dieselben erhoben wurde. In Bezug auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Firma haben nicht nur die Recherchen, welche bei den österr.-ung. Consulaten in Rom und Mailand gepflogen wurden, ein günstiges Resultat ergeben, sondern es hat die Firma sich auch bereit erklärt, einerseits eine Super-Caution von einer Viertel Million Gulden ö. W. in italienischer 4percentiger Rente zu erlegen und andererseits ist

die in Triest protokollierte Firma Feltrinelli & Comp., welche als außerordentlich solide Firma in Triest bekannt ist, dem Unternehmen solidarisch beigetreten. Es ist also in formaler und sachlicher Hinsicht gegen diese Firma, welche also vor diesem Zeitpunkte nicht mehr als eine rein ausländische aufzufassen war, keine Einwendung erhoben worden, und hat gegen diese Firma lediglich der Umstand gesprochen, dass sie doch theilweise den Gewinn, der vielleicht bei dieser Arbeit zu erzielen wäre, in das Ausland trägt.

Deshalb hat der Stadtrath neuerliche Bedenken gehabt und es wurde ein Comité eingesetzt mit dem Auftrage, mit den drei niedrigstbietenden, rein inländischen Firmen in Verhandlung zu treten, ob nicht vielleicht irgendein Irrthum in der Offertstellung vorliege, nachdem die Differenz zwischen den Offerten Peregrini & Calderai und den übrigen eine so bedeutende ist, und ob nicht diese Firmen vielleicht durch irgendeine Verschiebung der Arbeits-Kategorie oder durch sonstige Modalitäten in der Lage wären, in eine ernstere Concurrenz zu Peregrini & Calderai einzutreten. Es war dieses Vorgehen zwar nicht mehr den strengen Bedingungen einer Offertausschreibung entsprechend, der Stadtrath hat sich aber dennoch dazu veranlasst gesehen, weil die Tragweite des zu fassenden Beschlusses eine viel zu weitgehende war, als dass man ohneweiters kurz und bündig einer Firma diese im Vereine mit den Arbeiten der Stadtbahn den Betrag von $5^1/_2$ Millionen ausmachenden Arbeiten übertragen konnte.

Die Verhandlungen mit diesen drei Firmen haben zu keinem positiven Resultate geführt, nachdem die Antragstellung der Firma Rzehacek keine solche war, auf welche die Gemeinde hätte eingehen können; er hat in der Mauerwerks-Qualität Verschiedenheiten vorgeschlagen, welche nicht so sehr in den Bedingnissen und Kostenvoranschlägen gelegen gewesen wären, sondern zu einer minder qualitätsmäßigen Bauführung Veranlassung geboten hätten. Die Firma Ernst Gärtner hätte allerdings einen kleinen weiteren Nachlass bis zu 15 Pecent zugestehen können, wenn man sie der Haftung für gewisse äußerste Hochwasserschäden und für die Gefahren der anrainenden Häuser wenigstens theilweise enthoben hätte, und wenn wir in der Lage gewesen wären, aus Weidlingau billigen Sand der Firma zur Verfügung zu stellen.

Nachdem aber diese Prämissen durchwegs solche sind, dass wir um ihrer selbst willen schon auf eine solche Änderung nicht eingehen wollten, so war auch hier die Möglichkeit nicht geboten, auf diese nachträglichen Äußerungen der Firma Ernst Gärtner einzugehen. Es blieb also noch die Firma Peter Krauß, welche wohl wesentliche Ersparnisse von ihrem Offerte in Aussicht stellte, wenn man ihr gestattete, wesentliche constructive Änderungen im Profile durchzuführen; sie hätte sich bereit erklärt, die Verantwortung für diese constructiven Änderungen auf sich zu nehmen. Es waren dies solche Änderungen, welche bereits im Stadtrathe von mir und anderen meiner Collegen, insbesondere vom Collegen Seichert vertreten worden sind, und es wäre hier eine neuerliche Gelegenheit geboten gewesen, auf diese von uns gegebene Anregung einzugehen. Wir waren aber, so gerne wir es gethan hätten, und obwohl wir dadurch in der Lage gewesen wären, die Arbeiten einer inländischen Firma zukommen zu lassen, und zwar einer Firma, welche auf das beste accreditiert ist, doch nicht in der Lage, auf diese Proposition einzugehen, und zwar deshalb, weil die Wienflussregulierung bereits in ein solches Stadium gerückt ist, welches jede Verzögerung verwehrt.

Ich komme da auf die Ausführungen zurück, welche ich anlässlich meines letzten Referates in dieser Wienflussregulierungsfrage gegeben habe, dass wir durch das Schicksal, welches diesen Arbeiten zutheil geworden ist, in eine solche Zeitklemme gerathen sind, dass jede Verzögerung geradezu als eine Gefährdung der Möglichkeit der Durchführung unserer bereits gesetzlich übernommenen Verpflichtung erscheinen würde. Es ist dies insbesondere in Bezug auf den Termin, welcher für die Stadtbahn als äußerster gesetzt ist und mit Ende 1898 ablaufen soll, und auch in Bezug auf die sonstigen Arbeiten der Wienflussregulierung, welche die Arbeiten auch im oberen Theile der Stadtbahn fördern sollen, zu bemerken.

Es war also der Stadtrath trotz seines Bemühens und seiner Absicht, einer rein inländischen Firma die Arbeit zukommen zu lassen, nicht in der angenehmen Lage, Ihnen zu empfehlen, eine der inländischen Firmen zu wählen.

Es kam hiezu noch das weitere sehr triftige Moment, dass wir, durch die Sachlage seinerzeit gezwungen, überhaupt das Ausland hineinzurufen, nun auch gezwungen waren, die weitere Consequenz unseres ersten Schrittes zu ziehen. Nachdem wir nun einmal bereits die Ausländer zur Concurrenz herangezogen hatten, fühlten wir uns mit Rücksicht auf unsere geschäftsmännische Ehre engagiert, ihnen in dem Momente die Arbeiten zu übergeben, wenn sie einerseits nicht nur die billigsten sind, sondern wenn sie auch eine volle Gewähr rücksichtlich der rechtzeitigen und correcten Durchführung bieten.

Es ist diese Folge, welche hier als eine Consequenz der ursprünglichen Beschlüsse erscheint, nicht unserer Willkür zuzuschreiben, sondern die Verantwortung trifft einerseits diejenigen, welche die geschäftlichen Verhältnisse in Wien so sehr auf die Spitze getrieben haben, dass sie sich mit einem bürgerlichen Gewinne nicht mehr zufrieden geben konnten, sondern glaubten, um 20 bis 30 Percent mehr verdienen zu müssen als irgend eine andere Firma, andererseits trifft objectiv, nicht subjectiv, das Verschulden diejenige Zeit der Gemeindeverwaltung, welche anlässlich dieser ganz außerordentlichen Arbeiten nicht auch außerordentliche Durchführungsmaßregeln beschlossen hat, um diese Arbeiten rechtzeitig und ohne solchen schwierigen Katastrophen zu Ende zu führen.

Ich muss daher mit dem größten Bedauern Ihnen den Antrag vorlegen, den in dem in Ihren Händen befindlichen Antrage gestellten Bedingungen Ihre Zustimmung zu geben, diese Arbeiten der Firma Peregrini & Calderai zu überlassen, was ich mit umso größerem Bedauern thue, im Hinblick auf die erwähnte Sachlage, bezüglich einiger inländischer Firmen, welche, dem ehemaligen Ringe nicht angehörend, jetzt Offerte gestellt haben, die ernst zu nehmen sind. Es sind das Ernst Gärtner, Peter Krauß & Saliger, und hat wohl die letzte Firma das Bad auszugießen für die Fehler, welche auf den beiden früher genannten Seiten geschehen sind. Sie muss als bestbietende inländische Firma zurücktreten, und obwohl sie technisch und finanziell über jeden Zweifel erhaben ist, muss sie zusehen, wie der von ihr, allerdings in bescheidenerem Maße als von den früheren, zuerst genannten Firmen, ausgerechnete Gewinn nicht in ihre Taschen, sondern — wenn auch in wesentlich beschränktem Maße — in die Taschen einer theilweise fremden Firma einfließt.

Ich kann aber nicht umhin, Sie aufzufordern, dem vom Stadtrathe vorgeschlagenen Beschlusse zuzustimmen und möchte nur den finanziellen Effect dieser zweiten Offertverhandlung gegenüber

der ersten nochmals darlegen. Das billigste Offert der ersten Offertverhandlung war das der Union-Baugesellschaft, und wenn ich das Offert der Union-Baugesellschaft, welches sie jetzt gestellt hat, gleichsam als Basis nehme für den Preis, welcher anlässlich der ersten Offertverhandlung erzielt worden wäre, wenn man schon damals dieselbe Basis gesetzt hätte, so ergibt sich ein Ersparnis bei der Firma Perigrini & Calderai von 811.543 fl. 89 kr., und der Vergleich mit dem billigsten inländischen Offerte, nämlich von Peter Krauß & Josef Saliger, ergibt ein Ersparnis von 311.432 fl. 81 kr. Das sind die Ersparnisse, welche sich für die Arbeiten der Wienflussregulierung ergeben; wenn man auch noch die Arbeiten der Wienthallinie der Stadtbahn im unteren Theile heranzieht, so sind die durch die zweite Verhandlung erzielten Ersparnisse weit über eine Million, und wenn ich unmittelbar einen Vergleich ziehe zu der Ausschreibung auf der ersten Basis, so erhöht sich diese Ersparnis um weitere 200.000 fl., so dass der Effect der nachträglichen, vom Stadtrathe in dem eingesetzten Comité geleisteten Arbeit ein endgiltiges Ersparnis von circa 1·3 Millionen gibt.

Ich empfehle Ihnen also die in Ihren Händen befindlichen Anträge des Stadtrathes, welche Sie allerdings erst seit gestern in Händen haben dürften, und glaube, von der Verlesung der Bedingungen Abstand nehmen zu können, nachdem sich die Anträge, wie gesagt, in Ihren Händen befinden.

Bürgermeister (den Vorsitz wieder übernehmend): Herr Dr. Uhl hat das Wort.

Gem.-Rath Dr. Uhl: Sehr geehrte Herren! Ich werde für den Antrag des Stadtrathes stimmen und mir nur erlauben, einen kleinen Zusatz-Antrag zu stellen.

In den verschiedenen Punkten 1 bis 9 sind in sehr vorsichtiger und geschäftstüchtiger Weise Sicherheiten in finanzieller Hinsicht für die Gemeinde enthalten.

Es ist jedoch eines Factors vergessen worden, und diesen Factor möchte ich hier etwas berücksichtigt wissen. Es ist das die Arbeiterschaft.

Es ist ganz zweifellos, dass infolge der Vergebung der Arbeiten an eine ausländische Firma, Wien mit italienischen Arbeitern überschwemmt und dass dadurch ein Druck auf die Löhne hervorgebracht werden wird.

Nun ist seinerzeit in das Programm, welches die socialpolitische Vereinigung des Wiener Gemeinderathes verfasst hat, welcher ich angehörte, bereits ein Passus angenommen worden, wo es heißt: „Prüfung und den Verhältnissen entsprechende Anwendung der von dem Londoner Grafschaftsrathe eingeführten Bestimmungen, dass jeder Übernehmer städtischer Arbeiten verpflichtet sei, seinen Arbeitern bestimmte Arbeitsbedingungen zuzugestehen."

Dieser Beschluss ist nicht nur in London und Amsterdam, sondern auch in verschiedenen anderen großen Städten in Wirksamkeit, und es hat sich herausgestellt, dass dadurch nur eine ganz minimale Erhöhung der Arbeitslöhne hervorgerufen wurde.

Ich erlaube mir nun im Interesse der einheimischen Arbeiterschaft, welche ja leider in diesem Saale noch nicht vertreten ist, folgenden Antrag zu stellen, und zwar als Zusatz, als Punkt 10: Es sei eine gemischte Commission, bestehend aus fünf Mitgliedern des Gemeinderathes und fünf Arbeitern der betreffenden Fachgruppen unter Vorsitz des Herrn Bürgermeisters, einzusetzen, welche die Arbeitsbedingungen, Lohnansätze und Arbeitszeit zu fixieren hat, an welche der Unternehmer in der Weise gebunden ist, dass er unter dieselben nicht herabgehen kann.

Ich empfehle Ihnen diesen Antrag zur Annahme.

Bürgermeister: Wünscht noch jemand das Wort?

Herr College Tagleicht! (Rufe links: Der Tagleicht! — Heiterkeit.)

Gem.-Rath Tagleicht: Da die Vorlage erst vor zwei Tagen an den Gemeinderath gelangte, war ich bis jetzt nicht in der Lage, sie durchzulesen — ich war anderweitig beschäftigt — es ist aber immerhin bemerkenswert, dass eine Vorlage, die eine Ausgabe von Millionen involviert, in einer verhältnismäßig so kurzen Zeit erstattet wird und mit keiner gedruckten Begründung versehen ist und nicht auf der gedruckten Tagesordnung steht.

Die mündliche Begründung, welche der Herr Referent Dr. Mayreder den Anträgen des Stadtrathes vorauszuschicken beliebt hat, hat mich aber doch veranlasst, das Wort zu ergreifen. Ich muss sagen, dass der Herr Referent auch heute wieder eine Behauptung vorgebracht hat, die er hier schon mehrmals ausgesprochen hat, dass nämlich die österreichische Industrie nicht mit einem bürgerlichen Gewinne, sondern mit einem Überverdienste von 20 und 40 Percent arbeitet. Er documentiert dies aus dem Ergebnisse der Offertverhandlung, und zwar mit Rücksicht auf die von der Firma Peregrini & Calderai eingebrachten Offerte, welche gegenüber anderen Offerten die billigste ist. Wenn man irgendwo eine Offertausschreibung veranstaltet, so ist es natürlich, dass mitunter große Differenzen vorkommen. Wenn also unter den sieben angeführten Offerenten die meisten mit fünf und sechs Millionen offerieren und nur diese einzige Firma Peregrini & Calderai mit vier Millionen und einigen hunderttausend Gulden offeriert, so ist das nicht zu verwundern. Es ist dies ja eine ausländische Firma und sie rechnet offenbar nicht mit den Verhältnissen in Österreich und Wien. Ich gebe aber jedenfalls denjenigen Firmen Recht, die nahezu einmüthig mit viel höheren Beträgen offerieren. Es ist ein großes Unrecht, wenn man vom Referententische des Wiener Gemeinderathes aus in einer Sache ein Urtheil abgibt, nach welchem weder der Gemeinderath, noch die Stadt Wien, noch Österreich den Herrn Referenten gefragt haben, und eine Ansicht ausspricht, die doch immer individuell bleibt, und die falsch und auch ungerecht ist.

Die Darstellung, wie sie der Herr Referent sehr gerne übt, ist eine solche, dass sie jeden Industriellen in- und außerhalb des Saales und mit Recht empören muss. Weiß der Herr Referent wirklich, wie die Geschichte mit dieser Firma ausgehen wird? Hat er irgend eine Gewähr dafür, dass die Sache gut ablaufen wird? Hat er insbesondere eine Sicherheit, dass diese Firma nicht mit Nachtragsforderungen kommen wird? Mit Forderungen — ob der Gemeinderath sie nun später bewilligen wird oder nicht — an die österreichische Firma „Wiener Gemeinderath" herantreten wird? Ich würde daher mit Rücksicht auf das Fremdenthum, welches mit dieser Firma immerhin nach Österreich hereinkommt, und das Arbeiterpersonale, welches von dieser Firma naturgemäß nach Österreich gezogen wird, es ablehnen, dieser ausländischen Firma eine so große Arbeit zu übertragen. Ich stelle demnach den Antrag, dass über das Referat zur Tagesordnung übergegangen werde. (Gelächter links.)

Bürgermeister: Der Herr Referent!

Referent: Ich spreche mich gegen den Übergang zur Tagesordnung aus.

Bürgermeister: Ich ersuche jene Herren, welche für den Übergang zur Tagesordnung sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich constatiere, dass der Antrag mit Ausnahme der Stimme des Herrn Collegen Tagleicht einstimmig abgelehnt wurde.

Herr College Ritter v. Neumann!

Gem.-Rath Ritter v. Neumann: Ich begreife es, dass der Herr Referent nach Gründen gesucht hat, um sein Referat zu vertreten. Es wäre aber zweckmäßiger gewesen, wenn er die Begründung, die er gegeben, unterlassen hätte. Er hat zwei Vorwürfe erhoben, den einen, dass unsere Bauunternehmer einen ungebürlichen Gewinn nehmen wollen, welcher weit über jenen bürgerlichen Gewinn geht, den man sonst einem jeden Arbeitenden zugesteht.

Der zweite Vorwurf wundert mich wohl weniger. Das ist jener, dass die frühere Gemeindeverwaltung an der Verzögerung der Arbeiten schuld ist. Der erste Vorwurf, meine Herren, ist meiner Überzeugung nach ein ganz ungerechtfertigter. Es ist gar kein Zweifel, dass eine Zeit vor kurzem gewesen ist, wo die Unternehmungen in Wien mit Verlust gearbeitet (Sehr richtig! rechts) und wo die Baumeister und Baugesellschaften Arbeiten übernommen haben, wo sie nicht einmal ihre eigene Regie gedeckt haben. Diese Zeiten sind, Gott sei Dank! vorbei. Ich bin kein Baumeister und kein Bauunternehmer, aber ich bin ein Bürger Wiens und gönne als solcher einem jeden einen redlichen und erlaubten Gewinn. Die Baumeister, welche heute auch bei Privatbauten concurrieren und scharf in Concurrenz gezogen werden, können über einen gewissen Percentsatz nicht hinausgehen, und wenn ich Ihnen sagen würde, welcher Satz hier in Übung ist, werden Sie es kaum glauben. Nicht viel mehr als fünf Percent ist der Gewinn, welchen die Bauunternehmungen nur effectiv erzielen, und die großen Bausummen sind es, die einen solchen Gewinn immerhin noch erheblich gestalten. Die Differenz gegenüber dem Anschlage liegt vielleicht ganz wo anders. Eine solche Arbeit ist keine tagtägliche, und es ist dem Stadtbauamte nicht als Vorwurf anzurechnen, wenn es sich bei einzelnen Arbeitskategorien vercalculiert und nicht jenen Preis gesetzt hat, welcher für diese Arbeit nothwendig ist. Das sind Arbeiten, für welche Erfahrungen gesammelt werden mussten, und — ich will es hier in öffentlicher Sitzung nicht aussprechen, was ich darüber denke — vielleicht haben manche Unternehmer bei den ersten Arbeiten der Verkehrs-Commission Erfahrungen gemacht, welche sie zu einer Preissteigerung nunmehr veranlasst haben.

Der zweite Vorwurf gilt der früheren Gemeindeverwaltung; das ist ein solcher, der mich persönlich sehr kalt lässt. (Bravo! rechts.) Ich bin ihn ja gewohnt, ja, ich finde ihn beinahe begreiflich; wenn man immer dieselben Anschuldigungen hört, verzweifelt man schließlich daran, diese Anschuldigungen entkräften zu können.

Der geehrte Herr Referent ist insbesondere, glaube ich, in dieser Hinsicht zu entschuldigen, denn er besitzt ja doch nur eine Kenntnis über die Geschichte der Verkehrsanlagen, wie sie ihm aus den amtlichen Daten entgegentritt; vielleicht aus spontaner Berichterstattung, die ja möglicherweise auch beeinflusst sein kann. Die Wienflussregulierung ist ja keine selbständige Arbeit gewesen, sie ist mit der Stadtbahn verknüpft. Man weiß doch, dass die Strecke von der Elisabethbrücke nach abwärts, um welche es sich hier handelt, selbständig gebaut und dass die Stadtbahn für sich geführt werden sollte; dass die Firma Krauß & Comp. diese Bahn durchführen sollte, dass später der Staat eingetreten ist, die Trace verändert wurde, dass zur Zeit der Concursausschreibung des Regulierungsplanes noch nicht einmal die Tracen fix bestimmt waren, und dass die Gemeinde eigentlich eine Concurrenzausschreibung gemacht hat auf Grund von Angaben, die ja mit den heutigen nicht stimmen, dass in der Theilstrecke bei dem Hauptzollamte, wo erst vor kurzem das Project festgelegt wurde, gewiss sehr ausgiebige Veränderungen und Verbesserungen stattgefunden haben. Wir kennen heute den Vorschlag, die Bahn zu kuppeln u. s. w. Das sind Dinge, die eigentlich nach und nach geboren wurden. Und ich sage Ihnen, ich beglückwünsche die Gemeinde und die Stadt Wien im allgemeinen zu diesen Verzögerungen; diese Verzögerungen haben auch Verbesserungen herbeigeführt.

Nun darf man doch nicht hergehen und dieserhalb die Gemeindeverwaltung beschuldigen, die ja, soweit dies die Stadtbahn betrifft, eigentlich nicht einmal ein Verdienst hat, sondern nur die leidende war und zuwarten musste. Warum will man einen Antrag, der wahrscheinlich ruhig genehmigt worden wäre, in einer solchen Weise aufbauschen und eine Generalbeschuldigung gegen die frühere Gemeindevertretung dieserhalb erheben?

Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche expansiv sind, ich sitze fast theilnamslos bei den Sitzungen, aber einen derartigen Vorwurf kann man nicht ruhig hinnehmen. (Beifall rechts.) Subjective Beschuldigungen werden nicht erhoben, ich für meine Person könnte sie ertragen, aber auch die objective Beschuldigung, dass die frühere Gemeindevertretung ihre Pflicht nicht erfüllt hat, und nunmehr die Gemeinde zu Schaden kommt, ist nicht gerechtfertigt, und in dieser Hinsicht gestatte ich mir, Einsprache zu erheben. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Zum Worte ist gemeldet Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Meine Herren! Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich fühle mich auch verpflichtet, auf die Worte des Herrn Vorredners zu erwidern, wie er auf die Worte des Herrn Referenten erwidert hat. Meine Herren! Auch die Herren von der Minorität werden mir zugeben müssen, dass die Situation, in welchen die Wiener Gemeinde beim Baue der Verkehrsanlagen sich befindet, keine angenehme ist. (Gem.-Rath Neumann: Gewiss!) Sie werden mir auch zugeben, dass wir zu dem außerordentlichen drastischen Mittel greifen mussten, um den Ring der Bauunternehmer, der sich, wenn auch nicht offen und in Form eines Vertrages, aber thatsächlich gebildet hat, zu sprengen. Sie werden mir zugeben müssen, dass sowohl für die Minorität, wie für die Majorität, für die letztere noch viel mehr, es angenehm gewesen wäre, wenn eine solche Situation nicht eingetreten wäre. Wenn ich mich frage, wer ist daran schuld, so wird es mir nicht beifallen, einen von Ihnen herauszugreifen und zu sagen, der ist daran schuld; die Lebenden sind es vielleicht nicht einmal. Das eine aber wird mir der unmittelbare Herr Vorredner nicht bestreiten können, dass, als das Project für die Verkehrsanlagen eingebracht wurde, wir in der unglaublichsten Weise — ich will mich da sehr parlamentarisch ausdrücken — irregeführt wurden, dass der Herr Vorredner ebenfalls mit irregeführt wurde. Damals hat man uns gezwungen, einem Projecte, ich könnte sagen, binnen 24 Stunden zuzustimmen. Jeder, der auch nur ein Wort der Mahnung sprechen wollte, wurde als Verräther an den Interessen der Stadt bezeichnet.

Man hatte damals keine Pläne, man wusste vielleicht nichts und — ich bin überzeugt — auch der Herr Vorredner wird übereinstimmen, wenn ich sage, die ganze Action ist in leichtfertiger und geradezu frivoler Weise insceniert worden. (Beifall links.) Ich glaube, da der Übereinstimmung aller sicher zu sein.

Sehen Sie, wie sich jetzt alles auf die letzten Jahre zusammengedrängt hat; alle Bauten müssen jetzt forciert werden, was gewiss sehr schädlich ist. Müssten nicht die Bauten forciert werden, so würden wir Millionen ersparen, das sage nicht ich, sondern der Herr Baudirector, und ich glaube, Sie werden ebenfalls mit mir darin übereinstimmen: Jetzt wird alles mit außerordentlicher Schnelligkeit durchgeführt, und wenn die Sachen fertig sein werden, wird ein fürchterlicher Riss kommen. (Rufe links: Ein Krach!) Ich will nicht sagen Krach, sondern es wird das kommen, was selbstverständlich ist, es wird auf einmal zu wenig Arbeit da sein, um die riesige Anzahl Arbeiter zu beschäftigen; wir könnten sagen, auf die Überfülle von Arbeit wird eine gewisse Leere von Arbeit kommen, und dass solche Schwankungen sehr schädlich sind für die Entwicklung einer Stadt, gewiss aber für die Wohlfahrt einer Stadt, wird auch von Ihnen anerkannt werden müssen. Wir werden miteinander die Erfahrung machen, dass nach Beendigung dieser Bauten eine geradezu verzweifelte Lage der arbeitenden Bevölkerung eintreten wird. Ich gehe sogar öfter mit dem Gedanken um, eine Action in Scene zu setzen, durch welche die Durchführung dieser Arbeiten auf mehrere Jahre vertheilt wird. Ich habe daran gedacht, vielleicht einen Plan vorzulegen, dass die Arbeiten nicht vielleicht bis zum Jahre 1898 oder 1899 fertig sein müssen, sondern dass man in kluger Vertheilung auf mehrere Jahre den Arbeitern dauernde Beschäftigung verschafft und auch billiger, zweckmäßiger die Durchführung der Arbeiten zustande bringt.

Wenn das letztere der Fall wäre, könnten wir gewiss die Wünsche der Arbeiter gerne befriedigen; wir könnten sagen, wir verlangen von dem betreffenden Bauunternehmer, dass er den Arbeitern gewisse Concessionen macht. So aber stürmt die Geschichte auf uns ein, und uns sind die Hände gebunden.

Wenn ich den Gedanken nicht verwirklicht habe, so sage ich es offen heraus, ist das die Schuld der Minorität. (Oho-Rufe und: Wie so?) Wie so? Ich sage es Ihnen offen, ich fürchte, dass Sie die nämliche Haltung einnehmen, wie Sie sie bei allen diesen Fragen eingenommen haben, und dass Sie, in einer Art von Hass gegen uns, alles, was wir Ihnen bringen, in entschiedener Weise ablehnen. (Oho-Rufe.) Sie sagen Oho? Es müsste sich vieles ändern und ich müsste zu der Überzeugung gelangen, dass die geehrten Heeren willens sind, gemeinsam an solchen wichtigen Fragen zu arbeiten, dann würden auch jene Vorschläge gelingen, welche zum Wohle der gesammten Bevölkerung gereichen. So aber ist es nicht möglich. (Beifall links).

Gem.-Rath Wurm: Die Scene, welche sich jetzt abgespielt, ist durchaus keine neue, zum zweiten, dritten und viertenmale ist es geschehen, dass der gegenwärtige Referent Anschuldigungen gegen die frühere Gemeindevertretung erhebt. Darauf hat sich einer unserer Herren erhoben; dann hat der Herr Vice-Bürgermeister für den Referenten gesprochen und seine Anschuldigungen aufrecht erhalten. Wenn der Referent diese Anschuldigungen vorgebracht hat, bin ich immer vollkommen ruhig geblieben. Ich habe angenommen, der Referent sei nicht genügend informiert. In allen solchen Fällen habe ich aber das Wort genommen, wenn der Herr Vice-Bürgermeister gesprochen und diese Angriffe und Beschuldigungen wiederholt hat. Der Herr Vice-Bürgermeister war derjenige, der mit uns gemeinsam in der allerersten Enquête bei der Statthalterei gesessen ist, wo die Verkehrsanlagen besprochen wurden, noch lange vor der Constituierung der Verkehrs-Commission gegen Ende 1890. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Nein!) Also, wenn der Herr Vice-Bürgermeister nicht dabei war, so weiß er doch genau, wie damals die Vorlage ausgesehen hat, über welche ich gezwungen war, zu referieren. Er weiß genau, wie wir im Stadtrathe bemüht waren, diese Vorlagen thunlichst zu verbessern, er weiß genau, wie oft ich gesagt habe, auf einmal können wir das nicht erreichen, wir werden es Schritt für Schritt erreichen. Wir haben auch viel erreicht, speciell bezüglich der Wienthallinie; wie hat die früher ausgesehen? Sie hatte gar keine Verbindung mit den übrigen Linien, sie wurde in jener rücksichtslosen Weise angelegt, dass die ganze Baulinienbestimmung, wenn nicht unmöglich, so doch sehr schlecht durchzuführen gewesen wäre.

Der Herr Vice-Bürgermeister war einer derjenigen, der sich für die Baulinienbestimmung im XIII. Bezirke interessiert hat; er hat sich dafür interessiert, dass der ganze Krauß'sche Bahnhof in Hietzing anders gemacht wurde, damit die Baulinien besser bestimmt werden könnten. Eine ganze Reihe von Verbesserungen hat er selbst lebhaft unterstützt, und jede Verbesserung hat naturgemäß eine Verzögerung hervorgerufen. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich war damals weder bei der Statthalterei noch im Stadtrathe!)

Herr Vice-Bürgermeister waren damals im Stadtrathe. Ich rufe als Zeugen unter anderem Herrn Dr. Vogler an. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Nein!) Herr Vice-Bürgermeister waren damals gewiss im Stadtrathe, und Sie haben selbst den Antrag gestellt, es möge die Wienthallinie umgelegt werden, um den Krauß'schen Bahnhof in einer anderen Weise zu durchschneiden, damit die Straße, welche von der Kaiser Franz Josefsbrücke hinausführt, durchgeführt werden kann. Das weiß ich ganz bestimmt. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Im Gemeinderathe war das!) Nein, im Stadtrathe! Ich bitte, sich nur zu erinnern, ich behaupte nichts, was ich nicht aufrechterhalten kann. Ich bitte, sich zu erinnern, wie wir bemüht waren, größere Strecken der Stadtbahn und der Wienregulierung zu kuppeln, um gemeinsame Bauten durchführen zu können, wodurch wesentliche Ersparungen erzielt wurden.

Das ist zum Beispiel im unteren und oberen Laufe geschehen, in der Strecke in der Nähe des Schlachthauses, dann in ausgiebigem Maße von der Schikanederbrücke bis zum Hauptzollamt. Endlich bitte, sich zu erinnern, wie die Vertreter der Gemeinde immer bemüht waren, die Tieferlegung der ganzen Anlage beim Hauptzollamte zu erwirken. Das ist ein kolossaler Erfolg, und wenn wir auch ein bisschen mehr durch diese Verzögerung zahlen mussten, so können wir darauf stolz sein, dass wir das durchgebracht haben, denn der ganze III. Bezirk wäre nach dem ursprünglichen Projecte geradezu abgemauert worden.

Also diese vielen und wesentlichen Verbesserungen sind eingetreten, es hat ihnen auch der Herr Vice-Bürgermeister immer zugestimmt, ich will sein Verdienst nicht schmälern, aber es muss anerkannt werden, dass wir bestrebt waren, die Sache zu verbessern und dass wir mit unserem Bestreben Erfolge erzielt haben. Selbstverständlich drängen sich jetzt die Arbeiten, aber die Herren haben ja noch eine sehr große Arbeit dazugebracht, welche gewiss

nicht verbilligend wirkt. Ich glaube also, eine Schuld uns deshalb zuzuschreiben, weil wir die Sache gründlich durchberathen haben, ist gewiss nicht gerechtfertigt. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger!

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Ich werde Sie nicht lange belästigen. Der unmittelbare Herr Vorredner ist bezüglich meiner Thätigkeit in der Statthalterei und im Stadtrathe im Irrthum. Bei der Statthalterei war ich gar nicht. Damals war Dr. Prix Bürgermeister, der hätte doch mich nicht als Vertrauensmann der Gemeinde zu solchen Berathungen zugezogen. Herr College Wurm wird mir selbst zugeben, dass so etwas ein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre. Er hätte mich gern dort weggeschafft, wo ich gewesen bin, und nicht noch irgendwohin mitgenommen (Heiterkeit links), wo er zu commandieren gehabt hat. Das ist also nicht richtig, in der Statthalterei war ich nicht, ich war auch nicht im Stadtrathe zu jener Zeit, in welcher die allgemeine Anlage berathen worden ist. Ich bin, wenn ich nicht irre, erst im Jahre 1894 (Rufe: Mai 1893!), richtig, im Mai 1893 in den Stadtrath gewählt worden. In dieser Zeit sind allerdings Detailfragen zur Sprache gekommen. Aber der Herr College Wurm erinnert sich vielleicht meiner Thätigkeit aus der Commission für die Verkehrsanlagen. Der Herr College Wurm war ja in der Commission für die Verkehrsanlagen, und ich bin vom Landtage in dieselbe gewählt worden. (Rufe rechts: Nun also!) In der Commission für die Verkehrsanlagen habe ich hauptsächlich dafür gekämpft, dass die Bahnanlage beim Hauptzollamte in einer anderen Weise reguliert werde. (Gem.-Rath Wurm: Schon in der Enquête!) Der geehrte Herr Vorredner hat mich unterstützt — das ist richtig; aber er wird sich erinnern können, mit welcher Hoheit man über mich hinweggegangen ist, da man von diesem Hauptzollamte gesprochen hat. Ich habe immer gesagt: „Um Gotteswillen, meine Herren, warum kraxeln Sie denn herauf? Sie müssen ja dann herunterkraxeln." Da hat man nichts zu antworten gewusst, aber hinauf mussten sie — bis ihnen die Geschichte eingeleuchtet hat, dass es doch besser ist, mit der Bahnanlage unten zu bleiben.

Meine Herren! Ich habe nicht einzelne Herren beschuldigt. (Gem.-Rath Wurm: Ich habe auch nicht für mich gesprochen!) Ich habe ausdrücklich erklärt, dass nicht die ganze Partei schuld ist. Ich weiß ganz gut, dass auch unter Ihnen — freilich immer nur unter vier Augen — geklagt worden ist. Wenn wir miteinander gesprochen haben, haben Sie mir oft Recht gegeben. Es ist aber vermieden worden, zur rechten Zeit eine correcte Eintheilung der Arbeit zu treffen. Der erste Fehler war der, dass man in die Komödie Krauß & Comp. eingewilligt hat. Wir haben mit allen Mitteln dagegen gekämpft und endlich ist es uns gelungen, die Sache zu beseitigen. Darüber sind aber Jahre verloren gegangen.

Die Herren werden sich erinnern, wie das Programm gekommen ist, hat es geheißen: Alles ist fertig, alle Pläne sind gemacht, morgen wird angefangen. Im Szep'schen „Wiener Tagblatt" ist gestanden, morgen wird schon gearbeitet, morgen (Heiterkeit), und wir haben immer gewartet auf die Arbeiten, es ist nicht gearbeitet worden, es konnte nicht gearbeitet werden, weil nicht ein Plan vorhanden war. College Wurm wird das bestätigen. Die Pläne, die ursprünglich vorgelegt wurden, waren so mangelhaft, dass nicht ein Spatenstich gemacht werden konnte. Dann haben die Herren gearbeitet, aber die Zeit ist verloren gegangen; jetzt drängt sich alles zusammen. Nun sagen Sie uns, wir haben die Arbeiten vermehrt durch den Bau städtischer Gaswerke. Ja, Sie haben Recht, sie sind dadurch noch mehr vermehrt worden, das ist gewiss! Aber das eine kann ich auch den Herren Collegen der Minorität sagen, ich glaube, dass der Bau städtischer Gaswerke viel wichtiger ist, viel wichtiger als so manche Verkehrsanlage, die da geschaffen wird, viel wichtiger! Der Bau städtischer Gaswerke bedeutet die Befreiung der Stadt Wien von der englischen Gasgesellschaft, von einer Gesellschaft, über die unsere Urtheile wohl ziemlich gleichlautende sind. Ich habe heute nicht darüber gesprochen, weil ich mich nicht erregen wollte, aber ich kann das eine bemerken: die Erfahrungen, welche ich mit der englischen Gasgesellschaft gemacht habe, sind solche, dass ich nur sagen kann, es gehört die ganze Geduld und Gutmüthigkeit eines Österreichers dazu, um nicht gegenüber dieser Gesellschaft Worte zu gebrauchen, die vielleicht nach dem Strafgesetze verpönt sind. Das kann ich ganz offen sagen.

Meine Herren! Sie lade ich nur ein, arbeiten Sie mit uns im Einvernehmen.

Heute hat es ja den Anschein gehabt, und Sie sehen, es geht ganz famos. (Heiterkeit.) Es sind gewisse Herren nicht da und es geht ganz ausgezeichnet! (Beifall und Händeklatschen links. — Rufe rechts: Andere Behandlung!) Wenn wir friedlich miteinander arbeiten, dann werden Sie auch mit der Leitung der Geschäfte außerordentlich zufrieden sein und Sie werden zur Überzeugung gelangen, dass die Majorität des Wiener Gemeinderathes das Beste der Stadt Wien will und auch anstrebt. (Beifall links. — Rufe rechts: Wir auch!) Wenn Sie sich nicht mehr zur Geschäftsordnung melden werden, dann werde ich davon vollständig überzeugt sein. (Heiterkeit und lebhafter Beifall links.)

Bürgermeister: Herr College Lucian Brunner! (Gelächter links.)

Gem.-Rath Brunner: Meine Herren! Wo alles liebt, kann ich allein nicht hassen. (Erneuertes Gelächter links.) Nachdem in den letzten Tagen schwere Anschuldigungen gegen diejenigen Mitglieder des Gemeinderathes, welche nicht der Majorität angehören, gefallen sind, als ob man absichtlich die Ruhe hier stören und dadurch die Arbeit des Gemeinderathes verhindern wollte, muss ich für meine Person erklären, dass das niemals meine Absicht war.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Sie sind ja gar nicht genannt worden. (Heiterkeit links und Rufe: Er betrachtet sich selbst als wichtig!)

Gem.-Rath Brunner: Was die heutige Debatte anbelangt, so sind wir eigentlich von der Tagesordnung etwas abgekommen. Die Ausführungen des Herrn Vice-Bürgermeisters kann ich im großen und ganzen nur billigen und ich glaube nur, dass bei dem Streite, wer der Schuldige ist, dass diese Verkehrsanlagen in unrichtiger Weise in die Hand genommen wurden — und das ist ja der Fall — man den eigentlich Schuldigen außer Augen gelassen hat. Der eigentlich Schuldige ist nach meiner Ansicht unser staatlicher Bureaukratismus, und es wäre nicht gut, wenn man diese Schuld auf Gemeinderäthe dieser oder jener Partei abwälzen wollte.

Wenn wir beispielsweise die Art und Weise betrachten, wie die Stadtbahn im ganzen angelegt wurde, so finden wir, man hat zuerst die Vororte- und dann die Gürtellinie geschaffen — beide Bahnen haben in der Hauptsache vorerst nur strategische

Zwecke, aber als eigentliche Stadtbahn kann man sie nicht bezeichnen — und der Bau der eigentlichen Stadtbahn, nämlich der Donaucanal- und Wienthallinie, wurde zuletzt in Angriff genommen.

Es wäre also gewiss richtig und vernünftig gewesen, wenn diese eigentliche Stadtbahn gebaut worden wäre und erst nach deren Fertigstellung die anderen Linien. Dann wäre vermieden worden, was der Herr Vice-Bürgermeister angedeutet hat, dass auf einmal eine riesige Menge Arbeit vorhanden ist und nachher plötzlich eine Leere entstehen muss. Ich glaube aber, im Interesse des Gemeinderathes zu constatieren, dass er in diese Zwangslage versetzt wurde, dass das nicht von seinem freien Willen abgehangen hat und dass der Schuldige in dieser Angelegenheit unsere Centralverwaltung, der staatliche Bureaukratismus ist. Dies glaube ich, an dieser Stelle aussprechen zu sollen. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky!

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Meine Herren! Ich bin im allgemeinen kein Freund von Streitigkeiten über vergangene Dinge. Es ist nun sehr schwer, den Schuldigen herauszufinden in Fällen, wo es nicht so ganz nach Wunsch klappt.

Es ist richtig, dass damals als die Verkehrsanlagen in Angriff genommen wurden, in manchen Kreisen großer Sanguinismus geherrscht hat, aber ich finde, dass dieser Sanguinismus bei allen Unternehmungen, welche Menschenhände beginnen, herrscht, und wenn dieser Sanguinismus nicht herrschen würde, so würde ja nichts unternommen werden. So auf den Tag und das Jahr lassen sich bei großen Unternehmungen die einzelnen Zeitpunkte nicht ausrechnen. Im großen und ganzen muss man ja doch sagen, dass, seitdem die Verkehrsanlagen ins Leben gerufen worden sind, an ihnen gearbeitet wird, und zwar nicht bloß am Papier, mit Zirkel, Feder und Bleistift, sondern auch in der Stadt selbst und in den Straßen; nur geschieht es eben nicht in jenen Theilen von Wien, welche den meisten Bewohnern von Wien immer vor Augen sind, wo der Verkehr am größten ist. Aber gearbeitet wurde draußen an der Gürtellinie, an der Vorortelinie und auch bei der Wienflussregulierung. Jetzt beginnen allerdings auch die Arbeiten in der Inneren Stadt, und da erst werden sie uns so recht vor Augen geführt. Es ist ja sogar beabsichtigt gewesen, die Arbeiten nicht zu rasch und im ganzen Gebiete von Wien auf einmal in Angriff zu nehmen, sondern sie auf gewisse Zeiträume zu vertheilen. Dieses Princip hat ja auch der Herr Vice-Bürgermeister als das richtige anerkannt und eigentlich gewünscht, dass dieses Princip eine noch weitere und intensivere Ausbildung erfahren hätte. Ich glaube, die Wichtigkeit der Verkehrsanlagen wird von dem Herrn Vice-Bürgermeister verkannt. Die Verkehrsanlagen sind meiner innersten Überzeugung nach das nothwendige Correlat der Einbeziehung der Vororte gewesen. Wenn die Verkehrsanlagen nicht ins Leben gerufen worden wären, wäre die Vereinigung der Vororte mit Wien allerdings nur ein halbes und für die Vororte für die Dauer lästiges und schlechtes Werk gewesen.

Nun ist das eine richtig, was der unmittelbare Herr Vorredner vorgebracht hat, dass der Staat auch in diese Angelegenheit seine mächtige Hand hineingelegt hat und zunächst die Linien ausgeführt und gesichert hat, welche ihn vom strategischen Standpunkte am meisten interessierten, und nicht diejenigen, die Wien interessieren. Die Klage darüber ist wiederholt im Gemeinderathe zum Ausdruck gekommen und wir haben den Kampf in dieser Richtung nach Thunlichkeit und Möglichkeit geführt.

Wenn ein Theil von uns der Anschauung war, dass der Bau der Wienthallinie einer Privatgesellschaft überlassen werden sollte, so ist ja der leitende Gesichtspunkt nur der gewesen, dass diese Linie, welche für uns den größten Wert hat, früher ausgeführt werde. Darüber lässt sich ja streiten. Es ist nun einmal der Geist der Zeit, dass man solche Werke einem Privatunternehmer nicht überlassen soll. Die damalige Majorität ist nicht der Anschauung gewesen, dass diese Linie einem Privatunternehmer überlassen werden soll. Es ist dadurch eine Verzögerung in dem Ausbau derjenigen Linie eingetreten, welche für uns Wiener und für den Verkehr in Wien von größter Bedeutung ist, der Wienthallinie. Jetzt hat die Wienthallinie allerdings eine gewisse Verzögerung erlitten. Damit dieselbe eingeholt und die Linie zur richtigen Zeit in das ganze Netz eingefügt werden kann, bedarf es jetzt einer intensiven Arbeit. Das wird bei allen Unternehmungen in der Welt vorkommen. Ohne Wagnis ist kein Werk gethan. Ich glaube, ohne ein schlechter Prophet zu sein, sagen zu können: Das werden die Herren bei den Gaswerken auch erfahren. Trotzdem der ganze Plan vorliegt — der von uns vorbereitet worden ist (Gelächter links) — werden sich gewisse Schwierigkeiten ergeben, die im Laufe der Zeit beseitigt werden müssen. Ein großes Werk lässt sich nicht aus dem Ärmel schütteln. Bei der Wasserleitung ist das ebenfalls gewesen. Es haben sich Berechnungen bezüglich der Wassermengen als unrichtig herausgestellt. Nichtsdestoweniger würden wir doch nicht wünschen, dass die Wasserleitung gar nicht geschaffen worden wäre.

Ich kann es nicht unterlassen, noch einige Worte auf das zu erwidern, was der Herr Vice-Bürgermeister über die gemeinsame Arbeit beider Parteien in dieser Sache gesprochen hat.

Ich möchte ihn bitten, mir ein gütiges Ohr zu leihen, da diese Frage ja gewiss für das Zusammenleben der beiden Parteien von nicht geringer Bedeutung ist. Er hat es nicht unterlassen können, die Bemerkung zu machen: Heute ist es ganz gut gegangen, es seien die Ruhestörer, die wenigstens ihm als solche erscheinen, nicht da. Ich möchte wirklich wissen, wen er eigentlich damit gemeint hat, denn mit Ausnahme der beiden ausgeschlossenen Herren sind wir ja alle da, und meine Wenigkeit scheint ihm ja doch auch zu denjenigen zu gehören, welche er als Ruhestörer betrachtet. (Heiterkeit.) Herr Dr. Vogler ist auch da, wir sind alle da (Rufe links: O nein!) und es ist doch gut gegangen. Ich kann ihm Antwort geben: Es war heute die Führung des Präsidiums eine andere. Sobald wir wohlwollende Behandlung von oben aus finden (Bravo! rechts), so werden wir auch den rechten Ton zurückgeben, es wird der rechte Ruf aus dem Walde zurücktönen. Das ist ganz natürlich und menschlich, und wenn der Herr Vice-Bürgermeister immer den Vorsitz so führen wird, wie er ihn heute geführt hat, so wird auch immer im Hause ein sachliches Zusammenarbeiten möglich sein, wenn auch uns als Opposition Redefreiheit in einer vielleicht etwas weiteren Art gestattet werden muss als der Majorität, und wenn auch bei uns ein scharfes Wort des Tadels nicht gar so sehr auf die Wagschale gelegt werden darf. Das ist ein Recht der Opposition. Dieses Recht hat der Herr Vice-Bürgermeister in der ausgiebigsten Weise, solange er Führer der Opposition war, ausgenützt. (Heiterkeit.) Er sei so gerecht und erinnere sich an jene Zeit und sei milde in der Folge in seinem Urtheile über das, was die Opposition macht. Wenn er das thut und wenn er die gewohnte Bonhommie beibehalten wird, die er in früherer Zeit manchmal gehabt, die ihm aber in letzter Zeit verloren gegangen ist — das sage ich ihm offen — dann wird

sich eine Art des Zusammenarbeitens ergeben können, wenn wir auch immer uns erlauben werden, Opposition zu sein, und ich setze voraus, dass er uns verzeihen wird, wenn wir Opposition sind. Wir wollen diese Opposition aber gewiss in einer Weise üben, dass uns ein Vorwurf nicht gemacht werden kann. Voraussetzung ist aber die, das sage ich, anständige Behandlung von oben und Wahrung der Redefreiheit. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Wurm!

Gem.-Rath Wurm: Ich will Sie gar nicht lange aufhalten, ich will nur dem Gedächtnisse des Herrn Vice-Bürgermeisters etwas nachhelfen und seine Verdienste um die Wienthallinie doch in den Vordergrund stellen. Er wird sich gewiss erinnern, dass er wiederholt in dieser Angelegenheit im Stadtrathe und im Gemeinderathe gesprochen hat. Ich will aber noch einmal constatieren, dass Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger damals als Stadtrath im Stadtrath selbst referiert hat über den Abschluss des Bauübereinkommens zwischen der Commission der Verkehrsanlagen und der Gemeinde Wien bezüglich der Wienflussregulierung. Das ganze Übereinkommen, welches heute und auch schon zu anderen Zeiten von Seite des gegenwärtigen Herrn Referenten etwas bekämpft wurde, hat damals Herr Dr. Lueger im Stadtrathe selbst referiert. (Vice-Bürgermeister Dr. Lueger macht einen Zwischenruf.) Ich bitte sehr, es heißt in dem Berichte über die seinerzeitige Stadtraths-Sitzung (liest): „Übereinkommen, welches zwischen der Commission für Verkehrsanlagen in Wien einerseits und der Gemeinde Wien andererseits (Hört! rechts) über die Ausführung der Regulierung des Wienflusses unter gleichzeitiger Anlage beiderseitiger Sammelcanäle geschlossen wurde, wie folgt." Das war am 7. Juni 1894, da ist über die ganze Arbeitseintheilung und die ganze gemeinsame Durchführung der Bahnanlage sowohl als der Wienflussregulierung referiert worden, und zwar über zahlreiche Artikel.

Ich will also nur constatieren, dass nicht nur darüber referiert wurde, sondern dass auch Herr Vice-Bürgermeister Dr. Lueger sich immer lebhaft für diese Wienthallinie interessiert hat, weil er auch Abänderungen beantragt hat, jedenfalls auch an der Verzögerung mit theilgenommen hat. Ich begrüße aber diese Verzögerung aus dem Grund, weil dadurch wesentliche Verbesserungen herbeigeführt wurden. (Beifall rechts.)

Bürgermeister: Herr College Dr. Geßmann!

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Meine verehrten Herren! Ich möchte nur mit Bezug auf die letzten Ausführungen des sehr verehrten Herrn Vorredners das eine bemerken. Es ist ja richtig, dass durch die von unserer Seite und besonders von Seite des Herrn Dr. Lueger beantragten und zum großen Theile auch durchgesetzten Verbesserungen eine Verzögerung der Arbeiten stattgefunden hat. Allein, das musste ja geschehen, denn die Pläne, wie sie ursprünglich vorlagen, waren geradezu Monstras, und es wäre geradezu ein Verbrechen an der Stadt Wien gewesen, wenn man um den Preis, diese Pläne fortbestehen zu lassen, eine schnelle Durchführung beim Beginne der Arbeit hätte eintreten lassen wollen.

Ich muss aufrichtig gestehen: unsere Anschauungen über den Wert der Verkehrsanlagen sind bisher nicht geändert worden und die Verhältnisse haben uns durchaus nichts an die Hand gegeben, dass da eine geänderte Auffassung platzgreifen sollte. Das Unglück bei der ganzen Frage ist, dass gelegentlich der Vereinigung mit den Vororten die Cardinalfrage für Wien, nämlich die Verzehrungssteuerfrage, nicht so gelöst worden ist, wie sie hätte gelöst werden müssen, und, meine verehrten Herren, Sie werden sehen, dass die Verkehrsanlagen, auch wenn sie durchgeführt sind, gerade für die Vororte, für die sie nach der Auffassung des geehrten Herrn Dr. Nechansky geschaffen sein sollen, unter den heutigen Verhältnissen eher zu einem Schaden als zu einem Nutzen sich gestalten werden. (Beifall links.) Sie werden sehen, meine Herren, das wird sich herausstellen, und wenn schon bisher seit dem Jahre 1891 die Vororte wirtschaftlich evident zurückgegangen sind, so wird sich das nach Vollendung der Verkehrsanlagen unter den heutigen Verhältnissen womöglich noch vermehren. Es wird das eintreten, was naturgemäß eintreten muss, so lange der Verzehrungssteuergürtel und eine Verzehrungssteuer in solcher Höhe besteht, dass einfach die Bildung neuer Vororte stattfinden und das dazwischenliegende Territorium wirtschaftlich zugrunde gehen wird.

Zum Schlusse möchte ich aber nur das eine sagen: Wir werden gewiss mit Freuden entgegenkommen, wenn die verehrten Herren der Minorität bereit sind, mitzuarbeiten. Es liegt ja gar kein Grund zu irgend einer Gehässigkeit unsererseits vor, aber Sie müssen uns auch das eine ermöglichen, dass wirklich hier die Geschäfte der Stadt Wien erledigt und durchgeführt werden. Wir werden dann gewiss in der weitestgehenden Weise Entgegenkommen üben, wie wir das ja mit vollem Herzen zu thun entschlossen waren in dem Augenblicke, wo wir die Verwaltung der Stadt Wien anzutreten hatten, welches Entgegenkommen — gewiss nicht durch die Mehrheit der verehrlichen Minorität, aber immerhin in eben nicht sehr freundlicher Weise zurückgewiesen worden ist. (Beifall links.)

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Referent zum Schlusswort.

Referent (zum Schlusswort): Meine Herren! Ich bin in der angenehmen Lage, dass das Meritorische meines Antrages nicht angegriffen wurde, daher ich glaube, dass er auch von der großen Mehrheit wohl zum Beschlusse erhoben werden wird.

Ich will aber doch noch auf einige Ausführungen in kurzen Worten zurückkommen und muss mich da eigentlich wundern, dass der erste Herr Redner, Herr Dr. Uhl, welcher gewisse Arbeitsbestimmungen begehrt hat, bei allen folgenden Rednern gar keinerlei Beachtung im negativen oder positiven Sinne gefunden hat.

Ich finde seine Bedenken ganz gerechtfertigt, wenn er in seiner Freundschaft, die er infolge der neuen Parteibildung, der er sich angeschlossen hat, für die Arbeiter an den Tag legen will, für die Arbeiterschaft etwas thun möchte. Aber es ist leider hier ein Moment, das für die Sache sich sehr schwer eignet, weil wir in Bezug auf die Arbeitsbestimmungen bereits vollständig fertig gestellte Normalien haben, welche durch die Commission für Verkehrsanlagen festgelegt worden sind, und auf Grund deren auch gearbeitet wird.

Mir kommt es überhaupt vor, als ob die Arbeiterfrage falsch aufgefasst wird, wenn die Bauarbeiter immer mit den Fabriksarbeitern in einen Topf geworfen werden. Die Bauarbeiterschaft ist viel fluctuierender als die Fabriksarbeiterschaft, sie ist viel weniger an die Scholle gebunden und durch die meist vorhandene Dringlichkeit der Bauausführungen viel leichter in der Lage, ihre Forderungen durchzusetzen als die Fabriksarbeiterschaft. Es ist, wie gesagt, heute schon deshalb auch unmöglich, eine solche Bestimmung aufzunehmen, weil der Bauvertrag vollkommen fertiggestellt ist,

weil das Offert der Firma Peregrini & Calderai sich auf diesen Bauvertrag bezieht und das Offert der Firma vollständig umgeworfen wird, in dem Momente, wo wir neue Bestimmungen aufnehmen. Übrigens sind die Bestimmungen, welche von Seite der Verkehrs-Commision in Bezug auf die Arbeitsdauer gemacht worden sind, bereits solche, welche die Arbeitszeit wesentlich einschränken im Vergleiche zu den sonst bei Bahnbauten üblichen Arbeitszeiten. So erinnere ich mich selbst, dass ich z. B. beim Bau der Eisenerz—Vordernbergerbahn von 5 Uhr früh bis 7 Uhr abends auf der Strecke sein musste, während ich bei den Bauten der Stadtbahn, wo ich selbst diente, nur von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends am Bauplatz war, mit den entsprechenden Zwischenräumen für die Mahlzeiten.

Nun möchte ich noch ganz kurz auf die Worte des Herrn Gem.-Rathes Tagleicht zu sprechen kommen, welcher, wie Herr Baurath v. Neumann behauptet hat, dass von einer übermäßigen Gewinstabsicht einzelner Unternehmer wohl kaum die Rede sein könne; da möchte ich Sie einfach auf die Ziffern verweisen. Die Firma Redlich & Berger z. B., welcher vielleicht mehr Bauten übertragen worden sind, als es der Ausdehnung der Anzahl von Bauunternehmungen förderlich ist, hat ein Aufgebot von 47 Percent begehrt. Reducieren Sie dieses Aufgebot in Anbetracht dessen, dass bei einer neuerlichen Vergebung die Cement-Lieferungen einbezogen sind, so werden Sie dieses Aufgebot doch nicht unter 40 Percent bemessen im Vergleiche zu den späteren Angeboten der inländischen Firmen, und setzen Sie dieses Anzahlungsangebot von 40 Percent im Vergleiche mit dem der Bauunternehmung Peter Krauß & Josef Saliger, welche auch eine vollständig inländische Firma ist, und welche auch die hiesigen Marktverhältnisse genau kennt, mit ihren 15 Percent, so gibt dies allein schon eine Differenz von 25 Percent; rechnen Sie hiezu noch den Gewinn, den sich gewiss auch die Bauunternehmung Krauß & Saliger vorbehalten musste von nur 5 Percent, so ergibt diese Gewinstrechnung zu Gunsten der Unternehmung Redlich & Berger 30 Percent.

Es ist mithin nachgewiesen, dass gerade unter denjenigen Unternehmungen, welche an der ersten Offertverhandlung theilgenommen haben, Gewinstansprüche gemacht wurden, welche nicht mehr bürgerliche zu nennen sind, und wenn ich von derartigen übermäßigen Ansprüchen geredet habe, so hat sich das eben auf die erste Offertverhandlung bezogen, nicht aber auf die zweite, an welcher mit Ausnahme von dem gewiss nicht sachlich ernst zu nehmendem Offerte der Budapester Firma Fleischmann & Comp. sich drei inländische Firmen betheiligten, deren Offerte ich vollinhaltlich ernst genommen habe und die auch zu würdigen ich Gelegenheit genommen habe. Ich habe gegen diese Firmen nicht das geringste Wort der Anschuldigung einer Ringbildung oder eines übermäßigen Gewinstanspruches erhoben, ja, ich habe speciell die Firma Krauß & Saliger hervorgehoben als eine solche, in Bezug auf die es mir sehr leid thut, dass sie nicht die Ersteherin dieser Arbeiten ist, nachdem sie die billigste inländische Offerentin ist.

Herr Baurath Ritter v. Neumann ist auf die Momente zu sprechen gekommen, welche ich als die Hauptursachen unserer schweren Situation hingestellt habe. Das eine habe ich bereits gestreift, das andere bezieht sich auf den Vorwurf, den ich angeblich der früheren Gemeindevertretung gemacht habe, und in demselben Sinne hat sich auch der Herr Baurath Wurm angeschlossen. Speciell Herr Baurath Wurm hat bemerkt, dass er es schon fast gewohnt sei, dass ich solche Anschuldigungen erhebe und dass nach dem Redner der Opposition, Dr. Lueger für diese meine Anschuldigungen gleichsam eintrete, dass er mir aber die Sache verzeihen würde, weil ich offenbar weniger informiert sei. Nun sitze ich Tag für Tag immer stundenlang in den Stadtraths-Sitzungen an demselben Tische wie Dr. Lueger. Ich habe daher leicht Gelegenheit, dort, wo es mir an Informationen mangeln sollte, ihn oder einen anderen Herren, die früher da waren, etwa auch einen der Herren Beamten, zum Beispiel den Herrn Baudirector, um Informationen anzugehen, und die Herren mögen versichert sein, dass ich es mir möglichst angelegen sein lasse, meine Informationen auf jenes Maß zu ergänzen, welches ich als Basis eines Referates für nothwendig erachte. Herr Dr. Lueger hat die Befürchtung ausgesprochen, dass nach Vollendung der Arbeit der Verkehrsanlagen es an Arbeit mangeln würde und dass dann ein Riss in der Bauthätigkeit eintreten würde. Ich theile mit ihm das Bedenken, was den voraussichtlichen Eintritt dieses Risses anbelangt, nicht, ich nehme nicht den Standpunkt ein, es werde ein Mangel an Arbeit eintreten, sondern im Gegentheil ich meine, es werden auch nach diesen Ausführungen noch außerordentlich viele Arbeiten offenstehen, nur werden wir nicht mehr in der Lage sein, sie auszuführen, weil es uns einfach an den Mitteln fehlen wird; und in der Hinsicht habe ich bereits bei der Budgetberathung im Stadtrathe die traurigsten Erfahrungen gemacht, indem wir veranlasst waren, hochwichtige und dringende Arbeiten deshalb zu streichen, weil die finanzielle Lage der Stadt es nicht gestattet und weil der Staat der Gemeinde gegenüber seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Wenn außerdem vom Herrn Baurath Wurm, gleichsam als Verschulden der jetzigen Gemeindevertretung hervorgehoben wurde, dass sie nebst den ungeheueren Arbeiten, welche wir durchführen müssen, noch die Arbeiten der Gaswerke dazu genommen habe, so möchte ich doch betonen, dass wir diese Arbeiten nicht leichtfertig übernommen haben, sondern, dass wir uns durch den Zwang der Verhältnisse entschließen mussten, diese Arbeiten durchzuführen, einfach deshalb, weil wir, wie Herr Dr. Lueger bereits angedeutet hat, diese ungünstige Tributstellung, welche die Gemeinde Wien gegenüber den Engländern hat, nicht länger halten können.

Ich möchte zum Schlusse meiner Ausführungen noch betonen, dass, wenn ich von einem Verschulden der früheren Gemeindevertretung gesprochen habe, dies gewiss nicht — wie ich bereits angedeutet habe — in dem Sinne meinte, dass ich es einzelnen Herren oder einer ganz bestimmten Gemeindevertretung zuschreiben wollte, sondern ich wollte das vielmehr auf eine ganz bestimmte Zeitepoche einschränken. Ich musste es thun und ich war mir selbst zur Rechtfertigung meines Vorgehens dazu verpflichtet; denn ich möchte für die viele Arbeit, welche ich mir mit den Sachen mache, nicht den Lohn verdienen, dass ich mit dem schlechten Gewissen nachhause gehe, dass ich an diesen ungünstigen Zuständen, unter denen wir leben, schuld bin, und ich müsste dieses Verschulden mir und den Collegen des Stadtrathes, die fleißig an dieser Sache gearbeitet haben, zuschreiben, wenn ich nicht wo anders die Gründe dazu suchen und finden könnte.

Gem.-Rath Dr. Ahl (zur persönlichen Bemerkung und thatsächlichen Berichtigung): Der Herr Referent hat gemeint, dass ich mich einer neuen Parteibildung angeschlossen habe. Ich bemerke, dass ich vor drei Jahren im Einvernehmen mit den Herren

Herdegen, Dr. Daum und Dr. Friedjung das Programm der socialpolitischen Partei verfasst; es haben sich dann demselben die Herren Seiler, Neumann, Procksch und Gruber angeschlossen.

Jetzt die thatsächliche Berichtigung. Der Herr Referent hat gemeint, dass die Annahme meines Antrages das Umwerfen des ganzen Offertes nach sich ziehen dürfte, weil das eine neue Bedingung ist. Dem gegenüber berichtige ich thatsächlich, dass auch die Bedingungen 1 bis 9 in der ursprünglichen Offertverhandlung nicht vorhanden gewesen sind, also neue Bedingungen darstellen.

Vice-Bürgermeister Dr. Lueger (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich constatiere, dass der Vertrag, welcher vom Collegen Wurm citiert worden ist, sich eigentlich auf diese Bauführung nicht bezieht, er meint den Vertrag vor dem sogenannten Bevollmächtigungs-Vertrag, den die Gemeinde mit der Verkehrs-Commission überhaupt geschlossen hat. Bezüglich dieser Arbeit ist aber ein besonderer Vertrag geschlossen worden, welcher erst im Mai d. J. zustande gekommen ist.

Bezüglich des Herrn Dr. Nechansky bemerke und constatiere ich, dass ich, als ich von den Abwesenden gesprochen habe, ihn nicht bemerkt habe und daher der Meinung gewesen bin, dass auch er abwesend ist. (Lebhafte Heiterkeit links.)

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Gegen die Anträge des Stadtrathes ist eine sachliche Einwendung nicht erhoben worden. Ich bringe dieselben zur Abstimmung und ersuche die Herren, welche dafür sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

College Dr. Uhl beantragt einen Punkt 10, welcher lautet (liest): „Es sei eine gemischte Commission, bestehend aus 5 Mitgliedern der Gemeinde, 5 Arbeitern der betreffenden Fachgruppen unter dem Vorsitze des Bürgermeisters, einzusetzen, welche die Arbeitsbedingungen, Lohnsätze und Arbeitszeit zu fixieren hat, an welche der Unternehmer in der Weise gebunden ist, dass er unter dieselben nicht herabgehen darf." Diejenigen Herren, welche für den Antrag des Herrn Collegen Dr. Uhl stimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Die Angelegenheit ist erledigt.

Beschluss: Die zum Baue der Wienflussregulierung vom Schikanederstege bis zum Donaucanale und der Wienthallinie der Wiener Stadtbahn in der Strecke vom Schikanederstege bis zum Hauptzollamts-Bahnhofe (Baulos 21 b der Stadtbahn) nach den Kostenanschlägen I und II erforderlichen Arbeiten und Lieferungen werden den Bauunternehmern Enrico Peregrini und Michele Calderai auf Grund ihres Offertes mit einem Aufgebote von 8·15 Percent, das ist acht und fünfzehnhundertel Percent auf die Kostenanschlagspreise gegen Einhaltung folgender Bedingungen übertragen:

1. Es ist der Eintritt der Firma Giuseppe Feltrinelli & Co. in den Bauvertrag dergestalt zu erwirken, dass diese Firma mit den beiden Offerenten für alle Verpflichtungen aus diesem Vertrage solidarisch haftet.

2. Als weitere Sicherstellung für die Erfüllung der vertragsmäßigen Verbindlichkeiten ist ein Betrag von 250.000 fl. ö. W. in 5percentiger italienischer Rente bei der städtischen Hauptcassa zu erlegen, welcher neben der Caution und in gleicher Weise, wie diese, in Haftung bleibt, jedoch nach Maßgabe des Fortschrittes der Arbeiten derart ausgefolgt wird, dass die Rückstellung je eines Viertels immer dann erfolgt, wenn die Verdienstsumme der Unternehmung für geleistete Arbeiten den vierten Theil der Kostenanschlagssumme erreicht hat.

3. Die Unternehmung hat die Gewerbeberechtigung zu erwirken.

4. Die Unternehmung hat jenen nach den Bauvorschriften berechtigten Bauführer namhaft zu machen, unter dessen Leitung die Arbeiten ausgeführt werden sollen.

5. Gemäß § 14 der allgemeinen Bedingnisse haben die Unternehmer einschließlich der neu beitretenden Firma auf Grund legalisierter Vollmachten einen der deutschen Sprache vollkommen mächtigen Stellvertreter namhaft zu machen.

6. Die Commission für Verkehrsanlagen, beziehungsweise die Gemeinde Wien übernimmt keine wie immer geartete Haftung für den Bezug von Bruchsteinen auf Grund der von Karl Jedek gestellten Offerte.

7. Beim Betriebe des Steinbruches in Schwallenbach a. d. Donau finden, sofern die Bedingnisse nichts enthalten, die Bedingungen des abgelaufenen Pachtvertrages sinngemäße Anwendung.

8. Für die Gewinnung von Baggermateriale im Donaustrome obliegt der Commission für Verkehrsanlagen nur die Erwirkung der erforderlichen Bewilligungen der Donauregulierungs-Commission, sowie der Wasserrechts- und Strompolizeibehörden. Alle darüber hinausgehenden Vorkehrungen und Verhandlungen bleiben den Unternehmern anheimgestellt.

9. Die Bezahlung des nicht aus dem Wienflusse oder dem Donaustrome (eventuell Donaucanale) gewonnenen Schotters und Sandes erfolgt zu demselben Preise, welcher für das Baggermateriale vergütet wird.

Bürgermeister: Herr Gem.-Rath Dr. Nechansky zu einer persönlichen Bemerkung.

Gem.-Rath Dr. Nechansky: Der Spass des Herrn Vice-Bürgermeisters war sehr gut, aber ich mache aufmerksam, dass ich heute bereits einmal gesprochen habe, und zwar unter seinem Vorsitze; es scheint daher sein Gedächtnis etwas abgenommen zu haben, sonst müsste er wissen, dass ich da bin. (Heiterkeit. — Vice-Bürgermeister Dr. Lueger: Dieser Witz war nicht so gut!)

Bürgermeister: Ich bitte, meine Herren, die öffentliche Sitzung ist geschlossen, es folgt eine ganz kurze vertrauliche.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 1/2 8 Uhr abends.)

Beschluss-Protokoll

der **vertraulichen** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien

vom **18. December 1896.**

Vorsitz: **Bürgermeister Strobach.**

Schriftführer Gem.-Rath Bärtl verliest einen Antrag des Gem.-Rathes Dr. Reisch, betreffend Schulplatz-Angelegenheiten.

(Schluss der Sitzung.)

Stadtrath.

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **9. December 1896.**

Vorsitzender: Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende: Braun, Büsch, Dr. Deutschmann, Fiedler, Gräf, Grünbeck Sebastian, Hipp, Hörmann, Hraba, Dr. Krenn, Dr. Kupka, Müller Lorenz, Purscht, Rauer, Rißaweg, Schreiner, Seichert, Tomola, Dr. Wähner, Weitmann, Wessely, Bürgermeister Josef Strobach.

Entschuldigt: Vice-Bürgermeister Dr. Karl Lueger, St.-R. Dr. Mayreder.

Schriftführer: Concepts-Praktikant Künzl.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung.

(10077.) **St.-R. Lorenz Müller** referiert über den Antrag des Gem.-Rathes Oppenberger, wegen Verbesserung der Beleuchtung am Praterstern, II. Bezirk, und beantragt, die Verbesserung der Beleuchtung der Ausstellungsstraße, Kronprinz Rudolfstraße in der Strecke vom Bahnviaducte bis zum Monumente, ferner der Nordbahn- und Kaiser Josefstraße in der Strecke längs der Praterspitzwiesen im Sinne des vorliegenden Commissionsprotokolles vom 24. November d. J. um den jährlichen Mehrkostenbetrag von 366 fl. 28 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(10092.) St.-R. Lorenz Müller referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Renovierung eines Ölgemäldes in der Knaben-Volksschule, II. Obere Augartenstraße, und beantragt, den Magistrat zu ermächtigen, mit einem der von demselben vorgeschlagenen Künstler in der Richtung zu verhandeln, ob die Restaurierung des Kaiserbildes in der Kanzlei der Knaben-Volksschule II., Obere Augartenstraße 68, sich mit Rücksicht auf das Urtheil des Bibliotheks-Directors überhaupt lohnt und welche Kosten dieselben verursachen würde. (Angenommen.)

(9723.) **St.-R. Hraba** referiert über das Ansuchen des Stadt-Oberbuchhalters um Erhöhung des Remunerationsbetrages für die Verfassung des Hauptrechnungsabschlusses pro 1895 und des Hauptvoranschlages für das Jahr 1897 von 800 fl. auf 1200 fl. und beantragt die Bewilligung einer Remuneration von 1200 fl. zur Vertheilung an das unterstehende, an den bezüglichen Arbeiten in hervorragender Weise betheiligt gewesene Personale der Stadtbuchhaltung. (Angenommen.)

(10986.) St.-R. Hraba referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Erwirkung eines Zuschusscredites im Betrage von 69.473 fl. 97 kr. zu den Ausgabs-Rubriken XXXVII 8 c bis 9 a und 9 c des Präliminares pro 1895 und beantragt:

1. Zu den Ausgabs-Rubriken XXXVII 8 c bis 9 a und 9 c der Verwaltungsgruppe IX des Budgets pro 1895 einen im Gebarungsresultate dieses Jahres bedeckten Zuschusscredit im Gesammtbetrage von 69.473 fl. 97 kr. zu bewilligen;

2. den Antrag der Stadtbuchhaltung, präliminarmäßige Fixierung der Aushilfsbeträge nach den einzelnen Gemeindebezirken, abzulehnen. (Angenommen.)

(10093.) St.-R. Hraba referiert über die Bewilligung eines Cumulativzuschusscredites von 23.500 fl. zur Rubrik XLIII 2 a „Instandhaltung der Schullocalitäten und deren Einrichtung (effective Auslagen)" und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10089.) St.-R. Hraba referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites von 8000 fl. zur Rubrik XXVII 1 a „Currente Canalerhaltung" und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9527.) St.-R. Hraba referiert über das Ansuchen des Bezirksvorstehers des XVII. Bezirkes um nachträgliche Genehmigung der Überschreitung des Gartenpräliminares 1893 und 1894, sowie eines Betrages von 10 fl. für eine Kranzspende. Es wird beschlossen, die Überschreitung des Gartenpräliminares bezüglich der Erhaltung der Gartenanlagen des XVII. Bezirkes im Jahre 1893 per 1272 fl. 44 kr. und im Jahre 1894 per 86 fl. 21 kr., sowie den in die Verlagsrechnung aufgenommenen Betrag per 10 fl. für eine Kranzspende anlässlich des Leichenbegängnisses des Vorsteher-Stellvertreters Laurenz Bayer in der Verlagsrechnung pro 1896 nachträglich zu genehmigen.

(10209.) St.-R. Hraba referiert über den Magistratsbericht, betreffend Herstellungen im städtischen Reservegarten und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites von 232 fl. 97 kr. zur Rubrik XXIV 1 c. (Angenommen.)

(10255.) **St.-R. Büsch** referiert über das Ansuchen des Vereines der Kinderfreunde in Hetzendorf um Überlassung des Turnsaales in dem Volksschulgebäude XII., Hetzendorferstraße Nr. 138, behufs Abhaltung der Christbescherung für arme Schulkinder am 20. December d. J. und beantragt, die unentgeltliche Überlassung des genannten Turnsaales am 20. December d. J. von ½5 bis ½7 Uhr nachmittags respective abends unter Erlassung der Kosten der Beleuchtung zu bewilligen. (Angenommen.)

(9960.) St.-R. Büsch referiert über das Project für Adaptierungen im städtischen Hause XII., Fabriksgasse 2, und beantragt die Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(10150.) St.-R. Büsch referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Einlösung des Hauses Or.-Nr. 86 Meidling-Schönbrunnerstraße, XII. Bezirk, und beantragt:

Das Offert der Marie Allesch auf Abverkauf ihrer Realität Or.-Nr. 86 Meidling-Schönbrunnerstraße, Einl.-Z. 200 Gaudenzdorf, XII. Bezirk, insoweit dieselbe nicht von der Commission für

Verkehrsanlagen in Wien eingelöst wurde, an die Gemeinde Wien um den Preis von 15.000 fl. wird wegen der zu hohen Preisforderung abgelehnt. (Angenommen.)

(10127.) St.-R. Büsch referiert über eine rückständige Augenscheinsgebür nach Therese Rosenbaum, XII. Bezirk, im Betrage von 3 fl. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(10177.) **St.-R. Braun** referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis für die Lieferung und Zufuhr der Erde und Abfuhr des Aushubmateriales anläßlich der Nachpflanzung von Bäumen auf der Ring- und Lastenstraße, I. Bezirk, und beantragt die Genehmigung des Offertes des Michael Wanko gegen Lieferung der diesbezüglich stipulierten Qualität Acker- und Gartenerde.

St.-R. Schreiner beantragt die Ausschreibung einer neuerlichen Offertverhandlung.

Antrag Schreiner angenommen.

(10237.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen des Karl Frauneder um Genehmigung der Pachtübertragung, betreffend den Central-Friedhofs-Pachtgrund, Abtheilung 59, und beantragt:

Es sei dem Wirtschaftsbesitzer Karl Frauneder in Ober-Laa die Abtheilung 59 der Central-Friedhofsgründe im derzeitigen Ausmaße von 523 □° um den bisherigen Jahreszins von 9 fl. 48 kr. gegen genaue Einhaltung der diesfälligen Pachtbedingungen zu verpachten. (Angenommen.)

(10123.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Stadtrathswitwe Sophie Meißl um Rückvergütung der durch Exhumierung leer gewordenen Doppelgruft Gruppe A 46, Nr. 1, am Wiener Central-Friedhofe, und beantragt, der Frau Gesuchstellerin die für die Doppelgruft bezahlte Grabstellgebür per . . . 1200 fl.
nach Abzug eines Betrages für die Dauer der erfolgten Benützung vom 27. Februar 1894 bis 24. October 1896, d. i. 32 Monate, per . . . . . 160 fl.
sowie eines Betrages für die Kosten der erforderlichen Wiederinstandsetzungsarbeiten per . . . . . 15 fl.
sohin den Restbetrag von . . . . . 1025 fl.
rückzuvergüten. (Angenommen.)

(9993.) St.-R. Braun referiert über das Ansuchen der Vienna General Omnibus Company limited in Wien um Bewilligung zur Aufstellung einer hölzernen Expeditions- und Unterstandshütte bei dem Pfarrgarten Simmeringer Hauptstraße, XI. Bezirk, und beantragt, die Herstellung der erwähnten Unterstands- und Expeditionshütte aus Holzwänden nach dem vorgelegten Plane gemäß §§ 45 und 105, Absatz 4, Punkt 5 B.-O. zu genehmigen. (Angenommen.)

(10101.) St.-R. Braun referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband von Parteien aus dem XI. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Diwisch Anton, Hilfsarbeiter;
Pschikal Karl, Eisendreher;
Kluka Josef, Fabriksarbeiter;
Leitner Johann, Küchengärtner;
Bužek Johann, Hammerführer;
Spreder Engelbert, Schuhmachermeister;
Domagalsky Felix, Fabriksarbeiter;
Swoboda Anton, Schuhmachergehilfe;
Korb Johann, Gürtlergehilfe;
Willner Wenzel, Restificant;
Fegerl Johann, Küchengärtner;
Namharter Johann, Ziergärtner;
Ulrich Victor, Schlossergehilfe;
Zuleger Johann, Kaufmann;
Ruschowy Gustav, Kaufmann. (Angenommen.)

(10143.) **St.-R. Bauer** referiert über das Offert der Regina Kapper auf die Baustelle 88 der Schlosspark-Realität in Ober-Baumgarten und beantragt:

Das Offert der Regina Kapper auf die Baustelle Nr. 88 der Schlosspark-Realität in Ober-Baumgarten, Einl.-Z. 313, per 1138·25 m² um den Pauschalbetrag von 6000 fl. wird im Hinblicke auf das zu geringe Preisanbot abgelehnt. (Angenommen.)

(10257.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen des Adolf Ritter v. Schenk um Überlassung eines Platzes am Hietzinger Friedhofe zur Errichtung eines Mausoleums und beantragt:

Es sei dem Adolf Ritt. v. Schenk der in dem vorliegenden Plane roth lasierte Platz im Ausmaße von 32·5 m² in dem erweiterten Theile des Friedhofes zur Errichtung eines Mausoleums für neun Leichen um den Preis von 6000 fl. unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen für die Dauer des Friedhofbestandes zu überlassen.

St.-R. Hraba beantragt, den Preis mit 7000 fl. zu bestimmen.

St.-R. Purscht beantragt, den Preis mit 10.000 fl. zu bestimmen.

Referenten-Antrag und Antrag Purscht angenommen.

(10176.) St.-R. Bauer referiert über den Bezirksamtsbericht, betreffend die Canaleinmündungsgebür bezüglich des Hauses Conscr.-Nr. 159, Einl.-Z. 143 Grundbuch Hietzing, Or.-Nr. 1 Küniglberggasse, XIII. Bezirk, und beantragt, es sei die Canaleinmündungsgebür für die Realität des Theodor Ritter v. Taußig, XIII., Küniglberggasse 1, mit dem Gesammtbetrage von 3496 fl. 95 kr. zu bemessen. (Angenommen.)

(10122.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen der Amalia Amrheim um Rückvergütung der Grabstellgebür für die von Anton Amrheim erworbene, durch Exhumierung leer gewordene, einfache Gruft Gruppe XVI, Nr. 2, am Hietzinger Friedhofe und beantragt zu genehmigen, dass die seinerzeit bezahlte Grabstellgebür per 800 fl. abzüglich eines Betrages für die erforderliche Instandsetzung der Gruft per 10 fl., somit im Restbetrage von 790 fl. rückvergütet werde. (Angenommen.)

(10118.) St.-R. Bauer referiert über den Magistratsbericht, betreffend Herstellungen im städtischen Feuerlöschdepot zu Speising, und beantragt die Bewilligung eines Zuschusscredites per 578 fl. 63 kr. zur Rubrik XX 13. (Angenommen.)

(10151.) St.-R. Bauer referiert über die Entschädigung der Eigenthümer der anläßlich der Rohrlegungsarbeiten (Legung eines 950 mm Rohrstranges der Hochquellenleitung vom Reservoire Rosenhügel nach Lainz, beziehungsweise zur Pumpstation in Breitensee) im XIII. Bezirke bloß zeitlich benützten Grundflächen und beantragt, die Ausbezahlung eines Betrages von 18 fl. 6 kr. an Ferdinand Weinrother als Entschädigung für die Benützung eines Theiles der Parcelle Nr. 380 in Speising zur Rohrlegung und eines Betrages von 92 fl. 12 kr. an Johann und Anna Haas als Vergütung für die dauernde beziehungsweise zeitliche Benützung des Mehrausmaßes der Parcelle Nr. 409/2 in Speising zu bewilligen. (Angenommen.)

(9190.) St.-R. Bauer referiert über das Ansuchen der Katharina Jekim und Consorten um Bestimmung der Schadloshaltung für den bei dem Hause Cat.-Parc. 630/19 Reinlgasse im XIII. Bezirke

zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grund im Ausmaße von 123·86 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 2½ fl. per Quadratmeter, sohin zusammen mit 309 fl. 65 kr. zu bestimmen.

(Angenommen.)

(10236.) St.-R. Rauer referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Einstellung der Arbeiten anläßlich der Erweiterung des Hietzinger Friedhofes und beantragt, den Bericht, wonach die bezüglichen Arbeiten mit Rücksicht auf die eingetretene ungünstige Witterung mit 24. November d. J. unterbrochen werden mußten und erst im Frühjahre 1897 bei Eintritt geeigneter Witterung fortgesetzt werden können, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(10064.) St.-R. Rauer referiert über das Ansuchen der Firma Ressig & Wölfl um Richtigstellung des Stadtraths-Beschlusses vom 15. October d. J., beziehungsweise um Bewilligung zur Ratenzahlung bezüglich der Canaleinmündungsgebür und beantragt, in Abänderung des Stadtraths-Beschlusses vom 15. October d. J., womit das Ansuchen der genannten Firma um Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür abgewiesen wurde, der Firma Ressig & Wölfl die Ermäßigung der Canaleinmündungsgebür für die Fabriksrealität Or.-Nr. 10 Lützowgasse, XIII. Bezirk, per 1197 fl. um 25 Percent, d. i. auf den Betrag von 897 fl. 75 kr. unter den Bedingungen des Bezirksamts-Antrages, sowie die Zahlung dieser Gebür per 897 fl. 75 kr. in zwölf monatlichen Raten zu bewilligen (Angenommen.)

(10113.) St.-R. Rauer referiert über das Gesuch des Schlossermeisters Franz Krejci um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(10144.) **St.-R. Dr. Kupka** referiert über den Statthalterei-Erlaß, betreffend die Emilie Neustein'sche Verlassenschaft, und beantragt, von der Geltendmachung eines Anspruches an die Verlassenschaft aus dem Testamente vom 18. December 1890 Abstand zu nehmen. (Angenommen.)

(10114.) St.-R. Dr. Kupka referiert über das Ansuchen des Josef Velich, Ziergärtners, um Zuerkennung eines Schadenersatzes per 250 fl. wegen des anläßlich der am 17. December d. J. durch die städtischen Contrahenten vorgenommenen Räumung der Senkgrube erlittenen Schadens und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(10106.) St.-R. Dr. Kupka referiert über das Ansuchen des Edmund Peschl um Planauswechslung für das Haus VIII., Lerchenfelderstraße 26, und beantragt:

1. Die Bestätigung der Ertheilung der Bewilligung zur vorliegenden Planauswechslung für den Umbau der Realität Einl.-Z. 511 des VIII. Bezirkes unter nachträglicher Genehmigung der abgeänderten Risalitanlage.

2. Die Überlassung des für die geänderte Risalitanlage mehr in Anspruch genommenen Straßengrundes per 0·26 m² gegen Abzug dieser Fläche im dreifachen Ausmaße von dem zur Straßenverbreiterung abzutretenden Grunde.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10083.) St.-R. Dr. Kupka referiert über das Ansuchen des k. u. k. Reichs-Kriegsministeriums um Abgabe von 600 hl Wasser zu Genußzwecken aus der Hochquellenleitung für ein bei Mödling zu errichtendes militärisches Etablissement und beantragt, mit Rücksicht auf die geringe Ergiebigkeit der Hochquellenleitung und den Bedarf für die Stadt Wien das vorliegende Ansuchen abzuweisen.

(Angenommen.)

(10160.) **St.-R. Weitmann** referiert über rückständige Wassermehrverbrauchsgebüren nach Parteien aus dem VII. Bezirke im Betrage von 86 fl. 12 kr. und beantragt die Abschreibung derselben wegen Rohrgebrechen. (Angenommen.)

(10140.) St.-R. Weitmann referiert über das neuerliche Offert des Paul Josef Weiß auf einen Theil der Linienwallparcelle Nr. 1696/4, Einl.-Z. 431 im VII. Bezirke, und beantragt:

Die Gemeinde Wien überläßt dem Eigenthümer der Realität Einl.-Z. 395 VII. Bezirk, Paul Josef Weiß, einen Theil der Linienwallparcelle 1696/4, Einl.-Z. 431 VII. Bezirk, Figur a b c d e f g a, im Ausmaße von circa 39·8 m², wogegen der Genannte von seiner Realität folgende Grundtheile lastenfrei an die Gemeinde Wien abtritt:

1. Figur a h i a per circa 0·12 m² als Baugrund, und
2. Figur n o p q n per circa 37 m² als Straßengrund.

Diese Transaction wird unter folgenden Bedingungen abgeschlossen:

a) Eine Aufzahlung wird von keinem der beiden Vertragstheile geleistet.

b) Die Vertragskosten tragen beide Contrahenten je zur Hälfte. Die Übertragungsgebüren Paul Josef Weiß allein.

c) Derselbe verpflichtet sich, die oben sub 2 angeführte Grundfläche am 1. October 1897 der Gemeinde Wien im richtigen Niveau in den physischen Besitz zu übergeben, und willigt ein, daß diese Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde auf der Realität Einl.-Z. 395 VII. Bezirk, auf seine Kosten im Range nach den bestehenden Eintragungen intabuliert werde.

d) Die Übergabe des städtischen Grundes und die Übernahme der Figur a h i a hat sofort nach Genehmigung dieser Transaction zu erfolgen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10197.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen der Eigenthümerin des Hauses Or.-Nr. 3 Kaiserstraße, VII. Bezirk, Marie Schwarz, um Einlösung des von der genannten Realität zu Straßenzwecken entfallenden Theiles, sowie um Bekanntgabe der Schadloshaltung und beantragt, das Ansuchen um Bestimmung der Schadloshaltung dermalen abzuweisen und die Partei aufzufordern, für den Fall eines beabsichtigten Verkaufes an die Gemeinde derselben ein Preisanbot zu stellen. (Angenommen.)

(10253.) **Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über den Magistratsbericht, betreffend den Einsturz des Gumpendorfer Schlachthauses, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(9950.) **St.-R. Purscht** referiert über das Ansuchen des Ludwig und der Hermine Laufer um Bewilligung zur Herstellung eines Hauseinganges auf der städtischen Parcelle 1128 in Grinzing, sowie um käufliche Überlassung eines Straßengrundes in der Langackergasse Nr. 1 in Grinzing und beantragt:

1. Es sei der im Plane mit a b c d bezeichnete Theil der Langackergasse dem Ludwig und der Hermine Laufer um den Preis von 20 fl. per Quadratmeter, sonach mit Rücksicht auf das Ausmaß dieser Fläche von 13·75 m² um den Betrag von 275 fl. zu verkaufen und haben die Käufer die Grundabschreibung und grundbücherliche Transaction, sowie die Ausfertigung des Vertrages auf ihre Kosten durchzuführen.

2. Der Bauconsens für die geplanten Herstellungen ist nach Erlegung des Kaufschillings auszufertigen und haben sich die Bittsteller vor Ertheilung des Benützungsconsenses über die durchgeführte Transaction, Vertragsausfertigung und Grundab- beziehungsweise Zuschreibung auszuweisen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10226.) **St.-R. Schreiner** referiert über Gesuche um Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Gemeindeverband und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Erdelyi Anton, Conducteur der k. k. Staatsbahnen (XIV. Bezirk).

(Angenommen.)

(10225.) St.-R. Schreiner referiert über Gesuche um Aufnahme in den Gemeindeverband von Parteien aus dem XIV. Bezirke und beantragt die Verleihung der Zuständigkeit an:

Schediwy Theodor, Gürtlergehilfe;

Saidl Adalbert, Webergehilfe und Hausbesorger;

Hlawka Martin, Tischlermeister;

Cizek Alois, Gastwirt;

Skorpiš Josef, Tischlermeister;

Sporer Josef, Tischlergehilfe;

Valenta Matthias, Tischlergehilfe;

Haberl Leopold, Führer der städtischen Sanitätsstation;

Reisinger Francisca, Bedienerin;

Feitsch Ludwig, Kaffeesieder;

Morawec Franz, Spänglergehilfe;

Kapun Matthias, Drechslermeister;

Jech Anton, Kürschnermeister;

Sommer Josef, Pferdeumspanner der Wiener Tramway-Gesellschaft;

Schindler Franz, Fleischhauergehilfe;

Schünzel Sigmund, Möbeltischler;

Riediger Adolf Josef, Maschinführer der k. k. Staatsbahnen;

Zeleny Johann, Webergehilfe;

Kolletzky Franz, Marktführer;

Michalek Johann, Kesselschmied der Wiener Tramway-Gesellschaft;

Riha Josef, Pfeifenbeschläger. (Angenommen.)

(10213.) St.-R. Schreiner referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes von Parteien aus dem XV. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Volkmann Albert, Gemischtwaren-Verschleißer;

Höpfl Karl, Holz- und Kohlen-Verschleißer. (Angenommen.)

(10259.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Johann Rosmann um Nachsicht der Hundesteuer per 4 fl. pro 1896 und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(10129.) St.-R. Schreiner referiert über den Recurs des Eduard Weiß gegen feuerpolizeitiche Verfügungen bezüglich des Hauses V., Einsiedlergasse-Fendigasse, und beantragt, dem Recurse insoweit Folge zu geben, als der längs der Einfriedung frei zu lassende Raum von 2 m auf 1 m herabgesetzt und von einer permanenten Überwachung des Platzes Umgang genommen wird; im übrigen sei der Recurs abzuweisen. (Angenommen.)

(10125.) St.-R. Schreiner referiert über eine rückständige Wassermesserprüfungsgebür, betreffend das Haus Or.-Nr. 79 Wienstraße, V. Bezirk, im Betrage von 5 fl. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(10126.) St.-R. Schreiner referiert über das Ansuchen des Stephan Ambros um Nachsicht einer Hundesteuer per 4 fl. pro 1896 und beantragt die Gesuchsgewährung. (Angenommen.)

(10154.) **St.-R. Tomola** referiert über den Erlass des k. k. n.-ö. Landesschulrathes vom 26. April 1896, Z. 3596, wonach dem Recurse der Gemeinde Wien wider die Beschlüsse des Bezirksschulrathes Wien, betreffend die Zuerkennung von Remunerationen an die Schulleiter des XVI., XVII. und XVIII. Bezirkes für den Spät- oder Wechselunterricht, Folge gegeben wurde, und beantragt die Kenntnisnahme. (Angenommen.)

(10206) St.-R. Tomola referiert über das Ansuchen des Allgemeinen Turnvereines um Überlassung eines Turnsaales einer im VI. Bezirke gelegenen communalen Schule zur zweimaligen wöchentlichen Benützung und beantragt, dem Allgemeinen Turnvereine in Wien die Mitbenützung des Turnsaales der Knaben-Volksschule VI. Bezirk, Grasgasse 5, unter den vom Bezirksamte beantragten Bedingungen zu gestatten.

St.-R. Dr. Wähner beantragt die Abweisung.

Antrag Dr. Wähner angenommen.

(10249.) **St.-R. Seichert** referiert über das Ansuchen des Notars Hugo Mayburger noe. Karl Firnsin um Genehmigung der Grundabtrennung bei der Realität (Bauparcelle) Einl.-Z. 66 Grundbuch Sechshaus und beantragt, die Abtrennung der in den vorliegenden Plänen mit den Buchstaben fypf bezeichneten Figur von der Cat.-Parc. 83/1, Einl.-Z. 66 Grundbuch Sechshaus, zu bewilligen. (Angenommen.)

(10208.) St.-R. Seichert referiert über das Ansuchen der Bahnerhaltungs-Section Wien I der k. k. Staatsbahnen am Westbahnhof um die Bewilligung zur Ableitung der Niederschlagswässer aus der Gartenanlage neben dem Hause Schönbrunnerstraße 4 und 6 mittels eines im Trottoir herzustellenden Canales in das Rinnsal in der Schönbrunnerstraße und beantragt die Bestätigung der Baubewilligung aus den Gründen des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(10173.) **St.-R. Wessely** referiert über die Erprobung des Kehrichtsammel- und Abfuhr-Systems W. Nossian & F. Wallegg und beantragt, die Erprobung des Sacksystems W. Nossian & F. Walleg bis zur Beistellung der 18 Stück neuen Säcke, d. i. bis 19. December d. J. zu unterbrechen. (Angenommen.)

(10198.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Zuweisung von Hilfs- und Aufsichtspersonale für die Schweinestechbrücke zu St. Marx und beantragt, für die Schweinestechbrücke auf dem Central-Viehmarkte St. Marx die Aufnahme eines Hausdieners mit dem Taglohne von 1 fl. 50 kr. und eines Arbeiters mit dem Taglohne von 1 fl. 30 kr. vom 1. Jänner 1897 an zu bewilligen und die entfallende Auslage von 1022 fl. jährlich in das Budget pro 1897 sub Rubrik XXVIII 2 a einzustellen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10210.) St.-R. Wessely referiert über rückständige Wassermehrverbrauchsgebüren nach Parteien aus dem VI. Bezirke im Betrage von 469 fl. 21 kr. und beantragt die Abschreibung des Betrages von 440 fl. 46 kr. aus dem Grunde des Bezirksamts-Antrages.

(Angenommen.)

(10087.) St.-R. Wessely referiert über die Verlängerung der öffentlichen Beleuchtung des Marktes Am Hof und beantragt:

1. die Brennzeit der auf den Marktplätzen Am Hof und auf der Freyung installierten elektrischen Bogenlampen wird um eine halbe Stunde über die für die öffentlichen Gasflammen nach dem communalen Brennkalender festgesetzten Auslöschzeiten verlängert;

2. das von der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft wegen der in Punkt 1 erwähnten Verlängerung der Brenndauer eingebrachte Offert wird angenommen;

3. der hienach erforderliche Mehrkostenbetrag für die öffentliche Beleuchtung per 111 fl. 54 kr. pro Jahr ist gelegentlich der Lustrierung

des Budgets pro 1897 in letzteres sub Rubrik XXV 1 c „Öffentliche elektrische Beleuchtung" einzustellen. (Angenommen.)

(10111.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend die Herstellung einer gemauerten, feuersicheren, gedeckten Schupfe auf der städtischen Realität Einl.-Z. 820 des VI. Bezirkes, Or.-Nr. 53 Mollardgasse, zur Unterstellung von Schneepflügen und beantragt die Ertheilung des Bauconsenses. (Angenommen.)

(10153.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen der Direction der k. k. Textilindustrie-Lehranstalt VI., Marchettigasse 3, um Herstellung einer Thür in der Planke der Grabnergasse und beantragt, die Herstellung einer Thüre (in der Planke der Grabnergasse) mit elektrischer Klingel sammt den Nebenarbeiten zur Eröffnung eines eigenen Zuganges für die Textilindustrie-Schule im communalen Realschulgebäude Marchettigasse, VI. Bezirk, von der Seite der Grabnergasse her an Stelle des bisher geübten Durchganges durch den Realschulgebäudetract und Schulhof mit dem bedeckten Kostenbetrage von 35 fl. zu bewilligen. (Angenommen.)

(10192.) St.-R. Wessely referiert über den Magistratsbericht, betreffend das Ansuchen der Allgemeinen österreichischen Elektricitäts-Gesellschaft um Bewilligung zur Kabellegung in den Bezirken I, III, IV, VII, VIII, IX, der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft im I. bis III., V., VI., VIII. bis X. Bezirke, der Wiener Elektricitäts-Gesellschaft im VI. Bezirke und beantragt, den Magistratsbericht, wonach die bezüglichen Kabellegungen bereits erfolgt sind, zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen.)

(10128.) St.-R. Wessely referiert über das Ansuchen des Karl Rußleithner um pachtweise Überlassung der Rampenmauer bei dem Hause Nr. 90 Magdalenenstraße zur Anbringung einer Annoncentafel und beantragt, die im vorliegenden Commissionsprotokolle vorgeschlagenen Modalitäten des Bestandverhältnisses, insbesondere den Bestandzins von 26 fl. jährlich, mit dem Zusatze, dass die Überlassung auf Widerruf erfolgt, zu genehmigen.

St.-R. Dr. Deutschmann beantragt, den Bestandzins mit 1 fl. per Quadratmeter jährlich zu bestimmen.

Referenten-Antrag und Antrag Dr. Deutschmann angenommen.

(10116.) **St.-R. Fiedler** referiert über das Ansuchen des Margarethener Kindergartenvereines um Subvention und beantragt die Bewilligung einer Subvention in gleicher Höhe wie in den früheren Jahren per 500 fl. für das Jahr 1897.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10000.) St.-R. Fiedler referiert über Gesuche um Verleihung des Bürgerrechtes von Parteien aus dem IX. Bezirke und beantragt die Gesuchsgewährung für Obdržalek Franz, Handelsagent. (Angenommen.)

(10212.) St.-R. Fiedler referiert über eine rückständige Hundesteuer nach Josef Domes, I. Bezirk, im Betrage von 4 fl. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(10058.) St.-R. Fiedler referiert über das Ansuchen des Restaurateurs Johann Weigl um käufliche Überlassung von 180 Stück Schragen aus dem städtischen Lagerhause und beantragt, das Offert des Restaurateurs Johann Weigl auf käufliche Überlassung der demselben zur Herstellung der Festtafel beim Deutschmeister-Jubiläumsfeste in der Rotunde geliehenen 180 Stück Schragen um den Preis von 10 kr. per Stück, d. i. zusammen 18 fl., anzunehmen.

(Angenommen.)

(9899.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über die Vornahme von Renovierungsarbeiten im städtischen Hause XVIII., Karl Beckgasse 20, und beantragt:

Die Genehmigung der im bauämtlichen Kostenanschlage vom 16. October 1896 aufgeführten Renovierungsarbeiten im städtischen Hause XVIII., Karl Beckgasse 20, wird pro 1896 abgelehnt und deren Ausführung mit dem adjustierten Kostenbetrage von 1054 fl. 9 kr. für das Jahr 1897 genehmigt. (Angenommen.)

(10157.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über eine rückständige Hundesteuer nach Michael Scharrer, XVII. Bezirk, im Betrage von 4 fl. und beantragt die Abschreibung derselben aus dem Grunde der Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

Der Vorsitzende gibt bekannt das Resultat der Wahl eines dreigliedrigen Comités wegen Unterhandlung mit Marie Allisch, Hausbesitzerin, XII., Meidling-Schönbrunnerstraße 86, behufs Ankauf der genannten Realität.

Es wurden gewählt die St.-R. Büsch, Seichert, Rauer.

(Zur Kenntnis.)

(Schluss der Sitzung.)

Bericht

über die Stadtraths-Sitzung vom **10. December 1896.**

Vorsitzende: Vice-Bürgermeister Dr. Karl Lueger.
Vice-Bürgermeister Dr. Josef Neumayer.

Anwesende:

Braun,	Dr. Mayreder,
Büsch,	Müller Lorenz,
Dr. Deutschmann,	Purscht,
Fiedler,	Rauer,
Gräf,	Rißaweg,
Grünbeck Sebastian,	Schreiner,
Hipp,	Seichert,
Hörmann,	Tomola,
Hraba,	Dr. Wähner,
Dr. Krenn,	Weitmann,
Dr. Kupka,	Wessely.

Schriftführer: Magistrats-Concipist Dr. Bibl.

Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer eröffnet die Sitzung und macht der Versammlung nachstehende Mittheilung:

Nachweisung über die Belastung des Reservefondes mit 5. December 1896:

Reservefond		500.000 fl. — kr.
Effective Belastung . . .	408.130 fl. 94½ kr.	
Belastung durch in Aussicht stehende, bereits genehmigte, jedoch noch nicht effectuierte Auslagen	516.798 „ 47½ „	
zusammen .	924.929 „ 42 „	
daher um		424.929 fl. 42 kr.
und nach Hinzurechnung der für unvorhergesehene Auslagen bei den Bezirken I bis XIX à 500 fl. zu reservierenden		9.500 „ — „
eigentlich um		434.429 fl. 42 kr.

überschritten.

Außerdem stehen für Rechnung des Reservefondes Anträge im Gesammtbetrage von 487.365 fl. 95 kr. in Vormerkung, bezüglich deren die Genehmigung noch aussteht. (Zur Kenntnis.)

(10207.) **St.-R. Büsch** referiert über die Festsetzung der Canaleinmündungsgebür für die Realität XII. Bezirk, Wertheimsteingasse 13, und beantragt, die normalmäßig berechnete Canaleinmündungsgebür für die bezeichnete Realität per 227 fl. 52 kr. im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1894, L.-G.-Bl. Nr. 14, vorläufig auf die Hälfte, d. i. auf den Betrag von 113 fl. 76 kr. zu ermäßigen. (Angenommen.)

(10174.) St.-R. Büsch referiert über das Ansuchen des Leopold und der Christine Oehring um Bewilligung zur Vornahme von Adaptierungen im Hause Conscr.-Nr. 304, Grdb.-Einl.-Z. 300 Gaudenzdorf, Or.-Nr. 5 Kobingergasse, XII. Bezirk, und beantragt die widerrufsweise Bewilligung unter den vom Bezirksamte vorgeschlagenen Bedingungen. (Angenommen.)

(10227.) St.-R. Büsch referiert über acht Gesuche aus dem XII. Bezirke um Nachsicht von Hundesteuerstrafen und beantragt die Nachsicht der Strafen für sieben Parteien, dagegen die Abweisung des Gesuches des Dr. Karl Enders um Nachsicht der Strafe für zwei unbesteuerte Hunde per 16 fl. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Lueger übernimmt den Vorsitz.)

(10135.) **Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer** referiert über die Anweisung der Witwenpension für die Oberlehrerswitwe Josefine Schneider und beantragt, derselben die normalmäßige Witwenpension im Betrage von 566 fl. 66 kr. jährlich auf die Dauer des Witwenstandes, ferner einen Erziehungsbeitrag von jährlich je 85 fl. für die Kinder Paula, geb. am 7. August 1881, und Robert Josef, geb. am 22. Februar 1884, bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres oder bis zu dem Tage einer etwa früher erlangten Versorgung vom 1. October 1896 angefangen; ferner die Quote des jährlichen Erziehungsbeitrages per 85 fl. für den Sohn Wilhelm Robert, der mit 26. October 1896 das Normalalter erreicht hat, für die Zeit vom 1. bis inclusive 26. October 1896; dann das Sterbequartal per 425 fl. aus der Wiener Pensionscassa gegen seinerzeitige entsprechende Abrechnung mit der n.-ö. Landes-Lehrerpensionscassa, endlich das Quartiergeld für das Quartal vom 1. November 1896 bis Ende Jänner 1897 im Betrage von 112 fl. 50 kr. aus den eigenen Geldern zuzuerkennen. (Angenommen.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer übernimmt den Vorsitz.)

(10276.) **St.-R. Büsch** referiert über Gesuche von Parteien aus dem XII. Bezirke um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Krautstengl Franz, Selchermeister und Hausbesitzer;
Eckstein Martin, Tischlermeister und Hausbesitzer, und
Weymaier Alexius, Bürstenbinder und Hausbesitzer.

(Angenommen.)

(9841.) **St.-R. Dr. Mayreder** referiert über den Erlass des k. k. Eisenbahnministeriums vom 19. September 1896, Z. 9514, betreffend den Bauconsens für die Theilstecke Schikanedersteg—Hauptzollamts-Bahnhof der Wienthallinie der Wiener Stadtbahn, und beantragt, es sei der Bauconsens mit Vorbehalt der aus dem Programme für die Verkehrsanlagen der Gemeinde zustehenden Rechte zur Kenntnis zu nehmen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(9842.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Zuschrift der k. k. Bau-Direction für die Wiener Stadtbahn in Angelegenheit der Überführung der Marxergasse über den Hauptzollamts-Bahnhof und beantragt, es sei diese Zuschrift im folgenden Sinne zu beantworten:

a) Die Situierung der Brücke über die Marxergasse hat nach Maßgabe der bereits in natura abgesteckten und der k. k. Bauleitung für die Wiener Stadtbahn, Section C. W., im kurzen Wege bekanntgegebenen Achse derselben zu erfolgen.

Gegen die in dem vorgelegten Projecte ausgemittelte Höhenlage der Brückenoberfläche, sowie die in Aussicht genommenen Breiten- und Seitengefälle der Fahrbahn und der Gehwege besteht kein Anstand, dieselben sind daher zur Ausführung zu bringen.

b) Die Anordnung der Tragconstructionen hat auf Grundlage des mitfolgenden generellen Projectes B, d. i. mit Verwendung von Monier-Constructionen zu erfolgen. Hiezu wird ausdrücklich bemerkt, dass gegen das von der k. k. Baudirection vorgeschlagene System seitens der Gemeinde Wien keinerlei Constructionsbedenken bestehen und für die Wahl der Anordnung mit Monier-Constructionen ausschließlich ökonomische Rücksichten und die zu erwartende geringere Frequenz von schweren Lasten auf dem neuen Straßenzuge maßgebend war. Die Fugen des Granitpflasters sind mit Asphalt zu vergießen.

c) Die Monier-Constructionen wären an die Firma G. Waggs & Co. Wien, I. Bezirk, Maximilianstraße zu vergeben, alle sonstigen Herstellungen jedoch von den Erstehern der Arbeiten für den Umbau des Hauptzollamts-Bahnhofes zu den seitens der k. k. Baudirection erzielten Preisen ausführen zu lassen.

d) Das hinsichtlich der Bauausführung zu treffende Übereinkommen ist nach denselben Grundsätzen aufzustellen wie das Übereinkommen, welches in Betreff der Ausführung der Bauarbeiten für die Theilstrecke Schikanedersteg—Hauptzollamt der Stadtbahn durch die Gemeinde Wien auf Rechnung des Bahnunternehmens getroffen wurde. Die Instandhaltung dieser Brücke mit Ausnahme der Fahrbahnpflasterung und des Gehwegbelages, wolle von der k. k. Baudirection gegen Vergütung der thatsächlich aufgewendeten Kosten auf Rechnung der Gemeinde besorgt werden. Der diesbezügliche Vertragsentwurf wolle seitens der k. k. Baudirection aufgestellt und an die Gemeinde Wien zur Zustimmung übermittelt werden.

e) Gegen die Ausführung der Brücken über den Hauptzollamts-Bahnhof im Zuge der Hinteren Zollamtsstraße, der Landstraße Hauptstraße und der Ungargasse nach der seitens der k. k. Baudirection für die Überbrückung der Marxergasse aufgestellten Type, wird seitens der Gemeinde im allgemeinen kein Anstand erhoben; im speciellen wird die k. k. Baudirection ersucht, bei der Anordnung der Gehweg-Constructionen durch die Wahl großer Achsentfernungen der Hauptträger auf die Erzielung möglichst großer Räume für die Unterbringung der bestehenden und zukünftigen großen Rohrleitungen hinzuwirken, sowie die Gehwegtafel nicht aus einer zusammenhängenden Betonmasse, sondern aus einzelnen Theilen zu bilden, welche derart anzuordnen wären, dass bei der Einlegung neuer Rohrleitungen oder der Vornahme von Reparaturen oder Auswechslungen nicht die ganze Construction gestört werden muss. Die Detailpläne für diese Brücken sind der Gemeinde zur Zustimmung zu übermitteln. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10321.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Project für die Herstellung eines Theiles der linksseitigen Widerlagsmauer der Wienflussregulierung entlang dem Gumpendorfer Schlachthause

und beantragt, es wäre das vorliegende Project für die Herstellung eines Theiles der linksseitigen Widerlagsmauer der Wienflussregulierung entlang dem Gumpendorfer Schlachthause im veranschlagten und noch zu adjustierenden Kostenbetrage von ungefähr 115.000 fl. und für die hiemit verbundene Herstellung von Sprengmauern im veranschlagten, gleichfalls noch zu adjustierenden Kostenbetrage von 4500 fl. zu genehmigen. (Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10233.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Ansuchen der k. k. Baudirection für die Wiener Stadtbahn um Zustimmung zur Abtrennung von zum Eisenbahnbaue erworbenen Grundtheilen in Gaudenzdorf und Unter-Meidling und beantragt die Bewilligung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(8645.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über die Magistrats-Anträge, betreffend die städtische Realität Nr. 104 Kaiserstraße, VII. Bezirk, und beantragt:

1. Der Hofquertract des städtischen Hauses Or.-Nr. 104 Kaiserstraße ist nach dem Maitermine 1897 zu demolieren und zu diesem Behufe den Parteien im Februar 1897 zu kündigen.

2. Von der frei werdenden Area ist die Eckparcelle im Offertwege zu veräußern, die zweite Parcelle provisorisch dem Garten einzuverleiben und auf derselben durch Bekiesung ein Kinderspielplatz herzustellen.

3. Das Offert der Eigenthümer des Hauses Or.-Nr. 121 Lerchenfelderstraße auf Abverkauf dieser Realität an die Gemeinde um den Preis von 32.000 fl. wird abgelehnt.

4. Desgleichen wird das Offert der Eigenthümer der Realiät Or.-Nr. 117 Lerchenfelderstraße auf Abverkauf derselben an die Gemeinde um den Preis von 35.000 fl. abgelehnt.

5. Das Haus Or.-Nr. 119 Lerchenfelderstraße ist nach dem Mai-Ausziehtermine 1897 zu demolieren und den Parteien im Februar 1897 zu kündigen.

6. Die Herstellung einer 8 m breiten Straße über die Realität Or.-Nr. 119 Lerchenfelderstraße und der Verkauf der restlichen Baugrundtheile derselben wird genehmigt.

7. Behufs Vergrößerung des Parkes über die Realität der Frau Jaschke, Kaiserstraße Or.-Nr. 102, ist das Expropriationsverfahren einzuleiten.

St.-R. Seichert stellt folgende Anträge:

1. Das zwei Stock hohe Quergebäude der Realität Kaiserstraße 104 sei zu belassen;

2. die Erwerbung des für die Gartenanlage benöthigten Theiles der Realität Kaiserstraße 102, habe nicht im Wege der Expropriation, sondern im Wege einer freien Verhandlung zu erfolgen;

3. es sei von dem beantragten zweiten Eingange in die Gartenanlage (von der Lerchenfelderstraße) Abstand zu nehmen.

St.-R. Weitmann beantragt ad 2, dass die Eckparcelle erst dann der Veräußerung beziehungsweise Verbauung zuzuführen sei, wenn die Erwerbung der zur Ergänzung des Parkes nöthigen Gründe gegen die Bernardgasse zu gesichert sei.

St.-R. Purscht beantragt, die Realität Or.-Nr. 119 Lerchenfelderstraße zu verkaufen und mit einer Durchgangsservitut zu belegen. Bei der Abstimmung werden die Anträge Seichert und Weitmann abgelehnt, die Referenten-Anträge angenommen.

(Die Abstimmung über den Antrag Purscht entfällt mit Rücksicht auf die Annahme des Punktes 6 der Referenten-Anträge.)

(An den Gemeinderath.)

(9948.) St.-R. Dr. Mayreder referiert über das Offertverhandlungs-Ergebnis, betreffend die Holzstöckelpflasterung auf der auszuführenden provisorischen Überbrückung des Wienflusses zwischen dem Schikanederstege und der Elisabethbrücke im veranschlagten Kostenbetrage von 6524 fl., und beantragt die Genehmigung des Alternativoffertes der Firma C. Blythe, nach welchem sich dieselbe erbietet, die Herstellung der Pflasterung auf dem gedachten Brückenprovisorium mit Holzstöckeln von 10 cm Höhe gegen einen Nachlass von 10·1 Percent von dem veranschlagten Kostenbetrage von 6524 fl. auszuführen. (Ersparung = 658 fl. 92 kr.) (Angenommen.)

(10347.) **St.-R. Dr. Kupka** referiert über Herstellungen auf dem von Victor Silberer gewidmeten Eislaufplatze an der Nossauerlände, IX. Bezirk, und beantragt, es sei dem Bezirksvorsteher zur Herstellung der Planke und des Häuschens ein auf den Reservefond zu verweisender Betrag von 120 fl. gegen Verrechnung zu bewilligen. (Angenommen.)

(10305.) St.-R. Dr. Kupka referiert über das Ansuchen des Leopold Noth noe. Aloisia Noth um Schadloshaltung für den anlässlich des Umbaues der Realitäten, Einl.-ZZ. 787 und 903 des VIII. Bezirkes, Or.-Nr. 14 a und 14 Tigergasse, zur Straßenverbreiterung abgetretenen Grund per zusammen 62·76 m² und beantragt, die Schadloshaltung mit 14 fl. per Quadratmeter zu bestimmen. (Angenommen.)

(10283.) St.-R. Dr. Kupka referiert über das Ansuchen des Karl Epstein und Consorten um Ausfertigung einer Löschungserklärung bezüglich der auf Einl.-Z. 1009 VII. Bezirk, zu Gunsten der Gemeinde Wien haftenden Demolierungsverbindlichkeit und beantragt, die Ausfertigung der bezüglichen Erklärung auf Kosten der Gesuchsteller zu bewilligen. (Angenommen.)

(9646.) **St.-R. Purscht** referiert über die Bewilligung eines Cumulativ-Zuschusscredites von 8600 fl. zur Rubrik XX 6 a „Erhaltung der Löschrequisiten und Ausrüstungsstücke" und von 5500 fl. zur Rubrik XX 6 b „Neuanschaffung von Löschrequisiten und Ausrüstungsstücken" und beantragt die Bewilligung.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10301.) St.-R. Purscht referiert über das Anerbieten der Wiener Communal-Sparcassa Döbling auf Zahlung eines Betrages von 30 fl. für das zur Beheizung der provisorischen Amtslocalitäten derselben im Hause XIX., Döblinger Hauptstraße 58, vom 1. Jänner 1892 bis 8. December 1893 bezogene Brennmateriale und beantragt die Annahme dieses Anerbietens. (Angenommen.)

(9634.) St.-R. Purscht referiert über die Bewilligung eines Zuschusscredites per 90 fl. zur Ausgabs-Rubrik L 2 „Wagenauslagen anlässlich der Vorspanns-Inspicierungen" im Betrage von 90 fl. und beantragt die Bewilligung. (Angenommen.)

(10158.) **St.-R. Hipp** referiert über den Recurs des Anton Peschek gegen einen sanitätspolizeilichen Auftrag des magistratischen Bezirksamtes für den XVI. Bezirk bezüglich des Hauses XVI., Burggasse 128, und beantragt, dem Recurse Folge zu geben. (Angenommen.)

(10155.) St.-R. Hipp referiert über das Ansuchen des Robert Dinzl um Ermäßigung der für seine Realität XVI., Thaliastraße 155, vorgeschriebenen Canaleinmündungsgebür und beantragt die Abweisung. (Angenommen.)

(9853.) **St.-R. Lorenz Müller** referiert über die Versetzung der Beetz'schen Bedürfnisanstalt am Praterstern und beantragt die Versetzung dieser Anstalt beiläufig in die Mitte der Grenzlinie des Parkes gegen die Kaiser Josefstraße zu auf Kosten des Wilhelm Beetz. (Angenommen.)

(10310.) St.-R. Lorenz Müller referiert über ein für die Neupflasterung der Nordbahnstraße zwischen Prager Reichsstraße und Am Tabor erwachsenes Mehrerfordernis per 293 fl. 95 kr. und beantragt die Genehmigung. (Angenommen.)

(10312.) St.-R. Lorenz Müller referiert über das Ansuchen des k. k. Ministeriums des Innern um unentgeltliche Grundüberlassung für die Herstellung der Lesenen und Thorpfeiler bei der Artilleriekaserne im II. Bezirke und beantragt, die unentgeltliche Überlassung des zu obigem Zwecke in Anspruch genommenen Grundes per 0·9889 m² an das Ärar zu genehmigen und der Zuschreibung dieser Grundflächen zu den Cat.-Parc. 2194 und 2266, Einl.-Zz. 2939 und 2941 II. Bezirk, zuzustimmen.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10311.) **St.-R. Hörmann** referiert über das Ansuchen des Karl Suchy um Bewilligung zur Erbauung eines Wohnhauses auf der durch Abtheilung der Realität Einl.-Z. 623 IX., Nussdorferstraße 53, und Sobieskigasse 22, entstandenen Baustelle und beantragt:

1. die Bestätigung der Baubewilligung;

2. die Überlassung des in die Verbauung einzubeziehenden Straßengrundes per 2·052 m² um den Preis von 50 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 102 fl. 60 kr.

(Angenommen; an den Gemeinderath.)

(10145.) St.-R. Hörmann referiert über die Abgabe von Hochquellenwasser an die k. u. k. militär-aëronautische Anstalt im III. Bezirke und beantragt, ausnahmsweise die Abgabe einer Gesammtmenge von 1500 m³ jährlich aus der Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung an die k. u. k. militär-aëronautische Anstalt im III. Bezirke zur Erzeugung von Wasserstoffgas unter den vom Magistrate beantragten Bedingungen zu bewilligen. (Angenommen.)

(10228.) St.-R. Hörmann referiert über das negative Ergebnis der Verhandlungen wegen Durchführung der Neulinggasse zwischen der Ungargasse und der Landstraße Hauptstraße, III. Bezirk, und beantragt, den bezüglichen Magistratsbericht zur Kenntnis zu nehmen und zu genehmigen, dass bis auf weiteres von der Durchführung des bezeichneten Straßenzuges Umgang genommen werde.

(Angenommen.)

(10242.) St.-R. Hörmann referiert über die Uneinbringlichkeit des Rückersatzes von 50 kr. für ein Ehefähigkeits-Zeugnis an Karl Böse und beantragt die Abschreibung. (Angenommen.)

(10179.) St.-R. Hörmann referiert über eine für den Wasserbezug der Julie Pfeiffer in dem Hause Or.-Nr. 128 Erdbergstraße, III. Bezirk, in der Zeit vom 12. December 1895 bis 15. März 1896 aushaftende Gebür per 3 fl. 49 kr. und beantragt die Abschreibung wegen Uneinbringlichkeit. (Angenommen.)

(10161.) St.-R. Hörmann referiert über eine rückständige Augenscheinstaxe per 3 fl. für einen über Ansuchen des Gymnastikers Franz Scholz im III. Bezirke vorgenommenen Localaugenschein und beantragt die Abschreibung wegen Uneinbringlichkeit.

(Angenommen.)

(10278.) St.-R. Hörmann referiert über Gesuche von 36 Parteien aus dem III. Bezirke um Abschreibung und Herabminderung vorgeschriebener Wassermehrverbrauchsgebüren und beantragt, bei sieben Häusern die Abschreibung der Gebüren per zusammen 383 fl. 39 kr. und bei den übrigen die Herabsetzung der Gesammtsumme per 2709 fl. 77 kr. auf den Betrag von 1693 fl. 58 kr. zu genehmigen. (Angenommen.)

(10275.) St.-R. Hörmann referiert über Gesuche von Parteien aus dem III. Bezirke um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung für:

Buttner Johann, Fragner;

Klofacz Josef, Gastwirt;

Hübner Johann, Industriemaler und Armenrath;

Schmidl Leopold, Zitherschul-Inhaber;

Klimeš Alois, Schuhmachermeister, und

Biringer Johann, Goldarbeiter. (Angenommen.)

(Ad 7023.) **St.-R. Kraba** beantragt, den Punkt 15 der Anträge zu dem auf der Tagesordnung des Gemeinderathes stehenden Referate über den Hauptrechnungsabschluss der Stadt Wien pro 1895, betreffend die Wahl einer Commission zur Prüfung desselben, zurückzuziehen. (Angenommen.)

(10277.) **St.-R. Weitmann** referiert über Gesuche von Parteien aus dem VII. Bezirke um Verleihung des Bürgerrechtes und beantragt die Gesuchsgewährung für Peter Modler, Gas- und Schmirgelpapier-Erzeuger. (Angenommen.)

(10281.) St.-R. Weitmann referiert über das Ansuchen des Deutschen Turnvereines um Überlassung des Turnsaales VII., Neustiftgasse 100, und beantragt die Ablehnung nach dem Bezirksamts-Antrage. (Angenommen.)

(10152.) **St.-R. Sebastian Grünbeck** referiert über das Offert der Eheleute Johann und Anna Schindler auf einen Theil der Alsbach-Parcelle 1268, Dornbach, im Tauschwege gegen einen Theil der Realität Einl.-Z. 62 Dornbach, sowie über das Offert der Theresia Stachl, betreffend die Abtretung eines Theiles ihrer Realität Einl.-Z. 60 Dornbach, behufs Durchführung der Promenadegasse, und beantragt, auf die vom Magistrate vorgeschlagene Transaction mit den Eheleuten Schindler nicht einzugehen. Dagegen wäre

1. das dermalen bezüglich der im vorgelegten Plane mit den Buchstaben efghie umschriebenen Theilfläche der Cat.-Parc. 1268, Einl.-Z. 568 Dornbach, im Ausmaße von circa 216 m² mit den Eheleuten Schindler bestehende Pachtverhältnis pro 1. Jänner 1897 zu kündigen und diese Grundfläche von dem erwähnten Zeitpunkte an um den jährlichen Bestandzins von 40 fl. pro Jahr und gegen vierzehntägige Kündigung an die Genannten zu verpachten;

2. die mit den Buchstaben ehgikh umschriebene Theilfläche der Cat.-Parc. 1168, Einl.-Z. 568, im Ausmaße von 69·77 m² der Theresia Stachl um den jährlichen Bestandzins von 20 fl. und gegen vierzehntägige Kündigung zu verpachten.

Weiters sind

3. behufs Ermöglichung einer Transaction zum Zwecke der seinerzeitigen Regulierung der Dornbacherstraße die betreffenden Alsbachgründe (Fig. efgionmlkhe) außer Verkauf zu stellen.

(Angenommen.)

(9698.) St.-R. Sebastian Grünbeck referiert über die Offerten mehrerer Realitätenbesitzer am Alsbach-Boulevard auf Theile der Cat.-Parc. 1088, Dornbach, und beantragt die Wahl eines Verhandlungs-Comités. (Angenommen.)

(10102.) **St.-R. Dr. Deutschmann** referiert über das Ansuchen der Dampftramway-Gesellschaft vorm. Krauß & Co. um Abschreibung von Pacht- und Anerkennungszinsen, sowie um Ausfolgung der Caution anlässlich der Auflassung der Linie Gaudenzdorf—Hietzing und beantragt:

1. Der zwischen der Gemeinde Wien und der Dampftramway-Gesellschaft vorm. Krauß & Co. hinsichtlich der Cat.-Parc. 506/1, 506/2, 507 und 1639, Catastralgemeinde Gaudenzdorf, abgeschlossene

Bestandvertrag wäre mit Rücksicht auf die Einstellung des Betriebes der Linie Gaudenzdorf—Hietzing dieser Gesellschaft als erloschen zu erklären und die zur Sicherstellung der Verbindlichkeiten aus diesem Vertrage erlegte Caution im Betrage von 2100 fl. der genannten Gesellschaft auszufolgen.

2. Die gemäß § 21 des Vertrages vom 15. September 1886, abgeschlossen zwischen dem n.-ö. Landesausschusse und der Gesellschaft, für die Benützung von Gemeindestraßen in Ober-Meidling und Gaudenzdorf entrichteten Anerkennungszinse von je 2 fl. pro Jahr wären vom 1. Jänner 1895 in Abschreibung zu bringen.

(Angenommen.)

(10248.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Firma Holzmann & Co. um Bewilligung zur Unterabtheilung der Realität Einl.-Z. 598 IV. Bezirk, und beantragt die Bewilligung nach dem Magistrats-Antrage. (Angenommen.)

(10130.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über die Vertagung der beim k. k. Verwaltungsgerichtshofe anhängigen Verhandlung über die Beschwerde des Rudolf Schmeidel gegen die Entscheidung der Baudeputation in Wien vom 9. November 1894, Nr. 107, betreffend einen Bauconsens, auf den 3. März 1897 und beantragt, dass Magistratsrath Dr. Sauer beauftragt werde, die Acten beim Verwaltungsgerichtshofe einzusehen und hienach zu berichten, ob eine Vertretung der Gemeinde Wien bei der Verhandlung am 3. März 1897 geboten erscheint. (Angenommen.)

(10147.) St.-R. Dr. Deutschmann referiert über das Ansuchen der Aloisia Anzböck und des Josef Gröger um Löschungsbewilligung bezüglich der auf der Realität Hetzendorf Einl.-Z. 164 haftenden Hochquellenleitungs-Servitut und beantragt, die Ausstellung der bezüglichen Löschungserklärung auf Kosten der Partei und unter der Bedingung zu bewilligen, dass vorher oder gleichzeitig die Parcelle Nr. 430/1 von dem Gutsbestande der Einl.-Z. 164 abgeschrieben und unter gleichzeitiger Mitübertragung der darauf haftenden Servitut in eine neue Grundbucheinlage übertragen werde.

(Angenommen.)

(Schluss der Sitzung.)

Allgemeine Nachrichten.

Commission für Verkehrsanlagen.

19. December 1896.

In der abgelaufenen Woche wurden bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen 6724 Arbeiter verwendet; hievon waren 2995 beim Bau der Gürtel-, Vororte- und Wienthallinie der Wiener Stadtbahn, 804 beim Bau des Schleusencanales nächst Nussdorf, 2508 bei der Wienflussregulierung, 417 am Hauptsammelcanale rechts des Donaucanales beschäftigt; außerdem standen in Verwendung: bei den Bahnbauten 327 Fuhrwerke und 10 Dampfmaschinen, beim Schleusencanalbau 1 Fuhrwerk und 5 Dampfmaschinen, bei der Wienflussregulierung 40 Fuhrwerke, 32 Dampf- und 5 Dynamomaschinen, am Hauptsammelcanale rechts des Donaucanales 29 Fuhrwerke und 1 Dampfmaschine.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 13. bis 19. December 1896.

1. Fleischsendungen:

Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch	271.898 kg	(Davon aus Wien — 188.818, aus dem sonstigen Niederösterreich — 14.082; aus Oberösterreich — 2.290; aus Mähren — 15.803; aus Galizien — 35.066; aus Ungarn — 9.886; aus der Bukowina — 3.116; aus Steiermark — 507; aus Croatien — 1.605; aus Bosnien — 725 kg)
Kalbfleisch	8.967 „	(Davon aus Wien — 1.586, aus dem sonstigen Niederösterreich — —; aus Oberösterreich — 25; aus Mähren — 47; aus Ungarn — —; aus Galizien — 7.309; aus Steiermark — — kg)
Schaffleisch	16.444 „	(Davon aus Wien — 246, aus dem sonstigen Niederösterreich — —; aus Oberösterreich — —; aus Galizien — 8.737; aus Ungarn — 630; aus Mähren — 135; aus der Bukowina — 6.696 kg)
Schweinfleisch	102.841 „	(Davon aus Wien — 20.422, aus dem sonstigen Niederösterreich — 650; aus Oberösterreich — —; aus Böhmen — 289; aus Mähren — 1.988; aus Galizien — 79.492; aus Ungarn — —; aus Croatien — —; aus Bosnien — —; aus der Bukowina — —; aus Steiermark — — kg)
Kälber	1.144 Stück	(Davon aus Wien — 187, aus dem sonstigen Niederösterreich — 16; aus Oberösterreich — 47; aus Mähren — 60; aus Galizien — 774; aus Ungarn — 37; aus Steiermark — —; aus Salzburg — —; aus der Bukowina — 19 Stück.)
Schafe	255 „	(Davon aus Wien — 52, aus dem sonstigen Niederösterreich — 9; aus Oberösterreich — 2; aus Mähren — 1; aus Galizien — 94; aus Ungarn — 21; aus der Bukowina — 76 Stück.)
Schweine	1.770 „	(Davon aus Wien — 142, aus dem sonstigen Niederösterreich — 10; aus Mähren — 36; aus Galizien — 1.530; aus Ungarn — 12; aus Bosnien — 36; aus Croatien — 4; aus Steiermark — — Stück.)
Lämmer	6 „	(Davon aus Wien — —, aus dem sonstigen Niederösterreich — —; aus Galizien — 5; aus Mähren — —; aus Ungarn — 1; aus Oberösterreich — — Stück.)

Die Zufuhren für den Approvisionierungsverein sind bereits in den obigen Summen enthalten.

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von	25	bis	70	kr. per Kg.	
	Rostbraten u. Rieden	„	50	„	90	„	„ „
Kalbfleisch		„	36	„	70	„	„ „
Schaffleisch		„	24	„	46	„	„ „
Schweinfleisch		„	40	„	68	„	„ „
Kälber		„	38	„	58	„	„ „
Schafe		„	20	„	42	„	„ „
Schweine		„	40	„	56	„	„ „
Lämmer		„	2	„	2½	fl. per Stück.	

Die Zufuhr an Fleischwaren war geringer als in der Vorwoche und gestaltete sich der Geschäftsverkehr sehr flau. Für Kälber wurden um 2 kr. und für Schweine um 6 kr. per Kilogramm bessere Preise erzielt. Die übrigen Fleischwaren notierten vorwöchentliche Preise.

* * *

Pferdemarkt vom 18. December 1896.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 533 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 80—350 fl. per Stück
„ Schlachtpferde . . . . . 12— 52 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 21. December 1896

(einschließlich des Contumazmarktes vom 19. December 1896).

1. Gesammtauftrieb: 3834 Stück, und zwar:

Mastvieh 2374, Weidevieh 326, Beinlvieh 1134.

(Darunter unverkaufter Rest von dem vorwöchentlichen Donnerstagmarkte — Stück.)

Dieser Gesammtauftrieb zerfällt in:

Ochsen 2852, Stiere 462, Kühe 520.

(Davon waren Büffel 72 Stück.)

Provenienz des Gesammtauftriebes:

aus Ländern der ungarischen Krone . .	2276	Stück
„ Galizien und der Bukowina	698	„
„ dem sonstigen Österreich	860	„
„ dem Auslande	—	„
„ Bosnien	—	„

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht:

Ochsen	I. Qualität	von 32	bis 39	fl.	(extrem	von —	bis 43	fl.)
„	II.	„	„ 27	„ 31	„	(„	„ —	„ —	„)
„	III.	„	„ 23	„ 27	„	(„	„ —	„ —	„)
	Stiere	„	23	„ 30	„	(„	„ —	„ 32	„)
	Kühe	„	22	„ 27	„	(„	„ —	„ 8	„)
	Büffel	„	18	„ 22	„	(„	„ —	„ —	„)
	Beinlvieh	„	15	„ 23	„				

b) Preis per Stück:

Beinlvieh . von 21 bis 95 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nicht gehandelt.

3. Verkauf.

Angekauft wurden für Wien	3174 Stück
„ „ „ auswärts	605 „
Unverkauft blieben	55 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 1441 Stück weniger aufgetrieben. Trotz sehr schleppenden Geschäftsverkehres behaupteten sich die Preise der Vorwoche.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 19. December 1896.

a) Getreide.

Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 74—81 kg)	von	8	fl.	05	kr.	bis	9	fl.	05 kr.
Roggen	(„ „ 1 „ 69—75 „)	„	6	„	95	„	„	7	„	35 „
Gerste	. . . . .	„	4	„	35	„	„	9	„	— „
Mais	. . . . .	„	3	„	90	„	„	6	„	50 „
Hafer	. . . . .	„	6	„	20	„	„	7	„	30 „

b) Mahlproducte.

Grieß	. . . . .	von	14	fl.	—	kr.	bis	15	fl.	50 kr.
Weizenmehl	neue Type	„	7	„	50	„	„	15	„	— „
	alte „	„	8	„	—	„	„	15	„	50 „
Roggenmehl	. . . . .	„	9	„	—	„		13	„	— „
Weizenkleie	. . . . .	„	3	„	75	„		3	„	85 „
Roggenkleie	. . . . .	„	4	„	25	„	„	4	„	35 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 10. December bis 17. December 1896.

Waren eingelagert . . . . . 72.647 Meter-Centner
„ ausgelagert . . . . . 71.152 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 23.967 Meter-Centner.

Lagerstand vom 17. December 1896: 464.189 Meter-Centner, und zwar:

165.280	Meter-Centner	Weizen,	36.304	Meter-Centner	Roggen,
93.502	„	Gerste,	47.540	„	Hafer,
45.453	„	Mais,	16.953	„	Ölsaaten,
9.050	„	Mehl u. Kleie,	2.157	„	Wein,
3.602	„	Zucker,	1.193	Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellte sich auf 4,076.300 fl. öst. Währ.

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht: vom 17. December bis 21. December 1896:

Für Neubauten:

I. Bezirk: Haus, Spiegelgasse 8, von Rudolf Jäger, Baumeister, und Friedrich Leonhard, Seilergasse 15, Bauführer Rudolf Jäger (9471).

II. Bezirk: Haus, Hannovergasse 10, Einl.-Z. 3803, von Johann Gallbrunner, Wallensteinstraße 68, Bauführer F. Nowatschek (9420).

XVI. Bezirk: Dreistöckiges Haus, Ottakring, Cat.-Parc. 1996, Einl.-Z. 527, von Victor und Marie Nicoladoni, Neulerchenfeldergürtel 33, Bauführer Johann Schrepfer (63044).

„ „ Dreistöckiges Haus, Ottakring, Cat.-Parc. 2011 und 2012, Einl.-Z. 528 und 529, von Marie Exner, Lerchenfelderstraße, Bauführer Leopold Kitter (63503).

Für Zubauten:

XII. Bezirk: Schupfen, Hauptstraße 5, von Eduard Hirtl, ebenda, Bauführer ? (40330).

XIX. Bezirk: Veranda, Sievering, Sieveringerstraße 193, von Anton Prause, ebenda, Bauführer E. Spieß (25201).

Für Adaptierungen:

II. Bezirk: Dresdnerstraße 79, von Friedrich Schmidt, Chef der Firma Weichmanns Witwe, Bauführer Friedrich Kleibl (9421).

„ „ Praterstraße 52, von Josef Prokop, Baumeister (9435).

„ „ Marchfeldstraße 5, von Eduard Schmetana, Bauführer ? (9465).

IV. Bezirk: Favoritenstraße 23, von Matthias Wotraubek, Bauführer C. Rieß (9441).

V. Bezirk: Arbeitergasse 14, von Marie Asche, Bauführer J. Schonka (9467).

VI. Bezirk: Getreidemarkt 2, von C. W. Julius Blanke & Comp., Bauführer A. Niederdorfer (9477).

VII. Bezirk: Schottenhofgasse 8, von Rudolf Jäger, Baumeister (9444).

IX. Bezirk: Maria Theresienstraße 34, von Karl Kascher, Bauführer F. Klein (9423).

„ „ Nussdorferstraße 75, von Josef Kell, Bauführer J. Haupt (9424).

„ „ Severingasse 4, von C. Rieß, Baumeister (9440).

„ „ Pelikangasse 4, von Josef Müller, Maurermeister (9464).

XII. Bezirk: Tivoligasse 53, von Franz Holzschuh, ebenda, Bauführer ? (40630).

XVII. Bezirk: Hernals, Geblergasse 69, von Franz Malz, ebenda, Bauführer Josef Poschko (44331).
" " Hernals, Pezzlgasse 53, von Rudolf Hörandner, ebenda, Bauführer Johann Freitag (44664).
XIX. Bezirk: Ober-Döbling, Heiligenstädterstraße 37/39, von Josef Regenhart & Comp., Bauführer Johann Pecival (25337).

Für diverse (geringere) Bauten:

XIX. Bezirk: Canalisierung, Unter-Döbling, Einl.-Z. 106, 223, Hungerberggasse, von Franz und Therese Matsch, Hohe Warte 21, und Johann Kattus, I., Am Hof 8, Bauführer Karl Höllerl jun. (25467).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Taborstraße, Einl.-Z. 2056, 4693, von A. Lang & Comp., Piaristengasse 41 (9460).
VII. Bezirk: Mondscheingasse 8, von C. Bluntschli, Marxergasse 6 (9432).
" " Ziegelergasse 65, von Vincenz Dub (9463).

Demolierungsanzeigen wurden überreicht:

I. Bezirk: Spiegelgasse 13, Seilergasse 14, von Donat Zifferer, Baumeister (9470).

Gewerbeanmeldungen vom 17. December 1896.

Breuner Michael — Gastgewerbe — XII., Schönbrunnerstraße 126.
Deuerling Karl — Christbaumhandel — II., bei der Karmeliterkirche.
Dufka Agnes — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Thaliastraße 70.
Formann Wenzel — Fisch-Verschleiß — XIV., Stand in der Einfahrt des Hauses Goldschlagstraße 47.
Fuchs Rosina — Gemischtwaren-Verschleiß — XII., Zeleborgasse 22.
Götz Anton — Gast- und Schankgewerbe lit. a, b, c, d, e, f, g — XII., Breitenfurterstraße 129.
Helfert Peter — Christbaum-Verschleiß — XII., Meidlinger Markt.
Horweg Michael — Christbaumhandel — II., bei der Karmeliterkirche.
Jäckl Michael — Gasthauspächter — XVII., Schmmanngasse 88.
Kerschl Josef — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVII., Rosensteing. 32.
Kümmerle Johann — Haltung eines Eislaufplatzes — XIII., Ober-St. Veit.
Patzl Josef — Honig-Verschleiß — XV., Sperrgasse 16.
Picher Christian — Kleinfuhrwerksgewerbe — XIV., Pillergasse 16.
Polak Ignaz — Herausgabe der periodischen Druckschrift „Der Romancier" — XII., Schönbrunnerstraße 133.
Seidl Franz — Gastwirt — III., Baumgasse 9.
Strasek Anton — Kleinhandel mit Brennholz, Kohle und Coaks — III., Kübeckgasse 3.
Urich Benjamin — Incasso gegen Provision — II., Flossgasse 1 a.
Veitenhansl Johann — Zuckerbäckergewerbe — XVI., Neulerchenfelderstraße 27.
Zeidler Josef — Fischhandel — XVII., Markt auf dem Zimmermannsplatze.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 18. December 1896.

Asriel Ruben Rafael, Asriel Samuel Rafael, Penchas Samuel — Spediteur — I., Fleischmarkt 15.
Binder Michael — Huf- und Wagenschmied — XV., Neubaugürtel 34.
Braig Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Rosensteingasse 14.
Diernberger Michael — Kaffeeschank — I., Franz Josefskai 25.
Fekesa Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — 1., Schottenring 6.
(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Seite

Stenographischer Bericht über die öffentliche Sitzung des Gemeinderathes vom 18. December 1896.

Inhalt:

Mittheilungen des Vorsitzenden:
1. Entschuldigung des Gem.-Rathes Schwarzmayer wegen Fernbleibens . . . 2101
2. Dank der k. k. geographischen Gesellschaft für die Subventionierung 2101
3. Beantwortung der Interpellation des Gem.-Rathes Dr. Reisch, betreffend die Passage in der Ruthgasse im XIX. Bezirke . . . 2101

Interpellation:
4. Gem.-Rath Dr. Porzer, betreffend die Durchführung des Gemeinderaths-Beschlusses in Angelegenheit des Beitrittes der städtischen Cassen zum Check- und Clearingverkehre der k. k. Postsparcassa . . . 2101

Anträge: Seite
5. Gem.-Rath Dr. Gruber, betreffend die Überreichung einer Petition an die Regierung wegen Vorlage eines Expropriationsgesetzes für Anlegung oder Regulierung öffentlicher Straßen . 2102
6. Gem.-Rath Bock, betreffend die Erlassung eines Verbotes für die Aufstellung von Waren-Automaten auf den öffentlichen Straßen 2102
7. Gem.-Rath Eigner, betreffend die Hintanhaltung von Neupflasterungen bis nach Vollendung der Gasrohrlegungen . . . 2102
8. Gem.-Rath Wieder, betreffend die Einführung von gepolsterten Sitzen in den Tramwaywägen für die Dauer der Wintermonate 2102
9. Gem.-Rath Dr. Kraft, betreffend den Bau einer elektrischen Bahn Seilerstätte—Südbahnhof . . . 2102

Referate:
10. Vice-Bürgermeister Dr. Lueger, betreffend das Anerbieten der Imperial-Continental-Gas-Association vom 16. December 1896 behufs Abschlusses einer neuerlichen Transaction hinsichtlich der Beleuchtung Wiens . . . 2103
11. Derselbe, betreffend den Bericht des Präsidialbureaus hinsichtlich des Zeitpunktes der Einschaltung der Kundmachungen in die „Wiener Zeitung" wegen Einsichtnahme in die Hauptvoranschläge . . . 2104
12. Gem.-Rath Hörmann, betreffend Überlassung von Straßengrund beim Hausbaue VIII., Alserstraße 49, Feldgasse 12/14, der Barmherzigen Schwestern . . . 2105
13. Gem.-Rath Rauer, betreffend Bestimmung des Übernahmspreises für den bei den Realitäten XIII., Linzerstraße 51 und 53, einzulösenden Grund . . . 2106
14. Gem.-Rath Hraba, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik „Wagenauslagen, Commissionsgebüren ꝛc. städtischer Functionäre" . . . 2106
15. Derselbe, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik „Militärbequartierung" . . . 2106
16. Vice-Bürgermeister Dr. Neumayer, betreffend die Bewilligung eines Zuschusscredites zur Rubrik „Neujahrsgratificationen an die Beamten und Diener des Präsidialbureaus ꝛc." . . . 2106
17. Gem.-Rath Dr. Kupka, betreffend die Bewilligung eines Höchstcredites an den Vorsteher des IX. Bezirkes zur Bekleidung armer Schulkinder . . . 2106
18. Derselbe, betreffend die Bewilligung von Weihnachts-Subventionen an sechs Vereine . . . 2107
19. Gem.-Rath Tomola, betreffend Bewilligung von Beträgen zur Abhaltung einer Christbaumfeier für die beiden städtischen Kindergärten im XVI. Bezirke . . . 2107
20. Gem.-Rath Pursch, betreffend die Subventionierung der Genossenschaft der Buchbinder . . . 2107
21. Gem.-Rath Dr. Krenn, betreffend den Ankauf der Häuser 14 und 16 Hofzeile im XIX. Bezirke für Schulbauzwecke . . . 2107
22. Derselbe, betreffend die Subventionierung des Vereines „Kinderhort" im XVIII. Bezirke . . . 2109
23. Derselbe, betreffend die Subventionierung des St. Anna-Kinderspitales . . . 2109
24. Gem.-Rath Lorenz Müller, betreffend die Errichtung eines selbständigen Armen-Institutes für den Bezirkstheil Brigittenau 2109
25. Gem.-Rath Fiedler, betreffend die Subventionierung des Ersten Wiener Volksbildungsvereines im V. Bezirke . . . 2112
26. Gem.-Rath Dr. Mayreder, betreffend die Vergebung der Arbeiten für den Bau der Wienflussregulierung vom Schikanederstege bis zum Donaucanale und der Wiener Stadtbahn vom Schikanederstege bis zum Hauptzollamts-Bahnhofe . . . 2112

Beschluss-Protokoll der vertraulichen Sitzung des Gemeinderathes vom 18. December 1896.

Inhalt:
Gem.-Rath Bärtl, betreffend Verlesung eines Antrages des Gem.-Rathes Reisch in Schulplatz-Angelegenheiten . . . 2122

Stadtrath:
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 9. December 1896 . . . 2122
Bericht über die Stadtraths-Sitzung vom 10. December 1896 . . . 2126

Allgemeine Nachrichten:
Commission für Verkehrsanlagen . . . 2130
Approvisionierung:
Täglicher Fleischmarkt vom 13. bis 19. December 1896 . . . 2130
Pferdemarkt vom 18. December 1896 . . . 2131
Schlachtviehmarkt vom 21. December 1896 . . . 2131
Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 19. December 1896 . . . 2131
Städtisches Lagerhaus . . . 2131

Baubewegung:
Gesuche um Baubewilligungen vom 17. bis 21. December 1896 . . 2131
Gewerbeanmeldungen . . . 2132
Kundmachungen.

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: Magistratsrath **Dr. Friedrich Edler v. Radler.**
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. V. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.

Inseraten-Annahme bei Haasenstein & Vogler (Otto Maaß), Wien, I., Walfischgasse 10.